

Barrikade

Streitschrift für Anarchosyndikalismus, Unionismus und revolutionären Syndikalismus



Schwerpunkt: Sekte oder Kampforganisation – 1925

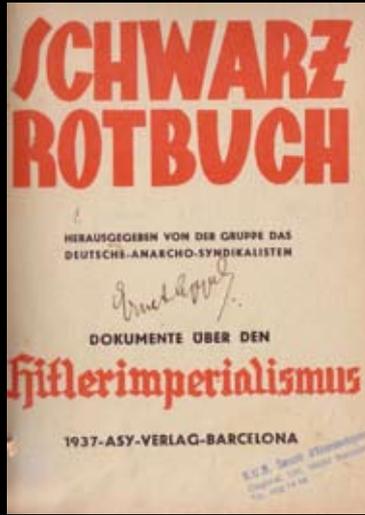
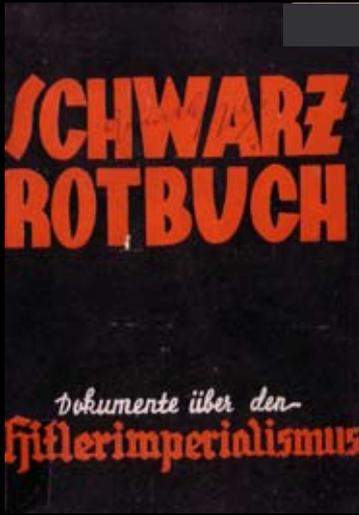
- Der »Fall Scala« – Barcelona 1978
- Preußische Aufstandsbekämpfung
- Gustav Landauers Ermordung in München 1919
- Der lange Schatten des F.C. Holtz:
Joachim Paschens konterrevolutionäres Alter Ego
- Rezensionen

Nr. 3

April 2010

3,50 Euro

Büchertisch • unsere Lese-Empfehlungen



• Wir bieten das **Schwarz-Rot-Buch** der Deutschen Anarcho-Syndikalisten (DAS) von 1937 digitalisiert als pdf-Datei auf CD mit farbigem Umschlag für 10 €uro (inkl. Versand) an. Diese »**Dokumente über den Hitlerimperialismus**«, originales Nazi-Material über die Einmischung in das revolutionäre Spanien, hat einen Umfang von 335 Seiten (128 MB).

Veröffentlichungen des Archiv Karl Roche:

- Zwei Broschüren
- Dokumente und Artikel von *Karl Roche* im Internet sowie die anarchistisch-syndikalistische Zeitung *KAMPF!* (1912-1914) aus Hamburg

→ www.archiv-karl-roche.de

• www.syndikalismusforschung.info

- das Portal für Syndikalismusforschung!

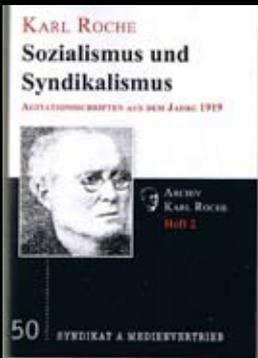
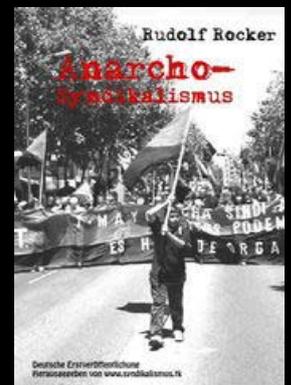
Das Internetportal bietet den Raum für: aktuelle Beiträge zur Forschung, eine umfangreiche Bibliographie, große Text- und Downloadbereiche, sowie eine ausführliche Linkliste zu Praxis/Forschung und Kontaktmöglichkeiten.

Die Inhalte auf www.syndikalismusforschung.info unterliegen keiner zeitlichen Begrenzung, beziehen sich allerdings schwerpunktmäßig auf den deutschsprachigen Raum.

Reiche Erkenntnis und viel Freude beim Lesen wünscht

Redaktion *Syndikalismusforschung*

Museum zur Geschichte der syndikalistischen Arbeiterbewegung in Deutschland (1878 - 2008)



Karl Roche-Texte 1919, 70 Seiten, AKR - € 3,50



Inhalt:

- Syndikalismus und Betriebsräte
- H. Döhring: Vorwort
- Betriebsräte und Anarcho- Syndikalismus
- Karl Roche: *Betriebsräte und Syndikalismus* (1919)
- P.M.: *Über die Tätigkeit der Betriebsräte* (1921)
- Der 14. Reichskongress der FAUD (1922)
- Augustin Souchy: *Betriebsräte und Syndikalismus* (1924)
- Heinrich Reuß: *Kampforganisation oder Sekte?* (1925)
- August Beil: *Kampforganisation oder Sekte* (1925)
- Julius Dahms: *Betriebsräte* (1925)
- A.R.: *Zur Betriebsrätefrage* (1925)
- Wilhelm Schroers: *Zur Betriebsrätefrage* (1925)
- Gerhard Aigte: *Außerordentliche Reichskonferenz der FAUD in Berlin* (1925)
- Der 15. Reichskongress der FAUD (1925)
- Der 18. Reichkongreß der FAUD (1930)
- Prinzipienklärung der FAU (1978)

Ein Volk in Waffen un pueblo en armas
Soziale Revolution in Spanien 1936 - 1939
DVD - Zwei Fassungen - Laufzeit: je 47 min. sw deutsch & katalanisch 12 € ▶



Folkert Mohrhof
▲ **Der syndikalistische Streik auf dem Ozean-Dampfer 'Vaterland' 1914**

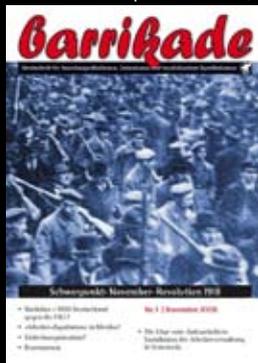
32 Seiten-Broschüre, Archiv Karl Roche, Hamburg, 2,50 €uro



Restexemplare # 1 - € 2,-



Restexemplare # zwo - € 3,-



Bestellungen übernimmt der Syndikat-@-Buchvertrieb:
www.syndikat-a@fau.org



Barrikade



Die Kritik der Waffen ersetzt niemals die Waffe der Kritik

Die Barrikade-Prinzipien:

- ▶ grundsätzliche Ablehnung des nach-faschistischen Arbeitsrechts und der damit einhergehenden Regelementierung und Unterdrückung revolutionärer Betriebsarbeit, Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung durch ein sozialpartnerschaftliches Betriebsverfassungsgesetz, Tarif-, Arbeits- und nachgeordnetes repressives Sozialrecht,
- ▶ grundsätzliche Ablehnung von Betriebsrats-Arbeit und Abschluss von friedenspflichtigen Tarifverträgen, dagegen setzen wir gewerkschaftliche Betriebsgruppen, revolutionäre Vertrauens- oder Obleute, Arbeiterräte und Betriebsvereinbarungen ohne Friedenspflicht,
- ▶ Ziel ist der libertäre Kommunismus in Form der industriellen und kommunalen Selbstverwaltung durch ein föderalistisches, antistaatliches und antinationales Räte­system,
- ▶ der kapitalistischen Globalisierung von oben setzen wir die globale Klassen­solidarität von unten entgegen – die Arbeiter­klasse hat kein Vaterland, der Kampf des Proletariats ist nicht nur international, er ist antinational.

Begriffsklärung:

- ▶ **Barrikade** – ein Schutzwall im Straßenkampf, Straßensperre
- ▶ **Syndikalismus** – romanische Bezeichnung für revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, ausgehend von der Charta von Amiens 1905 und der CGT in Frankreich; Ziel ist eine sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage durch föderierte autonome Gewerkschaften und deren lokale Zusammenschlüsse über Arbeitsbörsen
 - ◆ Aktuelle Vertreter sind die schwedische SAC, diverse italienischen Basisgewerkschaften wie Unicobas, die spanische CGT, die französische SUD und verschiedene andere, sie bilden auch die so genannte FESAL (*Europäische Föderation Alternativer Gewerkschaften*) und können nicht (nicht mehr) als revolutionär bezeichnet werden.
- ▶ **Unionismus** – revolutionärer Syndikalismus; amerikanische Variante ohne eindeutige politische Ausrichtung – Ziel ist die eine einheitlich-zentralistische Organisation aller Arbeiterinnen und Arbeiter in Industriegewerkschaften, in Deutschland seinerzeit die *Allgemeine Arbeiter-Union*
 - ◆ Derzeit vertreten durch die I.W.W., der *Industrial Workers of the World* aus Nordamerika mit Mini-Sektionen in anderen Ländern.
- ▶ **Anarchosyndikalismus** – sozialrevolutionäre Bewegung auf gewerkschaftlicher Grundlage, entstanden aus der Kombination von anarchistischen Zielen und revolutionärem Syndikalismus; Ziel ist der libertäre Kommunismus in unterschiedlichen Formen
 - ◆ International vertreten durch die spanische CNT, die deutsche FAU, die italienische USI und andere Sektionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der IAA.
- ▶ Die höchste Stufe des revolutionären Syndikalismus ist für die **Barrikade** deshalb der Anarchosyndikalismus, da seine Ziele die am weitestgehenden sind. Da wir mit dem revolutionären Syndikalismus und Unionismus auch die Ideologien und Organisationswelt des Links- und Räte­kommunismus berühren, behandeln wir diesen Themenbereich allerdings nur in inhaltlich-ideologischer Abgrenzung und zur Aufarbeitung dieser gescheiterten Konzepte der revolutionären Arbeiterbewegung. ◆

Impressum

Herausgeber:

Archiv Karl Roche

Folkert Mohrhof • Grünebergstr. 81 • 22763 Hamburg • Tel./Fax: 040 - 880 11 61
www.archiv-karl-roche.org ◆ email: barrikade@archiv-karl-roche.org

Verlag: Syndikat-@ • 47443 Moers ◆ www.syndikat-a.de ◆ syndikat-a@fau.org

Abonnement: 3 Ausgaben - 10 Euro ◆ ab 5 Exemplaren Wiederverkäufer/innen-Rabatt
Empfohlener Verkaufspreis in der Kolportage: 3,50 Euro
(alle Preise inkl. 7% USt. und Versand) • Es gibt keine Buchpreisbindung!
Eigendruck im Selbstverlag in Moers

Bankverbindung: Syndikat-A • Postbank Dortmund

• BLZ 440 100 46 • Konto-Nr: 9999 404 68

International • IBAN: DE17 4401 0046 0999 9404 68 • BIC: PBNKDEFF

V.i.S.d.P.: Folkert Mohrhof • Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder Verlegers wieder

In Deutschland werden Revolutionen weder gemacht noch unterdrückt, sondern angeordnet oder untersagt.

• Heinz Pollack, Aphorismen (Weltbühne Nr. 46, 15. Nov. 1923)

Moin,
die Reaktionen auf die zweite Ausgabe der **Barrikade** waren insgesamt positiv, das freut uns. Also machen wir weiter.

Vor 100 Jahre wurde die spanische CNT-AIT gegründet, das wollen mit einem kritischen Rückblick auf den *Fall Scala* 1978 ebenso würdigen, wie die internen Auseinandersetzungen der deutschen FAUD in den Zwanziger Jahren. Die deutschen Anarchosyndikalisten versuchten ihre gewerkschaftliche Position zu klären: *Kampforganisation oder Sekte?* (Wir werden diese Diskussion, ergänzt u. a. durch die Debatte auf dem FAUD-Kongress 1925 und Rudolf Rockers Schrift *Der Kampf ums tägliche Brot*, auch als Broschüre veröffentlichen.)

Interessanterweise haben die beiden geschilderten Konflikte augenscheinlich nichts miteinander gemeinsam. Oder etwa doch? Die Neo-Cenetistas, die 1979 die stark angewachsene CNT auf einen reformistischen Kurs zwingen wollten, riskierten die Spaltung - wohlwissend, dass sie mächtige Freunde im Rücken haben, die dieses Unterfangen ausgebrütet hatten (und noch heute erhält die Abspaltung CGT jährlich Zuwendungen vom spanischen Staat, wie fast alle dortigen sindicatos). An der Geschichte um die Verbindungen der Hintermänner dieser Aufstandsbekämpfung in Spanien recherchieren wir weiter.

Auch in der FAUD-Diskussion, in der es darum ging, verlorenes Terrain durch mehr „Wirklichkeitssinn“ wiederzugewinnen, stand wie in Spanien die Teilnahme an Betriebsrats- bzw. betrieblichen Gewerkschaftswahlen im Vordergrund der Debatte.

Wenn selbst DGB-Funktionäre wissen, daß *starke* Betriebsräte *schwache* Gewerkschaften - und damit eine Schwächung der Arbeiterbewegung! - nach sich ziehen, dann haben CNT und FAUD ihren Kampf eigentlich verloren. Beide sind marginalisiert, damals die FAUD, heute leider auch die CNT. Aber gerade diese Ausgangslage muß nicht so bleiben, denn die bürgerliche Rechtslage kann jederzeit geändert werden und die ökonomischen Besitzverhältnisse sind nicht für alle Ewigkeit zementiert. Es darf also hinterfragt werden, ob Betriebsräte heute überhaupt Bestandteil einer neuen Arbeiterbewegung sein können, die es aufzubauen gilt? Warum nicht die Idee von autonomen Arbeiterräten propagieren, die als politisch-soziale und ökonomische Gegenmacht in den Betrieben agieren, im Namen der aktiven Kolleg/innen?

Die Auseinandersetzung um die Novemberrevolution in Hamburg 1918/19 (*Der Fall Paschen*) setzen wir mit einer Rezension von *Peter Kuckuk* fort und schildern den weiteren Lebensweg des F.C. Holtz, der wohl getrost als langer Schatten oder Alter Ego des Historikers *Paschen* bezeichnet werden darf.

Die Dokumentation der Aufstandsbekämpfungsstrategie des preußischen Staates rundet diese **Barrikade** ab. Was sich das preußisch-kaiserliche Militär im November 1918 nicht traute, das setzte die sozialdemokratische Regierung 1919 (Noske-Diktatur) ohne Skrupel um. Dazu paßt die Schilderung der brutalen Ermordung Gustav Landauers am 2. Mai 1919 durch die Soldateska in München.

• Folkert Mohrhof

Die nächste Ausgabe der **Barrikade** erscheint im November 2010
Mitstreiter/innen dieser **Barrikade**: Folkert Mohrhof | Herausgeber • Jonnie Schlichtung | Autor, Rezensent • H. syndikalismusforschung | Rezensent • N. | Verleger • Coverfoto: pcc | Barcelona • r. | Druck - *Danksagung an alle!*



Der spanische Anarchosyndikalismus lebt!

• Sonderdruck der *Iberien-Nachrichten*, herausgegeben vom Komitee Freies Spanien / Hamburg im Juli 1977

Staatsterror gegen die libertäre Bewegung Spaniens

Hatte die CNT schon (...) in einer der Öffentlichkeit zugänglichen gemachten Zeitungsanzeige all diese Beschuldigungen als unzutreffend und absurd zurückgewiesen und ihren Widersinn durch die Tatsache, daß 75% der Arbeiter der Scala Mitglieder der CNT sind, aufgezeigt ... Die CNT hat Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen die 'Dirección Superior de la Policía', eine Zeitung und das spanische Fernsehen erstattet. Sie fordert eine Richtigstellung in den öffentlichen Medien und einen Schadensersatz vom spanischen Staat, die sie den Hinterbliebenen der bei dem Attentat Getöteten überlassen will.

• direkte aktion # 4 – Februar/März 1978

CNT-Genosse im Knast erschlagen!

Am 14. März starb im madrider Gefängnis Carabanchel *Augustin Rueda Sierra*, Mitglied der CNT, infolge erlittener Mißhandlungen. Augustin war ebenfalls in der Gefangenenselbsthilfe COPEL (Coordinadora de Presos en Lucha) organisiert. Er wurde 15 Stunden lang in einer Todeszelle des Knastes zusammengeschlagen, in der Krankenstation wurde ihm ärztliche Hilfe versagt – er starb unter Qualen. Der verantwortliche Chef der spanischen Vollzugsanstalten wurde von der GRAPO später als Vergeltung erschossen.

• direkte aktion # 5 – April 1978

Der »Fall Scala« – Barcelona 1978

Die Hintergründe über eine politische Infiltration, die zur Katastrophe für die CNT wurde – Staatsterrorismus gegen die libertäre Bewegung

Hintergründe

Seit Anfang 1977 organisierte die CNT in Barcelona ihre ersten Versammlungen, auf dem Riesenmeeting am 2. Juli 1977 mit mehreren Hunderttausend Teilnehmer/innen (ich war dabei). Die Kollaboration der beiden Gewerkschaften UGT und CC.OO. mit dem Staat wurde immer deutlicher – die parlamentarische Linke anerkannte das kapitalistische System auch für die Nach-Franco-Ära und tolerierte den Übergang vom faschistischen Francismo zur Demokratie. Das führte dazu, dass die erste ‚demokratische‘ Regierung aus vielen ehemaligen faschistischen Funktionären und Ministern bestand. So wurde *Rodolfo Martín Villa* Innenminister, ehemals Führer des falangistischen Studentenverbandes SEU. Dessen Vater war CNT-Mitglied und kannte noch den alten anarchistischen CNT- und FAI-Militanten *Diego Abad Santillán*, der in Argentinien lebte. Aber auch *Enrique Marcos Battlé* und *José Cases Alfonso* (früher falangistischer Funktionär (!)), beide Akticisten in der CNT Barcelonas, waren mit dem Innenministers Villa befreundet. Und dieser Minister holte seinen Freund, den Altgenossen *Diego Abada Santillán*, 1979 aus dem Exil nach Barcelona zurück, um die CNT auf eine reformistische Linie festzulegen!

Am 25. Oktober 1977 unterzeichneten die Vertreter der wichtigsten politischen Parteien – einschließlich *Santiago Carrillo* (Kommunist) und *Manuel Fraga Iribarne* (Faschist) – den Pakt von Moncloa als Vorgänger der Verfassung. Zwei Tage später wurde dieser Pakt auch vom Parlament angenommen. Der Versuch der Regierung *Adolfo Suárez*, die Gewerkschaften durch einen Sozialpakt mit einzubeziehen, scheiterte am Widerstand der UGT und CNT wie auch verschiedener Sektionen der Comisiones Obreras. Wenig später unterzeichneten jedoch die beiden Arbeiterzentralen UGT und CC.OO. zusammen mit den Unternehmerverbänden. Nur die CNT erklärte ihre vollständige Ablehnung dieser Pakte.

»Modell Deutschland« und die »Operation Polyp«

Wie kam es zu diesem Sinneswandel? Bereits zwischen 1975 und 1982 unterstützten u.a. die deutschen »Demokraten« die neuen Parteien, etwa die spanischen PSOE-Sozialisten um Parteichef *Felipe Gonzalez*. Um an der Südwestflanke der NATO den drohenden Einfluss der Kommunisten »einzudämmen«, schleusten sie gut 50 Millionen DM in Geldkoffern nach Madrid und Lissabon. Auslöser war 1974 »ein düsterer Bericht des US-Außenministers *Henry Kissinger* (...), der Spanien bedroht und Portugal bereits von den Kommunisten überrollt sah.« Über die Notwendigkeit der Intervention waren sich die damaligen Bundestagsparteien schnell einig. Brandt, Genscher, Kohl und Strauß übertrugen die Abwicklung dieser »Operation Polyp« dem Bundesnachrichtendienst (BND).

Das Geld kam auch durch Spenden zusammen – der DGB schickte Gewerkschaftsbeiträge, die Amerikaner in Mittelamerika gewaschene Dollars. Der Geldfluß wurde u.a. durch die parteieigene Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD verschleiert.



Ab 1983 wurde die Unterstützung seitens des CDU-Bundeskanzlers *Helmut Kohl* über den »Reptilienfonds« des Auswärtigen Amtes abgewickelt, ein Etatposten der »Geheimen Ausgaben für besondere Zwecke« (*Der Spiegel* 6/2000).

Das Erstarken der CNT und der libertären Bewegung

Dennoch wurde die anarchosyndikalistische CNT immer stärker und nahm mit anderen Gewerkschaften den Kampf gegen den Pakt von Moncloa auf. Als Konsequenz mußte die libertäre Arbeiterbewegung zerschlagen werden. *Xavier Cañadas Gascón* (1) Behauptung, dass der spanische Staat und sein Geheimdienst die CNT zur Zerschlagung der beiden Klassengewerkschaften UGT und CC.OO. gegründet habe, ist so infam wie albern, denn die CNT hörte niemals während des Francismus auf zu existieren. Die *Arbeiterkommissionen* wurden von vielen Militanten der CNT bereits zu Zeiten der illegalen Kämpfe mit aufgebaut (bevor sich die PCE für sie interessierte und sie dann übernahm). Die UGT entstand erst nach *Franco*'s Tod durch massive finanzielle Unterstützung des DGB und der SPD wieder.

Die Ursache für die Spaltung der Arbeiterbewegung hängt mit der spanischen Geschichte und der Suche nach einer klassenkämpferischen Alternativen im Kampf gegen den Francismus aufgrund der schäbigen Rolle der Kommunisten und Teilen der Sozialdemokratie zusammen (siehe dazu z.B. *Komitee Freies Spanien*, Beilagen in der anarchistischen Zeitschrift *Befreiung*, Köln).

Der Brandanschlag auf die Scala am 15. Januar 1978

Am Sonntag, dem 15. Januar 1978, kam es zur Demonstration von 15.000 Arbeiter/innen der CNT in Barcelona gegen den Pakt von Moncloa. Sie begann um 11 Uhr und endete nach »einer offiziellen Angabe der obersten Polizeiführung« bereits kurz nach 13 Uhr (*Diario de Barcelona*, 18.1.1978). Der Brand im Theater *Scala* brach nach dem Bericht der Feuerwehr aber erst um 13.15 Uhr (*Mundo Diario*, 16.1.1978) aus. Das durch zwei Napalm-Bomben (Phosphor) entfachte Feuer zerstörte das Schauspielhaus und vier Arbeiter – *Ramón Egea*, *Juan López*, *Diego Montoro* und *Bernabé Bravo* –, alle Mitglieder der CNT, wurden bei dem Attentat getötet. Mehr als 200 verloren ihren Arbeitsplatz. Die Belegschaft war zu 75% in der CNT organisiert.

Was für eine Geschichte!

Junge Trotzisten, die eine Deckung in der CNT für ihre »revolutionären« Aktivitäten suchen. So erklärt sich *Xavier Cañadas* zum »Aktivisten der CNT«, aber zu den Versammlungen seiner Metallarbeiter-Gewerkschaft geht er nicht. Er suchte vielmehr den »bewaffneten Kampf«, wie viele in dieser Zeit. Seine Gruppe war es, die mit Molotow-Cocktails die CNT-Demonstrationen »verteidigen« wollten. Sie gingen dem *agent provocateur Gambín* auf den Leim, weil sie seinem Ruf als »gefährlicher Anarchist« blind vertrauten. Sie warfen ihre »Mollis« sofort nach der Demonstration weg und haben mit dem Anschlag auf die *Scala* direkt nichts zu schaffen gehabt. Aber ihr Bekannter, der Geheimagent und Polizeispitzel *Joaquín Gambín Hernández* konnte seine Verspätung am verabredeten Treffpunkt der Aktionsgruppe nicht erklären ...

Infiltration als Staatsterrorismus gegen die CNT

Xavier Cañadas wirft der CNT vor, damals einfach an jedermann *carnets confederales* (Mitgliedsausweise) verteilt zu haben. Das war ein schwerer Fehler der CNT, denn nicht nur trotzkistische »Ché«-Fans kamen so neben anderen Marxisten-Leninisten in die Gewerkschaften, sondern auch die BPS - die *Brigada Política Social* von Barcelona (mit den ersten Ausweisnummern sämtliche Mitglieder der 4. Gruppe der *Brigada de Investigación Criminal* (BIC), zuständig für die Verfolgung von Anarchisten und Trotzisten im *Sindicato Oficios Varios*). Dieser Fakt ist gerade deshalb so bemerkenswert, weil bereits 1964 eine BPS-Infiltration in Barcelona stattgefunden hatte und Reorganisationsversuche der anarchistischen FAI aufflogen.

Das eine libertäre Organisation diese Infiltrationsmöglichkeit nicht unterband, wiegt schwer; allein in Katalonien wurden 140.000 Ausweise verteilt und die CNT so mehr als 100.000 Mitglieder in dieser Region zählte.

Eine Katastrophe für die CNT

Luis Andrés Edo, Mitglied des Regionalkomitees der CNT Kataloniens, informierte zwei Monate vor diesem Staatsterrorismus-Anschlag gegen den nationalen Generalsekretär *Juan Gómez Casas* (FAI-Mitglied, ab Juni 1979 dann IAA-Generalsekretär) sowie das Comité Peninsular der FAI und den Sekretär der CNT Murcia über den Polizeispitzel *Gambín*. Er war von einem »gewöhnlichen Gefangenen« über *Gambíns* üblen Aktivitäten informiert worden.

In Murcia war bereits 1977 eine »illegale« 54-köpfige FAI-Gruppe Dank der Infiltration der »Grille« aufgefliegen, der dieser Gruppe im Auftrage des »Superkommissars« *Roberto Conesa* zwei Koffer voller Waffen und Sprengstoff angeboten hatte. (2)

Casas erklärte *Edo*: »Also, es ist eine Angelegenheit der FAI, wir können uns da nicht einmischen, allerdings, kann ich als Generalsekretär der CNT die FAI informieren, wenn sie nicht die angemessenen Entscheidungen treffen.« Und weiter: »*Gambín* ist Mitglied der Gewerkschaft Aller Berufe der Lokalföderation von Murcia; wenn er in Freiheit kommt, werden wir sein Verhalten beobachten, um festzustellen, ob die FAI Maßnahmen getroffen hat, und wenn wir feststellen, daß *Gambín* weiterhin Mitglied ist, dann müßte man die Lokalföderation informieren.« (3)

Viel schlimmer noch: auf Anweisung des Kommissars *Sandoval*, Chef der Operativen Brigade in Madrid, reist »der Legionär« *Gambín* am 11. Januar 1978 von Murcia nach Barcelona, persönlich begleitet vom lokalen CNT-Sekretär, *Antonio Marfil!*

Gambín hat später erklärt, dass der Kommissar *Escudero* sein direkter Chef war. *Escudero* war der untergeordnete Polizist des Kommissars *Roberto Conesa*, dem vielleicht berüchtigtsten Folterer der Franco-Polizei. Innenministers *Martín Villa* musste seine rechte Hand, den für die Verfolgung der GRAPO verantwortlichen Kommissar *Conesa*, öffentlich gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, selbst zur Führungsspitze der GRAPO, dem bewaffneten Arm der PCE (r) zu gehören.

Gambín sagte aus, dass er monatlich 45.000 Peseten für seine Arbeit der Infiltration der Confederación Nacional del Trabajo und des *Ejército Revolucionario de Ayuda al Trabajadores* (ERAT, bewaffnete Gruppe von SEAT-Arbeitern) bekommen habe. Diese Gruppe beging zahlreiche Überfälle, bevor sie durch eine »außergewöhnliche brillante Polizeioperation« zur Strecke gebracht wurde. Für den *Fall Scala* zahlte der Staat ihm 100.000 Peseten.

Joaquín Gambín wurde im Dezember 1983 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Die jugendlichen Revoluzzer/innen bekamen ebenfalls lange Gefängnisstrafen für den Bau und das Mitführen von Molotow-Cocktails während der CNT-Demonstration aufgebracht. Am längsten verblieb *Xavier Cañadas Gascón* im Knast (acht Jahre). Noch heute bezeichnet er sich als »militanten Anarchisten« und lehnt jede Verantwortung oder eine Entschuldigung bei den Hinterbliebenen der getöteten CNT-Arbeiter der *Scala* ab (»*Ob wir uns mit unserer Strategie geirrt haben oder nicht, ist niemand berechtigt zu entscheiden, der nicht wie wir im Gefängnis gelitten haben. (...) wir und nicht die, die unsere Strategie kritisieren, haben die Konsequenzen getragen.*«) (1)

Das Versagen bzw. die Unterlassung von Maßnahmen seitens der FAI, die über *Gambín* informiert war, führte dann zu einer weiteren Katastrophe für die CNT.

Die Spaltung der CNT

Der »Andersgläubige« heterodoxe Militante *Luis Andrés Edo*, der als überzeugter Anhänger der Versammlungsdemokratie vierzig Jahre lang Vorsitzender der CNT-Gruppe im Pariser Exil war, wurde 1978 Generalsekretär Kataloniens, bevor *Enric Marco Battle* ihm nachfolgte. Unter dessen Amtsperiode

Spanien im Frühjahr 1978: Terror gegen Libertäre!

Der Erklärung des spanischen Innenministers *Martín Villa* (im Februar '78) »Man muß dem Anwachsen des Anarchismus in Spanien ein Ende setzen, es wird keine weitere Amnestie mehr geben!« folgte eine Verhaftungswelle: - 250 Genossen in Madrid, - 177 in Barcelona - zahlreiche Verhaftungen fanden in Valencia und Sevilla statt. • direkte aktion # 6 - Mai 1978

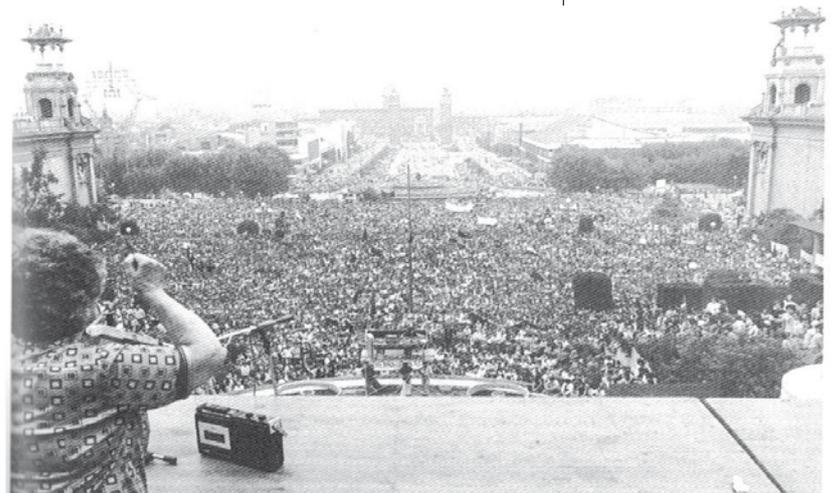
CC.OO. - Arbeiterkommissionen

Die kommunistischen Arbeiterkommissionen CC.OO. entstanden 1962 aus radikalisierten katholischen Kreisen und nationalsyndikalistischen *Circuitos Doctrinales José Antonio* [Primo de Rivera], die unter der Leitung von *Vicén* bereits 1959 aus Jungfalangisten, Althemden und radikalisierten Aktivistinnen der Frauensektion der franquistischen Staatspartei FET de la JONS (»Movimiento«) entstanden waren. Ursache war der 1957 durch den faschistischen Staat verhängte Lohnstopp, der sich katastrophal auf die Unterstützung des Systems durch die Arbeiter auswirkte



Titelseite der *Solidaridad Obrero* - Barcelona, März 1978

Federica Montseny spricht am 2. Juli 1977 vor 300.000 Zuhörer/innen in Barcelona





Die »Grille«,
der »Legionär«,
der »alte Anarchist«
- der Geheimdienst-
agent **Joaquín
Gambín Hernández**

Quellen:

- (1) Cañadas Gascón, Xavier. El Caso Scala. Terrorismo de Estado y algo más. Barcelona, Virus Editorial, 2008 (ASK Hamburg, Übersetzung durch Martin Schwarzbach, unveröffentlicht)
- (2) Juan Gómez Casas. Relanzamiento de la C.N.T. 1975-1979. Paris, Regional del Exterior CNT, 1984
- (3) Andrés Edo, Luis. La CNT en la encrucijada. Barcelona, Flor de Viento Ediciones, 2007
- (4) Herrerin López, Ángel. LA CNT durante el franquismo. Clandestinidad y exilio (1939-1975). Madrid, Siglo XXI de España Editores, 2004
- (5) Briefe von Rodolfo Martín Villa an Diego Abad de Santillán, 1973, 1975, 1978 - IISG, Amsterdam - Santillán papers (nr. 173)

Martín Villa mit dem Chef der Olympischen Spiele **Juan Antonio Samaranch** (hebt den Arm nicht zum faschistischen Gruß) am 18. Juli 1974 zur Feier des 38. Jahrestages des Militärputsches von General Franco.

fällt dann die inszenierte Spaltung im Jahre 1979 auf dem V. CNT-Kongress in Madrid. Helfershelfer dabei war der IBM-Angestellte **José Bondia**, der in der CNT hoch aufstieg.

Diese »erneuerten Cenetistas«, die den demokratischen Wandel akzeptierten und sich der europäischen »Modell Deutschland«-Konzeption der SPD anpaßten, gründeten später die spanische CGT ...

José Bondia stürzte 1983 auf dem VI. CNT-Kongress, weil er die Verteidigung der Rechte um das Historische Erbe der CNT gegenüber der spanischen Regierung durch den IBM-Anwalt **Antonio Garrigues Walker** (seit 1981) vertreten ließ. Seine politischen Alleingänge – er führte Gespräche mit der PSOE-Regierung – kamen hinzu. **Bondia** arbeitet heute für die Lateinamerika-Stiftung *V. Centenario* der sozialdemokratischen PSOE.

Antonio Garrigues Walker ist damals Jurist und Wirtschaftsexperte, Präsident der größten Anwaltskanzlei Spaniens, hat zahlreiche Posten in Unternehmen, und Vertreter des Hohen Flüchtlingsrates UNHCR der UNO in Spanien und europäischer Vorsitzender der 1973 von **David Rockefeller** gegründeten *Trilateralen Kommission*. Bruder **Joaquín Garrigues Walker** ist zeitgleich Minister für Öffentliche Arbeiten und Urbanisation.

Der enttarnte CNT-Generalsekretär **Marco Battlé**

Die ‚Ent-Täuschung‘ des Ex-CNT-Generalsekretärs **Enric Marco Battlé** im Mai 2005 wirft ein weiteres Schlaglicht auf die Infiltration der Libertären Bewegung und das erklärte Ziel der Zerschlagung der CNT. Der Fall des aus dem Nichts aufgetauchten **Enrique Marco Battlé**, der aufgrund seiner fabrizierten Vita (Widerstandskämpfer gegen den Francismus und Häftling in deutschen Konzentrationslagern) 1976 zum Generalsekretär der CNT Kataloniens und 1979 zum CNT-Generalsekretär aufstieg, erregte internationales Aufsehen. Auch unter seinem katalanischen Namen **Enric Marco Battlé** kannte ihn keiner der älteren Genossen, niemand erinnerte sich an ihn, auch nicht seine angeblichen Mithäftlinge im KZ-Flossenbrück. Bis heute verwahrt sich dieser Kerl dagegen, zur Infiltration der CNT angestiftet worden zu sein.

Wer dies im Spiegel der Ereignisse der staatspolitischen Vernichtungskampagne gegen die libertäre Bewegung und speziell die CNT seinerzeit glauben will, der ist mehr als naiv. Der den **Batlé**-Skandal aufdeckende Historiker **Bermejo** hatte sich bereits früher gewundert, daß »Marco nie im Zusammenhang mit nennenswerten antifranzistischen Widerstandsaktionen genannt wurde«. Das hatte seinerzeit auch **Luis Andrés Edo** erstaunt, aber niemanden kümmerte es wirklich – oder die alten Seilschaften von CNT-Funktionären mit dem Falange-Staat trugen hier noch ihre Früchte ...



Leider gab es noch weitere *agents provocateurs* und Spitzel in der CNT, sie alle aufzuzählen hat **Luis Andrés Edo** in seinem Buch *Die CNT am Scheideweg* (3) versucht (leider ist dieses wichtige Buch der libertären Öffentlichkeit in Deutschland noch nicht zugänglich).

Die Lehren?

Die Darstellung, die **Xavier Cañadas** dreißig Jahre nach dem Anschlag 2008 publizierte (siehe Kasten), ist historisch falsch, denn die »Hexenjagd« im Mittelalter war zweifelsohne eine staatlich organisierte Aufstandsbekämpfung (gegen Geburtenkontrolle).

Die nicht von der Hand zu weisenden Tatsachen, dass einige dieser Aktionen von einer kollaborationistischen Fraktion der CNT/FAI gedeckt wurde (vermutlich als falschverstandener Kampf gegen die verhassten Kommunisten) ist ein sehr schmerzlicher Umstand, den die spanische CNT-AIT und libertäre Bewegung bis heute nicht aufgearbeitet und verkraftet hat. Und das die Beweise für die staatsterroristischen Aktivitäten noch immer unter dem Deckmantel des Übergangs zur Demokratie verhüllt sind, verwundert niemanden.

• **Folkert Mohrhof**

Xavier Cañadas Gascón schreibt in seinem Buch »El Caso Scala - Staatsterrorismus und mehr« folgendes:

»Das war keine Polizeiverschwörung gegen die CNT, eine anarchosyndikalistische Organisation, die 1976 aus dem Untergrund auftaucht – aus den Händen der Verfechter der »Fünf Punkte«, **Diego Abad de Santillán**, des Innenministers **Rodolfo Martín Villa** und des damaligen Bürgermeister von Barcelona mit dem einzigen Ziel die einzigen Gewerkschaften zu schwächen, die die Arbeiter der damaligen Zeit repräsentierten: CC.OO. und UGT.



Allerdings verliert der Staat Monate später die Kontrolle über den Gewerkschaftsdachverband, und die anarchosyndikalistische Szene radikalisiert sich. Es ist zu diesem Zeitpunkt, dass der Innenminister **Rodolfo Martín Villa** entscheidet, dass dieser CNT ein Ende gemacht werden muss, die ihnen aus den Händen gegliitten ist und vor allem der ganzen libertären Bewegung, die in Katalonien in unerwarteter Stärke wiederaufersteht. Und so leitet er 1977 sein erstes polizeiliches Schmierstück ein.

Die CNT allerdings hätte nicht allzu lange gebraucht um aus eigenem Gewicht zu fallen. Die inneren Kämpfe um die Kontrolle über den Gewerkschaftsdachverband – als wenn es sich um eine traditionelle politische Partei handelte – zwischen Fünfpunktlern, Marxisten, Karrieristen, Opportunisten ... hätten die Organisation in kurzer Zeit kleingekriegt, und der Staat war sich dessen absolut bewusst, hatte er doch Geheimagenten an den höchsten Spitzen der Organisation positioniert. Die »Verschwörung«, die keine polizeiliche, sondern eine »staatliche« war, richtete sich also gegen die wachsende libertäre Bewegung in Katalonien und gegen das fast ununterbrochene Auftauchen von Gruppen, die auf den bewaffneten Kampf setzten; Gruppen ohne Verbindungen untereinander, die nicht aufhörten Attentate gegen Institutionen der Justiz und private Firmen zu verüben, die nie ein einziges Menschenleben kosteten; Gruppen, die Staat und Polizei nicht kontrollieren konnten.

Es stimmt, dass in den Tagen nach dem Brand des Festsaales hunderte Aktivisten der CNT im ganzen Land festgenommen wurden, aber das war keine »Hexenjagd«, wie einige Opportunisten behaupten, es war schlicht eine Strategie des Staates, um die schnelle Effizienz der Polizei bei der Festnahme der Beschuldigten unter Beweis zu stellen.« (1)

»Mit dem Kult der Gewalt und der großen Arbeiterbataillone, mit der Klassenvorstellung und der Idee von den historischen Missionen verbindet sich auf ganz natürliche Weise der Gedanke der Katastrophen-Revolution, dieses mystische Ereignis, das alle Probleme löst und alle gordischen Knoten zerschneidet.«



Santillán, 1949



Innenminister **Rodolfo Martín Villa**, früher Hardliner (»duro«) der falangistischen Studenten-Staatsgewerkschaft SEU, später Polizeichef und Gouverneur von Barcelona (1974), Gewerkschaftsminister (1975), Innenminister (1976), Erster Vizepräsident der Regierung (1981-82) der *Unión del Centro Democrático* (UCD) unter dem ehemaligen Falangisten **Adolfo Suárez**, nach der Auflösung der UCD, Mitglied der *Demokratischen Volkspartei* PDP und dann der *Partido Popular*, der rechten Volkspartei des Falangisten **Manuel Fraga Iribarne**. Seit Jahren Unternehmer und Ehrenpräsident des Energie- und Stromkonzerns ENDESA, heute Präsident von Sogecable, dem führenden spanischen Pay-TV-Betreibers Digital+.

Die Wandlungen des Diego Abad de Santillán

Bekannt ist der argentinische Anarchist D.A. de Santillán als unermüdlicher Kämpfer für die spanische Revolution. Er war Redakteur der FORA-Tageszeitung *La Protesta* in Buenos Aires, nachdem er 1917 von Spanien nach Argentinien ausgewiesen wurde. 1936 kehrte er nach Barcelona zurück und wurde einer der unumstrittenen Führer der Revolution. Seine ökonomischen Schriften (*Ökonomie und Revolution*) sind weltbekannt.

Welchen Sinneswandel dieser Genosse jedoch durchmachte, spottet aber jeder Beschreibung. Jede/r kann seine seine Überzeugungen verraten oder seine Meinung ändern. Letzteres ist akzeptabel, aber was aus D.A. de Santillán wurde, ist ein Trauer(Bei)spiel:

Nach dem verlorenen Bürgerkrieg schrieb er ein Buch *Warum wir den Krieg verloren haben* und wandte sich immer mehr gegen die eigenen Überzeugungen. So schrieb er bereits 1949, daß es ein großer Fehler sei, vom Klassenkampf (einer marxistischen Indoktrination, die selbst Marx nicht propagiert haben soll) zu sprechen. Es ginge darum, eine „konstruktive Arbeiterbewegung“ aufzubauen, die alle Schichten des Volkes umfassen würde, die für die hehren Ziele der Freiheit kämpfen würden. Da sei es dann egal, ob einer Unternehmer, Ingenieur oder eben ein bewußter Arbeiter sei.

Diese Ideologie muß dann wohl auch die Grundlage für *Santilláns* aus dem Exil 1965 gemachte Position der *Cincopuntistas* (siehe Anmerkung) gewesen sein, zusammen mit der falangistischen Staatsgewerkschaft und den Resten der CNT eine neue Einheitsgewerkschaft zu formieren. Die CNT lehnte dies jedoch letztlich ab.

Aber *Santillán* setzte nach: er war seit Kindesbeinen auf das Innigste mit dem späteren Minister für Gewerkschaftsorganisation, Zivilgouverneur von Barcelona und erstem Innenminister der Post-Franco-Ära befreundet: *Rodolfo Martín Villa*, seit seiner Jugend ein Hardliner, ein Faschist.

Und *Martín Villa* holte *Santillán* Anfang 1979 nach Barcelona zurück, um die CNT auf einen reformistischen Kurs innerhalb der parlamentarischen Demokratie zu bewegen. Das sind Anschuldigungen, die *Xavier Cañadas* in seinem Buch (1) erhebt. In *Santilláns* Biografie ist dazu nichts bekannt. Allerdings fanden wir einige Briefe im Archiv des IISG in Amsterdam, die die Freundschaft beider bestätigen (5).

... y más en las horas que se ven venir y en las que cambio táctico será inevitable ...

... und weniger noch angesichts der Zeiten, die auf uns zukommen, in denen ein taktischer Wandel unvermeidlich sein wird.

(Brief an den querido amigo Rodolfo Martín Villa, Buenos Aires, 1978)



Leider ist nur eine Seite eines Briefes von 1978 an *Villa* erhalten. Es ist jedoch erschreckend, was ein argentinischer Anarchist zur Zeit der Militärdiktatur *Videlas* an einen Faschisten schreibt. Keine ehrliche Haut würde so jemanden mit „mein lieber Freund“ anreden und sich positiv über den Besuch des spanischen Königspaares in Argentinien freuen oder eine stärkere Zusammenarbeit Europas mit dem diktaturverseuchten *hispanischen* („Spaniens alten Gebieten“) Amerika anregen.

All dies schreibt aber *Diego Abad de Santillán* an seinen alten Kumpel *Martín Villa*. Eine derartige Verirrung habe ich lange nicht gesehen und wir fragen uns, wie groß der Schmerz der Niederlage gewesen sein muß, um mit dem Teufel zu paktieren (das Franco-Regime richtete in Barcelona 1974 noch den CNT-Genossen *Puig Antich* hin!)?

Viel schlimmer aber dürfte die unbeantwortete Frage wirken, ob hinter dieser Zusammenarbeit nicht eine grundsätzliche Strategie einiger weniger CNT-FAI-Führer gestanden hat. Der Verrat an der Revolution erfolgte ja durch die Führer der Bewegung nicht erst mit ihrer Regierungsbeteiligung und der Durchsetzung eines „Kriegsanarchismus“ in den Kooperativen und Kollektiven.

Leider gibt es bis heute keine Erklärungen für die Tatsache, daß sich z.B. der ‚konservative‘ CNT-Industrieminister *Juan Peiró* 1942 lieber hat erschießen lassen, als Führer der Staatsgewerkschaft *Franco*s zu werden. *Santillán* setzte sich aber an einen Tisch mit dem politischen Verbrecher *Martín Villa* und unterhielt bis zu seinem Tode 1983 beste freundschaftliche Kontakte.

• Cinco puntistas - Fünfpunktler

Am 4. November 1965 unterzeichnete ein Vertreter der CNT - *Eduardo de Guzmán* - mit der faschistischen Staatsgewerkschaft CNS »provisorische Vereinbarungen« über die Zusammenlegung von CNT und Staatsgewerkschaft, die folgende fünf Punkte umfaßten:

1. Einheitsgewerkschaft mit automatischer Mitgliedschaft bei jedweder Arbeitstätigkeit;
2. Selbstverwaltung (autogobierno) der Arbeiter in ihrer Organisation, gewerkschaftliche Unabhängigkeit vom Staat und politischen Organisationen, sowie Abtrennung der Unternehmer-Organisationen;
3. Mutualismo laboral, Teilhabe der Gewerkschaften an der Planung und Durchführung der Entwicklungspolitik in jedem Bereich des Staates;
4. Anerkennung des Streikrechts, die durch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ausgerufen werden;
5. Ausbau des Genossenschaftswesens.

Die CNT lehnte diesen Vertrag mit der vertikalen Staatsgewerkschaft dann jedoch ab. Der Argentinier *Diego Abad Santillán* gehörte 1965 dieser Gruppierung an. (4)



Gustav Landauer

Gustav Landauers Ende

VON E.J. GUMBEL

Das Reichsjustizministerium hat dem Reichstag im Dezember 1923 ein dickes Aktenstück vorgelegt: die Antworten des preußischen, des bayrischen und des mecklenburgischen Justizministers auf die vom Reichsjustizminister veranstaltete Umfrage über die politischen Morde.

Formale Bedenken und Spartrieb überwogen im Reichstag: die Denkschrift wurde nicht gedruckt. Sie wurde mir jedoch zur Verfügung gestellt (und wird als Buch im Malik-Verlag erscheinen).

Der Abschnitt über die bayrischen Morde ist von dem bayrischen Justizminister GÜRTNER gezeichnet. Er enthält 160 bayrische Morde, vollkommen sachlich dargestellt. In 136 Fällen wird ausdrücklich zugegeben, daß die Erschießung zu Unrecht erfolgt ist. Eine Bestrafung hat nur im Falle der 21 katholischen Gesellen stattgefunden. Von den vielen bayrischen Morden wird wohl der Fall LANDAUER die Öffentlichkeit am stärksten interessieren. Hierüber heißt es in der Denkschrift:

Eine größere Anzahl von Erschießungen wurden in den ersten Maitagen 1919 in dem Strafvollstreckungsgefängnis Stadelheim vorgenommen, das vielen der gegen München eingesetzten Regierungstruppen als Gefangenessammelstelle diente. Von dem hier einschlägigen Fällen konnte am besten die Erschießung des Schriftstellers GUSTAV LANDAUER geklärt werden, der während der ersten Räterepublik Volksbeauftragter für Volksaufklärung gewesen war.

Am Morgen des 2. Mai 1919 erhielt der Vizewachtmeister ERNST STEPPE des Freicorps Weilheim den Befehl, mit den Kanonieren HEILBRONNER, MEICHELBOCK, INSAM und MARCHAND den LANDAUER nebst drei starnberger Arbeiterräten in einem Lastkraftwagen nach Stadelheim zu verbringen. In Stadelheim befanden sich damals außer einer neutralen, vom Infanterieleibregiment gestellten Wache die Regimentsbefehlsstelle des 1. bayrischen Schützenregiments, eine Wache von Regierungstruppen unter dem Befehl des zugleich mit dem Nachschub des ersten Schützenregiments betrauten Leutnants CHRISTIAN HEUSER, ferner sonstige Mannschaften vom Freicorps Epp, eine württembergische Kavalleriepatrouille unter Leutnant Freiherr v. COTTA, Leute vom Corps Lützwow und Detachement Liftl,

es aber zunächst nicht. Der Zug mit den Gefangenen traf im rechten Seiteneingang auf Leutnant HEUSER, der auf die Meldung STEPPES hin anordnete, daß die Gefangenen in den Neubau verbracht werden sollten. Auf dem Wege dahin, der unter der Führung eines Oberaufsehers angetreten wurde, wurden die drei Arbeiterräte von INSAM, MEICHELBOCK und MARCHAND geführt. Ihnen folgte LANDAUER, von STEPPE und HEILBRONNER begleitet. Obwohl Leutnant HEUSER bei der Entgegennahme der Meldung STEPPE auf den die Gefangenen umdrängenden Soldatenhaufen beruhigend eingespochen hatte, wurden noch im rechten Seitengang erneut Vorwürfe und Verwünschungen gegen LANDAUER laut. Als LANDAUER sich dagegen zu rechtfertigen suchte und dabei von den »schweinishen Militarismus« sprach, erhielt er, ohne daß er ausreden konnte, einen Schlag ins Gesicht. Ob der Schlag von einem Offizier oder einem Mann geführt wurde, ist zweifelhaft. Leutnant HEUSER kommt jedenfalls als Täter nicht in Betracht. Ohne daß es zu weiteren Tätlichkeiten der ständig nachdrängenden Soldaten kam, war der Transport schon nahezu an die in den sogenannten Kirchenhof führende Tür gelangt, als plötzlich, wie die Begleitmannschaften übereinstimmend bekunden, ein Offizier von rückwärts nachkam und dem Zuge zurief: »Halt! der LANDAUER wird sofort erschossen.« Um die gleiche Zeit erschien der durch seine Kleidung (Sportanzug) auffallende Gutsbesitzer und Major a. D. Freiherr v. GAGERN, der sich als Führer einer freiwilligen Patrouille an dem Unternehmen gegen München beteiligt hatte. Er fragte LANDAUER, wer er sei, und schlug ihm, als dieser seinen Namen nannte, mit der Reitpeitsche unter gleichzeitigen Beschimpfungen ins Gesicht. Dies war das Zeichen für eine allgemeine Mißhandlung, in deren Verlauf auch der zur Patrouille des Freiherr v. COTTA gehörige Ulan EUGEN DIGELE, der schon vom Gefängniseingang her LANDAUER gefolgt war und ihm schon im vorderen Gang bei der Begegnung mit Leutnant HEUSER den Hut heruntergenommen

Grafik aus
Der Syndikalist
1/1920



hatte, dem Festgenommenen einige Peitschenschläge versetzte. Die Bemühungen STEPPES und HEILBRONNERS, LANDAUER zu schützen, waren angesichts der Uebermacht vergeblich. Während dieser Mißhandlungen gab ein Mann, der plötzlich mit angeschlagenem Gewehr aufgetaucht war, unter dem Ruf: »Jetzt erschieße ich ihn!« auf nächste Entfernung einen Schuß in die linke Schläfe LANDAUERS ab. Weil LANDAUER aber noch Lebenszeichen von sich



Gustav Landauer auf dem Wege zu seiner Ermordung

gab, feuerte DIGELE mit seiner Armeepistole einen weitem Schuß in die rechte Schläfe ab. Ein zum Wachtkommando des Infanterie-Leibregiments gehöriger Sergeant zog nunmehr Landauer den Mantel aus. Dabei kam LANDAUER auf das Gesicht zu liegen, und, weil man glaubte, er habe nochmals ein Lebenszeichen von sich gegeben, wurde ihm noch ein dritter Schuß mit einem Gewehr oder Karabiner in den Rücken versetzt. Jeder der drei Schüsse war für sich allein tödlich. Nachdem der Tod LANDAUERS eingetreten war, nahm ein unerkannt gebliebener Soldat Uhr und Kette weg, gab aber auf Verlangen des DIGELE diesem die Uhr. Ein weiterer Mann versuchte, LANDAUER den Ring vom Finger zu streifen, wurde daran aber durch das Eingreifen weiterer Soldaten gehindert. Der Mantel und nach der Ermittlung DIGELES auch die Uhr wurden an die Angehörigen LANDAUERS zurückgegeben. Die Persönlichkeit des Offiziers, der die Erschießung angeordnet hatte, konnte, obwohl nahezu hundert Personen im Ermittlungsverfahren vernommen waren, ebensowenig wie die Soldaten, die den ersten

und dritten Schuß abgegeben haben, ermittelt werden. DIGELE hatte sich am 19. März 1920 vor dem Gericht des Auflösungsstabes 56 (29. Division) in Freiburg im Breisgau wegen der Anklage eines Verbrechens des Totschlags, eines Vergehens der Körperverletzung und der Hehlerei zu verantworten. Das Gericht hielt für erwiesen, daß ein Offizier die sofortige Erschießung Landauers angeordnet hatte und Digele daher annehmen durfte, daß der erste Schütze in Ausübung eines rechtmäßigen Befehls gehandelt und die Tötung im Sinne dieses Befehls gelegen habe. Es sprach ihn daher von der Anklage des Totschlags frei, verurteilte ihn aber wegen eines Vergehens der gefährlichen Körperverletzung und eines Vergehens der Hehlerei zur Gesamtgefängnisstrafe von fünf Wochen. Gegen Freiherrn v. GAGERN wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts München vom 13. September 1919 wegen der an LANDAUER begangenen Mißhandlung eine Geldstrafe von 500 Mark (damals gleich 80 Goldmark) festgesetzt. Daß er an der Erschießung irgendwie beteiligt gewesen wäre, hat sich nicht nachweisen lassen.

Man sieht: bei dieser Ordnungstruppe, den Befreiern Münchens vom roten Terror, müssen merkwürdige militärische Subordinationsbegriffe geherrscht haben. Leutnant Heuser erteilt nicht etwa den Soldaten Befehle, sondern spricht beruhigend auf sie ein. Auch gibt es offenbar kein Mittel, nachdrängende Soldaten aufzuhalten. Der Vizewachtmeister, dem LANDAUER anvertraut war, hatte keine Möglichkeit, den Gefangenen vor den Soldaten zu schützen. Dagegen werden vollkommen gesetzwidrige Befehle eines zufällig vorbeikommenden Offiziers sofort ausgeführt. Der Ausgang des Verfahrens? Der Untergebene, DIGELE, hat geglaubt, einen rechtmäßigen Befehl durchzuführen. Der Offizier aber, der den Befehl gegeben hat, ist nicht zu ermitteln.

Der Fall LANDAUER konnte von all diesen Fällen am besten aufgeklärt werden: weder die Persönlichkeit des Offiziers, der die Erschießung angeordnet hat, noch die der erschießenden Soldaten konnte ermittelt werden. Und doch war dies ein verhältnismäßig erfolgreiches Verfahren. Hier sind wenigstens an untergeordneten Vorfällen Beteiligte ermittelt und, wie man sieht, dem strengen Arm der Gerechtigkeit überliefert worden. In 125 andern bayrischen Fällen war nämlich überhaupt nichts zu ermitteln.

»In den übrigen Fällen sind die vom Staatsanwalt bei dem Landgericht München I teilweise im Anschlusse an vorherige militärgerichtliche Ermittlungen gepflogenen Erhebungen bis jetzt ergebnislos geblieben. Vielfach konnte nicht einmal zuverlässig der Tag der Erschießung ermittelt werden.« So sagt melancholisch die Denkschrift.



Schwerpunkt-Thema

Gewerkschaftliche Kampforganisation oder Sekte?

Eine Debatte im Organ der FAUD (AS), *Der Syndikalist*, im Jahre 1925

Vorbemerkung

I.

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Januar 1923 wegen unerfüllter Reparationsforderungen – was durch die Politik der Reichsregierung durchaus provoziert worden war – wurde von der bürgerlichen deutschen Regierung Cuno mit dem Aufruf zu passivem Widerstand beantwortet. Mit von der Partei waren auch die oppositionelle SPD und die ihr nahestehenden Gewerkschaften des ADGB. Die Finanzierung des ‚Ruhrkampfes‘ durch die Notepresse verwandelte die 1919 begonnene, sich immer mehr beschleunigende Geldentwertung in eine Hyperinflation.

Vor allem die Großindustrie konnte von 1919 bis 1922 dank der sinkenden Reallöhne eine Exportoffensive starten und über Dumpingpreise einiges Terrain nach dem verlorenen Weltkrieg gutmachen können. Für die am Bankrott balancierenden ostelbischen Großagrarien, aber auch für viele Hausbesitzer bot sich die Gelegenheit, günstig ihre Schulden loszuwerden. Und selbst der Staat profitierte von der Inflation, denn er konnte die Kriegsanleihen (»Gold gab ich für Eisen«) mit wertlosem Papier zurückzahlen.

Zur Kasse gebeten wurden, wie üblich, die ‚kleinen Leute‘, deren Lebenshaltungskosten stiegen, während die Reallöhne sanken. Anfänglich konnten ökonomische Abwehrkämpfe die Verarmung der Massen noch bremsen, doch Mitte 1922 steigerte sich die Inflation immer schneller, bis dann im Frühjahr 1923 die Mark ins Bodenlose fiel und die deutsche Währung kollabierte. Hatte während der Exportkonjunktur noch eine relative Vollbeschäftigung geherrscht, so stieg die Arbeitslosenquote 1923 im Jahresdurchschnitt auf 10%, wobei sie beim Zusammenbruch der Mark auf 28% hochschnellte. Auch die Besitzer kleiner Sparkonten, kleine und viele mittlere Gewerbetreibende gehörten zu den Inflationsverlierern [1]. Sie sollten in den kommenden Jahren die Massenbasis der NSDAP stellen.

II.

Zu Beginn des Jahres 1925 stand die anarchosyndikalistische Gewerkschaft, die *Freie Arbeiter-Union Deutschlands*, wie alle Arbeiterorganisationen in Deutschland, vor einem Scherbenhaufen [2].

Hatte sie 1920 ihren Höchststand mit ca. 150.000 Mitgliedern erreicht [3], so sank die Mitgliederzahl der FAUD durch die Abspaltung der FAU (Gelsenkirchen) [4] im Laufe des Jahres auf ca. 100.000; zum Ende des Jahres 1922 war die Organisation auf etwas mehr als 62.000 Mitglieder geschrumpft. Im Jahr des »Ruhr-Kampfes« brach die FAUD 1923 auf 30.000 ein. Außerdem kokettierten einige Syndikalistinnen mit den – von der französischen Regierung geförderten – rheinischen Separatisten [5], womit die Bewegung in das »Kreuzfeuer gegnerischer Propaganda« geriet

[6]. Das im Gefolge des Aufstandsabenteuers der KPD in Hamburg im Oktober [7] verhängte Verbot aller revolutionären Organisationen (darunter selbstverständlich die FAUD) vom 23. November 1923 bis zu 1. März 1924 tat ein übriges. Die nach der Stabilisierung der Mark einsetzende relative Stabilisierung der deutschen Wirtschaft ließ die Mitgliederzahl auf 28.000 sinken (Dezember), um im Februar 1925 bei 25.000 Mitgliedern anzulangen. Der 15. Kongreß der FAUD, der im April 1925 in Dresden stattfinden sollte, hatte also genug zu diskutieren.

Im Vorfeld des Kongresses entspann sich eine Debatte in der Wochenzeitung *Der Syndikalist* um die Frage »Kampforganisation oder Sekte«, die sich um das Problem drehte: wie verhält sich eine revolutionäre Organisation in nicht-revolutionären Zeiten? Der Schwerpunkt der Diskussion war die Frage der Teilnahme an den Betriebsratswahlen [8], und sie wurde leidenschaftlich geführt. Die Diskutanden waren alle profilierte Aktivisten der FAUD, und wie FRANZ GAMPE in einer Zwischenbilanz der Debatte resümierte: »Daß in den Kreisen der Syndikalistinnen das eifrigste Bestreben vorhanden ist, in streng sachlichen Untersuchungen die jeweilig beste Form des Zusammenschlusses zu finden, beweisen die zahlreichen Notizen im »Syndikalist« über »Einheitsorganisation«, »Interessenvertretung«, »Massenorganisation oder Sekte« usw. Alle diese Diskussionen waren von dem Geiste getragen, das Beste für die Bewegung zu tun. Das ist dabei ausschlaggebend.« (Dokument 6)

Der 15. Kongreß der FAUD (10. – 13. April 1925 in Dresden) bestätigte die Erklärung, die die »Außerordentliche Reichskonferenz der FAUD« vom 1. Februar abgegeben hatte: »Die außerordentliche Reichskonferenz der FAUD vom 1. Februar 1925 gibt nach reiflicher Diskussion über die Beteiligung an den Betriebsräten und der Knappschaft folgende Willenserklärung ab: Der Beschluß des 14. Erfurter Kongresses kann nur durch einen neuen Kongreßbeschluß geändert werden.

Die Konferenz empfiehlt jedoch den Anhängern beider Richtungen, gegenseitig größte Toleranz zu üben.

Ausschluß einzelner Mitglieder oder ganzer Ortsgruppen wegen Beteiligung oder Nichtbeteiligung darf nicht erfolgen.« (Dokument 3) [9]

Die FAUD versuchte mit dem 15. Kongreß, die verbliebenen Kräfte zu sammeln und sich auf die nachrevolutionäre Situation einzustellen. RUDOLF ROCKER hatte in seinem Referat »auf die Wichtigkeit der praktischen Tageskämpfe« hingewiesen [10], und *Der Syndikalist* begann in derselben Nummer, in der auch der Bericht über den 15. Kongreß erschien, mit dem Abdruck von ROCKERS richtungsweisender Schrift »Der Kampf ums tägliche Brot« [11], die gegen einen abstrakten Maximalismus des »Alles oder Nichts« gerichtet war. Nebenbei: Der solidarische Geist, in dem diese sachliche Polemik gehalten ist, die Streitkultur, die

[1] Siehe BRY 1960, S. 7; 55; 74f; 220ff; 227ff; 362; 453ff; MOTTECK u. a. 1974, S. 235 – 253; siehe auch AIGTE 1930, S. 204f.

[2] Die Mitgliederzahl etwa der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften sank von fast 8 Millionen (1922) auf etwas über 4 Millionen (1925) – siehe KLÖNNE 1980, S. 197.

[3] Eine brauchbare und detaillierte Statistik der Mitgliederentwicklung der anarchosyndikalistischen Bewegung in der Weimarer Republik und ihrer lokalistischen Vorläufer im Kaiserreich existiert erst in Ansätzen (z.B. DÖHRING 2007, S. 201). Die folgenden Zahlen basieren auf einer kritischen Auswertung der mir bekannten Literatur. Ich beabsichtige, diese Auswertung demnächst vorzulegen, weshalb ich dieser Stelle auf die Nachweise verzichte.

[4] Zur FAU (Gelsenkirchen) siehe BOCK 1969, S. 179 – 187.

[5] KLAN/NELLES 1990, S. 124f; 133f, Anm. 111; WEBERSKIRCH 1999, S. 153 – 177.

Zur gleichen Zeit hatte die KPD einen heftigen Flirt mit den von der Reichsregierung geförderten nationalistischen ‚Widerstandskämpfern‘ gegen die Ruhrbesetzung (siehe RADEK [1923]).

[6] WEBERSKIRCH 1999, S. 168 – 170.

[7] VOß u. a. 1983.

[8] Die Außerordentliche Reichskonferenz der F.A.U.D. vom 1. Februar 1925 (siehe Dokument 3) hatte beschlossen, die ersten drei Tagesordnungspunkte (1. Gewerkschaftliche Organisation oder Sekte. 2. Beteiligung an den Betriebsratswahlen. 3. Beteiligung der Bergarbeiter an den Knappschaftswahlen.), zusammen zu behandeln, da es sich um den selben Themenkomplex handelte.

seinerzeit möglich war, ist etwas, von dem wir uns getrost eine Scheibe abschneiden können.

Mit dem 15. Kongreß war die FAUD in der Weimarer Republik angekommen. Nicht, daß sie mit ihr ihren Frieden geschlossen hätte. Aber sie ließ sich auf die nun stabilisierte kapitalistische Republik ein und orientierte unter den veränderten Bedingungen ihre Taktik neu. Im Gegensatz zu den organisatorischen Resten der Linkskommunisten (KAPD, AAUD, AAUE), die sich dem Problem nicht stellten, gelang ihr (wenn auch auf niedrigem Niveau) eine Stabilisierung der Organisation während der – wie sich dann mit dem Börsencrash, dem ‚Schwarzen Freitag‘ 1929 in New York herausstellen sollte – Scheinblüte der Weimarer Republik. Mit dem Zusammenbruch der Wallstreet, der beginnenden Weltwirtschaftskrise und dem Aufstieg der NSDAP trat eine neue Phase ein.

III.

Wir dokumentieren hier die Diskussionen in der Wochenzeitung der FAUD, *Der Syndikalist*, die sich vom Januar bis April 1925 erstreckte. Wir beabsichtigen außerdem, eine erweiterte Fassung dieser Diskussion, die auch umfangreiche Auszüge aus dem Protokoll des 15. Kongresses der FAUD sowie RUDOLF ROCKERS Broschüre *Der Kampf ums tägliche Brot* enthalten wird, im Laufe dieses Jahres als eigenständige Broschüre herauszubringen.

IV.

Abschließend noch zwei persönlich-historische Notizen:

Die meisten hier abgedruckten Texte aus dem *Syndikalist* gehören zu dem Material, das während der Gründungsphase der FAU (damals noch *Initiative für die Wiedergründung der FAUD*) 1976/77 unter Interessierten zirkulierte. Insofern dokumentieren wir hier auch eine Diskussion, die für die Entstehung der heutigen FAU eine gewisse Rolle gespielt hat

Der als Dokument 2 abgedruckte Artikel von KARL ROCHE ist cum grano salis das ‚Gründungsdokument‘ des Archiv KARL ROCHE. Wie vermerkt, erschien der erste Nachdruck dieses Textes in der *direkten aktion* Nr. 8 vom Juli 1978, in deren Redaktion der Herausgeber der *Barrikade* und der Verfasser dieser Zeilen saßen. Aus dieser Zeit resultiert unser Interesse an dem Namensgeber des Archivs, und wir sind mittlerweile ein paar Schritte weiter gekommen.

Unser Dank gilt, wie so oft, HELGE DÖHRING von www.syndikalismusforschung.info, der mit Rat und Tat nicht geizte.

• Jonnie Schlichting

Editorische Notiz

Die vorliegenden Texte sind wörtlich aus den Quellen übernommen, offensichtliche Schreib- und Satzfehler wurden allerdings stillschweigend korrigiert. Im Original gesperrte Hervorhebungen wurden kursiv wiedergegeben, ebenso längere Zitate. Sämtliche Eigennamen wurden abweichend vom Original in KAPITÄLCHEN gesetzt, die Überschriften vereinheitlicht. Alle Anmerkungen und [eckige Klammern] sind vom Bearbeiter.

Dokument 1

Kampforganisation oder Sekte?

Von H. REUSS.

Es ist keineswegs die Lust an strittigen Auseinandersetzungen oder die Absicht, unnötigerweise die Gemüter zu erregen, wenn hier diese Frage aufgeworfen und behandelt wird; sondern (nicht nur der Schreiber vertritt diesen Standpunkt) es ist dies eine fundamentale Notwendigkeit von Seiten großer Teile der Arbeiterschaft selbst längst erkannt worden. Längst schon wünschten weitere Kreise eine Klärung dieser Frage und vorweg sei es gesagt, daß es die Besten der in den rheinisch-westfälischen Betrieben tätigen Kameraden sind, welche diese Angelegenheit behandelt und im Sinne der aktiven Kampforganisation erledigt wissen wollen. Wenn hier Dinge berührt werden, über die bis heute innerhalb der F.A.U.D. keine einheitliche Auffassung vorhanden ist, so wäre es immerhin falsch, jetzt, wo an diese Dinge herangegangen wird, von einer Opposition innerhalb der Organisation zu reden. So falsch dies an sich schon ist, so verderblich wäre es, sollten wir hier nach Vogel-Strauß-Manier den Kopf in den Sand stecken. Dieser Taktik haben wir lange genug gehuldigt, und der Ertrag solchen Tuns offenbart sich am deutlichsten in den Mitgliederzahlen.

Unzweifelhaft sind auch heute noch 90 Prozent unserer Mitglieder als Gewerkschaftler der Organisation beigetreten, und der internationale Syndikalismus hat nie etwas anderes als eine revolutionäre Gewerkschaft sein wollen. Er hat als seine vornehmste Aufgabe die Erfassung des schaffenden Volkes zu großen wirtschaftlichen Vereinigungen betrachtet. Und die Macht des Syndikalismus beruht und wurzelt gerade in der Propagierung seiner Ideen innerhalb der Betriebe. Aus diesem Grunde wird von einer syndikalistischen Bewegung nur so lange geredet werden können, so lange sie innerhalb der Betriebe noch die Möglichkeit einer direkten Betätigung hat.

Hier ist zu konstatieren, daß gerade der revolutionäre Wind der Jahre 1919 und 1920 unserer Propaganda innerhalb der Betriebe von besonderem Vorteil war. Die Arbeiterschaft hatte innerhalb der Betriebe die größtmögliche Betätigungsmöglichkeit, sie hatte [es] nicht notwendig, vor jedem Eseltreiber auf der Hut zu sein. Der Entlassungsschein konnte ohne Einwilligung der Arbeiterräte nicht ausgestellt werden.

Wenn heute unser Einfluß auf die Arbeiterschaft nicht mehr derselbe ist als in jener Zeit, so tragen daran diejenigen Schuld, die glaubten, durch Resolutionen, Anträge und Versammlungsbeschlüsse revolutionäre Idealismen fabrizieren zu können. Was wir heute bei Betrachtung unserer Organisation sehen, das ist die Frucht der Saat derer, welche in Versammlungen beschlossen, daß, wer seinen Austritt aus der Kirche nicht vollziehe, wer seinen Beitrag dem Kassierer nicht ins Haus trage, wer sich an Betriebsratswahlen, Knappschaftswahlen, Rechtsschutz usw. beteilige, kein Syndikalist sei. Wenn solche Methoden den gewünschten Erfolg auch dann noch nicht brachten, dann schaffte man



Ein Gordischer Knoten?

[9] siehe Die gegenwärtigen Aufgaben der FAUD.; in: *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 18, 2. Mai 1925, Beilage. Zur Außerordentlichen Reichskonferenz; siehe auch AIGTE 1930, S. 205. Die auf dem 15. Kongreß der FAUD angenommene Resolution der Ortsgruppe Dresden lautet in den entscheidenden Passagen: » ... mögen diejenigen, die durch eine Belegschaftsmehrheit dazu gedrängt werden, eine Beteiligung [an den Betriebsratswahlen] verantworten; sie glauben, auf diesem Wege von der bloßen Negation zur Teilnahme am Klassenkampf und zur Ausbreitung der Idee kommen zu können. Die Bewegung wird solche Experimente ertragen, auch wenn die Form des gesetzlichen Betriebsrates in solchem Falle nicht die geeignete ist. (...) [D]er ganzen Sachlage nach muß vorläufig der Toleranzbeschuß der Vorkonferenz aufrechterhalten werden.«

[10] Der 15. Kongreß der F.A.U.D. Dresden, 10. – 13. April 1925; in: *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 16, 18. April 1925, S. 1.

[11] RUDOLF ROCKER, *Der Kampf ums tägliche Brot*, Berlin 1925 (*Der Syndikalist*) – reprint Frankfurt/M 1975 (Freie Gesellschaft) – es handelt sich hierbei um eine überarbeitete Fassung seines Referates auf dem 15. Kongreß der FAUD.

(1) Anspielung auf die mit sowjetischem Geld gesponserte KPD.

(2) Die Reichszentrale für Heimatdienst war ein Vorläufer der heutigen Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung. Siehe KLAUS W. WIPPERMANN, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Hilfe. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 114), Bonn 1976

gleich Buch und Beitrag ab und trug als Abzeichen seiner eigenen revolutionären Intelligenz das Haar möglichst lang. Auch diejenigen, welche die Behandlung des Geburtenproblems einer Stellungnahme zum Kongreß der Amsterdamer vorzogen, müssen genannt werden, ebenso sei derer gedacht, die aus persönlichem Haß nicht Halt machten vor der Person und die Person mit der Sache verquickten oder verwechselten. Es war eine schlimme Zeit, und die Wirkung solcher Treibereien mußte um so verheerender sein, da zu gleicher Zeit der Rubel (1) sowohl als der Heimatdienst (2) gegen uns wüteten. Wenn auch nicht alle Ungeschorenen im Dienste des Rubels standen, so haben sie ihm doch unbewußt in die Hand gearbeitet.

Heute ist diese Pest glücklich überwunden, aber unter den Nachwehen haben wir dennoch zu leiden. Leider ist von diesem »Geist« noch mehr wie zuviel zurückgeblieben und übt seinen verderblichen Einfluß noch weiterhin aus. Wäre dies nicht der Fall, so hätte diese Frage nicht berührt [zu] werden brauchen.

Darüber, daß Hunger, Elend und Entbehrung keine Schrittmacher der Revolution sind, dürfte heute Einmütigkeit bestehen. Logischerweise muß man sich sodann auch zur gewerkschaftlichen Gegenwartsarbeit bekennen.

Wer mit dem Wesen der Arbeit innerhalb der Schwerindustrie vertraut ist, wer sich keinen Illusionen über den praktischen Bildungsgrad unserer Arbeitskameraden hingibt, wer die Ueberwachungsmethoden in den Betrieben kennt, die Antreiberei und Angeberei, wer das Riesennetz der gesetzlichen und tariflichen Umschreibung des Arbeitsverhältnisses kennt, der wird, das sei hier besonders hervorgehoben, mit mir der Meinung sein müssen, daß eine Kritik daran alleine nicht genügt. Hier muß vielmehr tatkräftig zugefaßt werden.

Wie dies mit einiger Aussicht auf Erfolg vor sich zu gehen hat, sei hier ohne jede Umschreibung getan.

Meines Erachtens haben wir uns an den kommenden Betriebsratswahlen unbedingt zu beteiligen. Betrachten wir zunächst die prinzipielle Seite. Hier ist festzustellen, daß der Anarchosyndikalismus es ablehnt, sich an gesetzgebenden Körperschaften zu beteiligen. Ist der Betriebsrat eine gesetzgebende Körperschaft? Nein, das ist er nicht. Er ist nichts anderes als der alte vorrevolutionäre Arbeiterausschuß, den man zur Unschädlichmachung der revolutionären Räteidee gesetzlich sanktionierte. Schon allein darin, daß die Arbeiterschaft diese Ausschüsse sich selbst geschaffen hatte, liegt der beste Beweis für die Notwendigkeit einer Betriebsvertretung.

Von allen Sophistereien kann Abstand genommen werden. Hier ist ein Teil der Sklavenkette, die auch wir zu schleppen haben, ob wir wollen oder nicht. Der Polyp »Staat« hat seine Autoritätsfänge eben in alle Dinge des Lebens gesteckt, von der Wiege bis zum Grab — selbst der Weg zum Friedhof ist vorgeschrieben, — daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, mit ihnen nicht in Berührung zu kommen.

Ihnen entrinnt man auch dann nicht, wenn man sich noch so weit davon entfernt glaubt. Nein, in gar vielen Fällen und in dem hier besprochenen ganz besonders, sitzen wir selbst in diesen Fängen um so fester, je weiter wir davon abrücken. Beweis: diese

Autorität kann nur auf Grund der Massenduldung bestehen. Wir haben jedoch durch unsere Abseitsstehen uns der Arbeiterschaft allzusehr entfremdet, wir haben die Arbeiterschaft durch unsere Abstinenz den Fängen der Gewerkschaften, d. h. der Autorität überliefern helfen, wir haben damit die Kräfte, die wir vernichten wollten, nur noch mehr gestärkt. Wir werden, wenn wir uns nicht zurückerfinden sollten zur praktischen Arbeit, in Zukunft auch noch aus den offiziellen Belegschaftsversammlungen ausgeschaltet werden. Es sind bereits Vereinbarungen getroffen, daß in Belegschaftsversammlungen nur noch Organisationsvertreter zugelassen werden sollen, welche auch im Betriebsrat vertreten sind. Wird dies zur Tatsache, dann stehen wir auch hier glatt draußen, und alle Entrüstung über Vergewaltigung, Terror usw. ändert daran nichts mehr.

Es erübrigt sich wohl, hier noch weitere Argumente anzuführen, denn, wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Es sei zum Schluß nur noch denen, welche nun unentwegt schon Jahre hindurch jede Beteiligung an den Wahlen zum Betriebsrat, zur Knappschaft usw. abgelehnt haben, anheimgestellt, die Erfolge ihrer Praxis zu prüfen. Sie werden im Resultat dieser Prüfung den besten Wertmesser für ihre Praxis haben. Wir können und dürfen uns nicht isolieren, gerade wir können von einer chinesischen Mauer am wenigsten Gebrauch machen, denn Syndikalismus ohne die Betriebe, ohne Einfluß und Mitwirkung der Masse, ist, wenn auch eine glänzende, so doch nur eine Utopie. Was sind und nutzen alle schöngeistigen Betrachtungen, was sind alle philosophischen Betrachtungen angehender und gewesener Größen ohne die Tat, ohne den Massenwillen. Hirne und Herzen mit Wissen und Rebellengeist zu erfüllen, ist sicher auch unser Ziel. Meines Wissens hat sich noch keiner meiner Gesinnungsfreunde damit begnügt, die Beiträge einzukassieren, um dann Gottes Wasser über Gottes Land laufen zu lassen, sondern wir dürfen ohne Ueberhebung von uns behaupten, daß, je größer und schwieriger die Kämpfe waren, daß um so größer unsere Lust am Leben war.

Jegliches Orakeln über die soziale Revolution wird zum Weibergewäsch, wenn wir nicht alle Kräfte anspannen, um die Keimzellen der neuen Gemeinschaft heute schon zu entwickeln. Und unsere Föderationen sind, sollen zumindest diese Keimzellen vorstellen, Somit bedeutet jede Stärkung der Föderationen einen weiteren Baustein zur neuen Gemeinschaft.

Wer die Masse gewinnen will, wer ihre Gedankengänge befruchten will, wird sich schon zu ihr bemühen müssen. Vom Kirchturm aus wird es ihm schwerlich gelingen. Wem jedoch Angst ist, daß die syndikalistische Idee durch die Berührung mit scheinbar staatlichen Einrichtungen in Gefahr geraten könnte, dem ist die lebendige Kraft dieser Idee selbst noch fremd. Man ist versucht, zu sagen, dieser Mann will etwas beschützen, dessen Wesen ihm nicht vertraut ist.

Der Syndikalismus hat seinen besten Schutz in sich selbst, er benötigt keinen Graalswächter; er braucht Ellenbogenfreiheit, keine chinesische Mauer. Er selbst ist etwas Lebendes, und Tageskampf ist sein Element. Zu unserm eigenen Schaden sind wir viel zu lange um die Sache herum statt an die Sache herangegangen. Das Jahr 1925 muß uns wiederfinden als die frohen Kampfgenossen, die

Dok. 1:

Der Artikel wurde erstmals nachgedruckt in FAU Bremen (Hrg.), Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven. Ergänzungsband, 2006

wir 1919 und 1920 waren. Wenn auch heute die Verhältnisse ungleich schwieriger sind als in jenen Jahren, so muß dennoch alles und allem zum Trotz der Syndikalismus in seinen Mutterboden – und das sind die Betriebe – hineingetragen werden. Hierin liegt der Schwerpunkt der Betätigung syndikalistischer Betriebsräte. Sie stehen nicht nur unter der Kontrolle der Organisation, sondern hinter ihnen steht sie ebenfalls. Wird es wieder so gehandhabt, dann ist eine der wichtigsten Vorbedingungen für ein Erstarken der Organisation erfüllt. Dann werden wir wiederum nicht nur zahlenmäßig in Erscheinung treten, sondern unser ideeller Einfluß auf die Gesamtarbeiterschaft wird wieder hergestellt. Tun wir es wiederum mit der alten Freudigkeit, begleitet von den Versen ROBERT REITZELS:

Ich lob mir leichte, lustige Gesellen,
die gerne sind, wo volle Becher winken,
und gern der Schönheit an den Busen sinken.
Doch die auch, wenn zum Kampf die Hörner
gellen,
begreifen dieser Zeit gewaltiges Ringen,
der Freiheit ihre Schlachten helfen schlagen
und köstlich Herzblut ihr zum Opfer bringen.

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 3, 18. Januar 1925

Dokument 2

Kampforganisation oder Sekte

VON KARL ROCHE

Die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung (Syndikalismus) lassen sich in drei Fragenkomplexen zusammenfassen:

1. Revolutionierung der Arbeiterhirne;
2. Organisierung der Arbeiter zu dem Zweck, durch wirtschaftliche Kämpfe einen möglichst hohen Anteil am Ertrage der Arbeitsleistung zu sichern und gleichzeitig das Eindringen der revolutionären Organisationen in die kapitalistischen Betriebe zu fördern, zwecks schließlicher Besetzung und Übernahme der Betriebe durch die werktätig Schaffenden.
3. Die Schaffung der Organe, die im Werden der sozialen Revolution die Funktionen des Austausches und des Aufbaues der neuen sozialen Ordnung übernehmen und durchführen.

Von der Lösung des unter 1. zusammengefaßten Problems hängt alles andere ab. Diejenigen unter uns, welche die Frage aufwerfen: „Gewerkschaftliche Organisation oder Sekte?“ müssen sich vor allem darüber klar werden, daß zum Aufbau revolutionärer Gewerkschaften revolutionäre Gewerkschafter notwendig sind. Mit den alten eingerosteten Köpfen, die sich nicht lösen können von der Zentralisation und der Gesetzmäßigkeit, ist einfach keine syndikalistische Bewegung in Fluß zu bringen.

Vielleicht sind wir alle uns noch nicht völlig klar über die Tiefe und das Ausmaß des Problems. Wir alle – niemand ausgeschlossen – hängen innerlich so innig mit der Gegenwart: mit dem, was wir „kapitalistisches Wirtschaftssystem“ nennen, mit den Bedürfnissen unserer Zeit, mit all den Einrichtungen, die uns aufgezwungen sind, zusammen, daß wir immer wieder in den Fehler der sozialdemokratischen Bewegung verfallen, die Arbeitermassen an die Lösung sozialer

Probleme heranzuführen zu wollen, für die ihnen die intellektuellen und seelischen Voraussetzungen fehlen.

Jawohl, wir werden solange eine „Sekte“ bleiben müssen, als es uns nicht gelingt, breiten Arbeitermassen die anarchosyndikalistische Ideenwelt zu vermitteln. Aber sind wir denn als „Sekte“ weniger wert oder machtloser, wie als „gewerkschaftliche Organisation“? Oder erreichen die Gewerkschaften mehr für die Arbeiter wie wir als Sekte erreichen können? Oder würden wir mehr erreichen können, wenn wir dem Gegenwartsdenken der Masse und ihren Gegenwartswünschen, die wir als unerfüllbar bezeichnen müssen, Konzessionen machen wollten? Wir alle sind uns doch wohl darin einig, daß in der Besitzwirtschaft auch der größte Anteil am Ertrage der Arbeitsleistung, den die Gewerkschaft ihren Mitgliedern erkämpfen könnte, bestenfalls doch immer nur ein Augenblickserfolg sein kann.

Wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegen den Syndikalismus, also gegen uns selbst es den Arbeitern in aller Breite und in der ganzen furchtbaren Tiefe klarzumachen, daß ihre Versklavung in dem Maße fortschreitet, als die Gewerkschaftskämpfe lediglich um Gegenwartsforderungen die Kräfte der Organisationen aufzehren. Die Stagnation unserer organisatorischen Entfaltung hat ihre letzten Ursachen nicht darin, daß wir für die Gegenwart ebensowenig, erreichen können, wie die Zentralverbände, weil wir mit denselben Menschen kämpfen müssen, sondern darin, daß wir nicht unverholen und mit aller Entschiedenheit ausdrücken: Arbeiter, helfen kann dir einzig und allein die wirtschaftliche Revolution! 0, da stehen heute Millionen Arbeiter in Deutschland, die der alten Bewegung, den Parteien entfremdet sind, weil sie deren Zwecklosigkeit intus haben. Sie warten auf unsere entschiedene „Parole“, denn sie sind Proleten und längst nicht verzweifelt. Geben wir ihnen das Stichwort – und wir werden aufhören, eine „Sekte“ zu sein!

Und sind wir denn als „Sekte“ so ganz machtlos? Ein Musterbeispiel: In Amerika mustern die Gomperschen – Gott habe ihn selig – Gewerkschaften Millionen von Mitgliedern und die Industrial Workers of the World wohl eben 60.000. Die Millionen sind das stagnierende Element in der Arbeiterbewegung drüben, und die IWW. trägt den Geist des revolutionären Klassenkampfes von Ort zu Ort. Sie mögen ja nicht auf der gleichen prinzipiellen Linie sich mit uns bewegen; aber darauf kommt es in diesem Zusammenhang auch nicht an. Das sind zum größten Teil Wanderarbeiter, nicht wenige davon sind sogar „Tramps“. Aber sie haben nur höchstens einen Rock, und gar keine Autorität erkennen sie an – und ein beträchtlicher Teil von ihnen sitzt ständig im Gefängnis, wegen revolutionärer Propaganda. Sie vollziehen die Revolutionierung der Arbeiterhirne; sie sind die Patrioten der Revolution. Sind sie machtlos? Haben sie keinen Einfluß? Und sie sind doch auch nur „Sekte“! Und – mit Verlaub und ein wenig isegrimmiger Erinnerung – vor einem halben Jahrzehnt noch träumten deutsche Syndikalisten von einer organisatorischen Zusammenfassung aller Sozialrevolutionäre im Rahmen einer Prinzipienklärung. Die FAUD sollte es sein, mußte es sein. Die Prinzipienklärung steht, aber

Literatur

AIGTE 1930: GERHARD AIGTE, Über die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Frankreichs und Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Freie wissenschaftliche Arbeit; in: Die Internationale. Zeitschrift für revolutionäre Arbeiterbewegung, Gesellschaftskritik und sozialistischen Neuaufbau. Hrsg. von der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (AS), Jg. IV, Nr. 2 (Dezember 1930) bis Nr. 10 (August 1931) – teilweiser Nachdruck unter dem Titel GERHARD AIGTE, Die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit (1918-1929), Bremen 2005 (FAU Bremen)

BOCK 1969: HANS MANFRED BOCK, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 – 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 15), Meisenheim am Glan (Anton Hain)

BRY 1960: GERHARD BRY, Wages in Germany 1871 – 1945, Princeton (Princeton University Press)

KLAN/NELLES 1990: ULRICH KLAN/ DIETER NELLES, »Es lebt noch einen Flamme«. Rheinische Anarchosyndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus. 2. Aufl., Grafenau/Döffingen (Trotzdem)

KLÖNNE 1981: ARNO KLÖNNE, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen, o. O. (Büchergilde Gutenberg)

MOTTECK u. a. 1974: HANS MOTTECK/WALTER BECKER/ALFRED SCHRÖTER, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Band III: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin/DDR (Akademie-Verlag)

Dok. 2:

Der Artikel wurde erstmals nachgedruckt in *direkte aktion*, Organ der Initiative Freie Arbeiter-Union – FAU-IAA, Nr. 8, Juli 1978, S. 11 – 12

die Menschen oder besser die Hirne sind uns aus den Fingern gekrümelt. Hier und dort marschieren Trupps, die auch auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die auch freiwillige Kampfesolidarität üben, die auch den Zentralismus und die Parteien ablehnen, die auch, die auch! Es ist ihnen gesagt worden: „Schwört auf die syndikalistische Bundeslade – sonst breiter Strich, Trennung!“ Sie hatten nicht die Schwurfinger erhoben, und aus der Trennung ist Organisationsfeindschaft und auch Bruderzwist geworden. Jetzt ernten wir das Unbehagliche: Wir können die Massen nicht halten, und die anderen Gruppen können das auch nicht. Das zu bewältigende Problem ist eben so ungeheuer! Wollen wir keine „Sekte“ bleiben, wollen wir revolutionäre Gewerkschaftler sein, dann ist es nicht von der Hand zu weisen, daß wir mit den Gruppen, die auf anarcho-kommunistischem Boden stehen, ein Kartellverhältnis schaffen. Die vereinte Tätigkeit wird sich dann auch schon bei uns auswirken als Mitgliedererwerb. Der Osterkongreß in Dresden müßte sich mit der Kartellierung befassen.

In dem Maße, wie die Lösung des Fragenkomplexes unter 1. fortschreitet, werden wir revolutionäre Gewerkschaft und die Lösung unter 2. wird Wirklichkeit. Ein Vertreter der Geschäftskommission brauchte kürzlich in Bremen für unsere Kampfeskategorie den Ausdruck: „revolutionäre Gymnastik“. Das Wort ist einmal von Friedrich Engels geprägt worden, der damit natürlich die Anarchisten verhöhnen wollte. Aber es ist die allein mögliche und richtigste Bezeichnung für den revolutionären Klassenkampf überhaupt. In ihren Organisationen müssen die Arbeiter die soziale Revolution einexerzieren. Unsere Arbeitskämpfe müssen revolutionäre Manövergefechte sein. Wir jagen dem Feind möglichst große Beute ab und immer müssen wir vorwärts drängen. Und sind wir auch tausendmal unterlegen, so sind damit noch nicht ein einziges Mal die sozialrevolutionären Ideen unterlegen; nur die dummen Menschen unterlagen, die mit alten Gedanken eine neue Zeit schaffen wollten. Die Schuld liegt da wieder bei uns: da wir es nicht verstanden hatten, die staatlich bornierten Schädel syndikalistisch umzuhämmern.

Zu 3. bleibt nichts mehr zu sagen: Haben wir die Hirne, und haben wir die Hirne organisiert, dann haben wir die Welt. Dann ist soziale Revolution! Dann werden sich die Schaffenden die Aufbauorgane auch schaffen. Ob sie diese Organe Arbeiterbörsen oder Räte nennen werden, ist wohl noch nicht ganz sicher; sicher aber auf jeden Fall wird sein, daß die Börsenräte oder Rätebörsen syndikalistisch sein müssen. Fragen wir also nicht zaghaft: Gewerkschaftsorganisation oder Sekte? sondern gehen wir an die Lösung der drei Fragenkomplexe mit Begeisterung und Leidenschaft heran. (K. R.)

- *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 4, 24. Februar 1925, B

Dokument 3

Außerordentliche Reichskonferenz der F.A.U.D.

am 1. Februar 1925 in Berlin

Die Provinzial-Arbeiterbörse für Rheinland-Westfalen beantragte die Einberufung einer außer-

ordentlichen Konferenz, die so schnell wie möglich stattfinden sollte. Die Geschäftskommission kam diesem Antrage nach und berief diese Konferenz nach Berlin ein. Sie tagte am 1. Februar. Von den Genossen, die die Konferenz beantragten, wurde folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Gewerkschaftliche Organisation oder Sekte.
2. Beteiligung an den Betriebsrätewahlen.
3. Beteiligung der Bergarbeiter an den Knappschaftswahlen.
4. Schaffung einer Tageszeitung.

Zu dieser Konferenz erschienen folgende Delegierten: Arbeiterbörse Rheinland-Westfalen: A. METZ, HEINZ MELZER, HEINRICH REUSS; Wasserkante: A. HEIDER und KARL ROCHE, Hamburg; Süddeutschland: F. JAKOB, Nürnberg; Oberschlesien: ALPHONS PILARSKI, Ratibor; Mittelschlesien: ROBERT SCHLICH, Breslau; Westsachsen: ARTHUR HAUSSNER, Zwickau; Leipzig: PAUL BÜTTNER; Ostachsen: BERGEMANN, Dohna, THIELE, Dresden; Magdeburg: STRUWE; Thüringen: EMIL ZEHNER und RECKEWITZ, Erfurt; Gera: PAUL WIMMLER. Außerdem waren vertreten die Föderationsleitungen der Metallarbeiter durch R. WIESBERG, der Bauarbeiter durch R. BUTH, der Textilarbeiter durch P. WIMMLER, der Verkehrsarbeiter durch R. SCHLICH, die Geschäftskommission war vertreten durch KATER, HÄFFNER, REICHENBACH und LANGE. Die IAA. durch SOUCHY und ROCKER.

Die Punkte 1, 2 und 3 wurden zusammen behandelt und von HEINZ MELZER eingeleitet. MELZER, METZ, REUSS stellten sich auf den Standpunkt der Massenorganisation. Auch die Kameraden aus Mittelschlesien und allen anderen Gegenden nahmen diesen Standpunkt ein. In der Frage der Beteiligung der Betriebsräte und Knappschaftswahlen gingen die Meinungen auseinander. Rheinland und Westfalen waren für Beteiligung, die Wasserkante, Oberschlesien und Nordbayern waren dagegen. Schließlich einigte man sich auf folgende Resolution, die mit 10 gegen eine Stimme angenommen wurde:

»Die außerordentliche Reichskonferenz der FAUD. vom 1. Februar 1925 gibt nach reiflicher Diskussion über die Beteiligung an den Betriebsräten und der Knappschaft folgende Willenserklärung ab: Der Beschluß des 14. Erfurter Kongresses kann nur durch einen neuen Kongreßbeschluß geändert werden.

Die Konferenz empfiehlt jedoch den Anhängern beider Richtungen, gegenseitig größte Toleranz zu üben.

Ausschluß einzelner Mitglieder oder ganzer Ortsgruppen wegen Beteiligung oder Nichtbeteiligung darf nicht erfolgen.«

Genosse REUSS schlug folgenden Zusatz vor:

»Die Beteiligung an den Betriebsräten ist kein Verstoß gegen die Prinzipien des revolutionären Syndikalismus.«

Dieser Zusatz wurde vom der Konferenz abgelehnt.

Der Punkt 4: Schaffung einer Tageszeitung wurde ebenfalls reiflich diskutiert, man sah jedoch von einer Beschlußfassung ab, da die Sache für unsere Bewegung nicht spruchreif ist. Genosse MELZER erklärte, daß die Kameraden in Rheinland-Westfalen auf eigene Faust Vorbereitungen zur Schaffung einer Tageszeitung treffen.

Die Frage »Schaffung eines revolutionären Blocks

RADEK [1923]: KARL RADEK, Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts [Rede, gehalten auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (EKKI) am 20. Juni 1923]; in: Die Rote Fahne (Berlin), 26. Juni 1923; siehe auch WEBER 1967, S. 100 – 103

<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/radek/1923/06/schlageter.html>

VOß u. a. 1983: ANGELIKA VOß / URSULA BÜTTNER / HERMANN WEBER, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923 – 1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg (Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg)

WEBER 1967: HERMANN WEBER (Hrg.), Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916 – 1966, München (dtv)

WEBERSKIRCH 1999: KLAUS WEBERSKIRCH, Anarcho-Syndikalisten an der Wurm. Ein fast vergessenes Kapitel der Geschichte des Aachener Raumes nach dem Ersten Weltkrieg, Aachen (Heimatblätter des Kreises Aachen)

mit anderen antiautoritären Organisationen« kam ebenfalls zur Sprache, die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer sprach sich jedoch gegen eine solche Bildung aus. Einige Genossen warnten sogar davor. Es wurde von einer Beschlussfassung in dieser Frage abgesehen.

Die Konferenz machte auf die Teilnehmer einen vorzüglichen Eindruck, alle Diskussionen wurden mit strengster Sachlichkeit and Ernsthaftigkeit geführt. Wenn die FAUD. in dieser Weise ihre Arbeiten fortsetzt, dann wird unsere Bewegung zu neuem Aufstieg gelangen. Mit Recht drückte Genosse KATER am Schluß der Konferenz den Wunsch aus, der kommende Kongreß in Dresden möge einen ebensolchen würdigen Verlauf nehmen.

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 6, 7. Februar 1925

Dokument 4

Massenbewegung oder Sekte?

Von EKKE

Es gibt wohl keinen Revolutionär, der nicht das ehrliche Bestreben hatte, daß seine revolutionären Anschauungen Allgemeingut der Masse würden. Jeder Angehörige einer revolutionären Organisation mußte also bestrebt sein, seiner Bewegung immer wieder neue Kämpfer zuzuführen, um seinem Ideal, dem herrschaftslosen Sozialismus, näherzukommen. Leider ist es eine zu bekannte Tatsache, daß es in der deutschen revolutionären Bewegung viele Mitglieder und Funktionäre gibt, die in ihren Anschauungen und ihrer Betätigung sehr oft konservativer denken und handeln, als die Konservativen selbst. In jeder Bewegung, auch bei uns, werden wir diese zwei Arten von revolutionären Arbeitern feststellen. Die einen, die in ihrer revolutionären Anschauung alles für die Bewegung tun, ihr die ganze Kraft opfern und auf alle spießhaften Bequemlichkeiten verzichten, um immer wieder der Bewegung neue Kämpfer zuzuführen. Der andere Teil von Revolutionären, von denen wir leider auch sehr viel in der F.A.U.D. haben, trieft in Mitgliederversammlungen von »revolutionärem« Mut, Reden und Schwadronieren über, aber in den Versammlungen der Gegner, in den Betrieben, wo sie arbeiten, werdet ihr vergebens nach ihrer revolutionären Tätigkeit suchen. Dieser »revolutionäre« Arbeiter ist für Deutschland typisch. Ein nicht geringer Teil von diesen ist auch in unserer Bewegung. Dadurch läßt es sich erklären, daß man in verschiedenen Orten von den Syndikalistern nichts merkt, weil sie sich hüten, aus ihrer Philosophierecke herauszukommen. Gerade von den Wort-Revolutionären wird jeder Sympathisierende erst sechsmal von vorn und hinten visitiert, ob er der syndikalistischen Erleuchtung würdig sei. Zwanzig Bescheinigungen muß der arme Teufel bringen, wenn er Mitglied der F.A.U.D. werden will. Nicht Schule soll nach Anschauung vieler Funktionäre die F.A.U.D. sein, sondern ein Sammelbecken vollendeter Revolutionäre.

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß viele unserer Funktionäre keine gegnerische Versammlung aufsuchen, um die Demagogie der Partei- und Gewerkschaftsbeamten zu entlarven. Der »Syndikalist« wird nicht in gegnerischen Versammlungen vertrieben, weil eine ganze Anzahl von Mitgliedern der F.A.U.D. dazu zu bequem

ist. Ganz zu schweigen von Vertreibung unserer Literatur. Bei einer einigermaßen nennenswerten Aktivität müßte die Auflage des »Syndikalist« bald in die Hunderttausende gehen.

Die F.A.U.D. ist in den letzten Monaten an Mitgliedern zurückgegangen, weil es den sogenannten Syndikalistern an revolutionärer Tatkraft fehlt. Die Isoliertheit von der Arbeiterschaft, die Passivität der Syndikalistern bei ausbrechenden Aktionen ließ unsere Bewegung fast zur Sekte werden. Es gibt Ortsvereine, die buchstäblich Angst haben, eine Aktion zu entfesseln und führend im Kampfe zu wirken.

Die Vereinsmeierei vielerorts in unserer Bewegung brachte es mit sich, daß die »Kommunisten« trotz der vielen Sünden ihrerseits immer wieder die erste Geige spielen können. Die Syndikalistern lassen es an genügender Tatkraft und Aktivität fehlen, der K.P.D. den Boden zu untergraben. Die Syndikalistern fehlen überall mit ihren Diskussionsrednern, überall mit ihren Zeitungen und ihrer Literatur in den gegnerischen Veranstaltungen.

Es ist sehr bequem und kostet nichts, wenn man sagt, die Massen müssen selbst zur Erkenntnis des Anarcho-Syndikalismus kommen. Wenn man nichts zur Erkenntnis der Massen beiträgt, kann man doch von den Arbeitern nicht die Loslösung von den Parteien verlangen. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn die Kampfeswaffen der direkten Aktion nicht von der Arbeiterschaft ergriffen werden, weil sie noch zu wenig bekannt sind. Die deutschen Arbeiter kleben am Vertretungssystem, weil dieses bequemer ist und die Verantwortung auf andere überträgt.

Es ist aber ein verkehrter Standpunkt, wenn H. REUSS in seinem Artikel in Nr. 3 glaubt, die F.A.U.D. werde wieder an Einfluß gewinnen, wenn sie den Standpunkt zur Betriebsrätefrage korrigiere. Der Beschluß des 14. Kongresses zur Betriebsrätefrage war richtig. Falsch war es, wenn ein großer Teil der Syndikalistern und Funktionäre nichts dazu beitrug, daß der freie Rätegedanke an Stelle des gesetzlichen Betriebsrates mehr Wurzeln in den Betrieben fassen konnte. Die Beteiligung der F.A.U.D. an Betriebsräten ist nur geeignet, die Funktionäre der F.A.U.D. zu korrumpieren und die Idee des Anarcho-Syndikalismus, nachdem sie sich geklärt hat, verflachen zu lassen. Befürwortet man ein Vertretungssystem, so muß man logischerweise auch die Methoden der direkten Aktion ablehnen. Die Beteiligung an gesetzlichen Betriebsräten fördert das Vertretungssystem, welches wir Syndikalistern zu bekämpfen haben. Falsch ist es, wenn man behauptet, die Betriebsräte wären keine gesetzgebenden Körperschaften, sondern eine durch das Gesetz sanktionierte Errungenschaft. Einen Satz weiter betont man aber, daß dieses Gesetz geschaffen wurde, um den freien Rätegedanken zu fesseln. Warum dann an diesem Fesselungsinstrument arbeiten, wenn man erkennt, daß diese sogenannte Errungenschaft nur geeignet ist, die revolutionäre Initiative der Arbeiterschaft zu fesseln? Keinem Syndikalistern wird es einfallen, die Beteiligung an den Gemeinde-, Städte- und Provinzialvertretungen zu empfehlen. Diese Institutionen sind ebenfalls keine gesetzgebenden Körperschaften. Und doch soll es Ortsgruppen gegeben haben, die eine Beteiligung erwogen, weil auch hier, wie die »Kommunisten« sagen, das



Interesse der Arbeiterschaft gewahrt werden kann. Wenn wir den Beschluß der 14. Reichskonferenz in Erfurt umgehen oder Spitzfindigkeiten suchen, diesen Beschluß illusorisch zu machen, dann tun wir dasselbe, was die K.P.D.-Gegner des Parlamentarismus machen: aus — — taktischen Gründen ist eine Beteiligung geboten.

Ich glaube, die deutsche Arbeiterschaft ist genug durch Demagogen betrogen worden. Wozu dasselbe Spiel? Unsere Aufgabe ist es, der deutschen Arbeiterschaft immer wieder klipp und klar zu erklären, daß der Untergang der deutschen Revolution, der Verlust aller Errungenschaften in erster Linie dem Vertretungssystem zu verdanken ist. Unsere Aufgabe ist es, die Waffen der direkten Aktion zu propagieren und, wo Syndikalisten in einem Betriebe sind, die direkte Aktion praktisch innerhalb ihrer Belegschaft zur Durchführung zu bringen. Das ist für uns der größte Erfolg und die größte Propaganda.

Wir in Oberschlesien hatten dauernd Gelegenheit, die schädlichen Wirkungen des Betriebsrätegesetzes am Körper unserer Organisation zu spüren. Der Niedergang der syndikalistischen Bewegung in Oberschlesien, speziell in Ratibor, hat seine Ursache in der Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsräten. Wir hatten Großbetriebe, in denen nur ein syndikalistischer Betriebsrat existierte, und es waren nicht die schlechtesten und dümmsten Genossen unserer Bewegung. Das Betriebsrätegesetz, der Verkehr mit der Direktion, die Nichteinreihung in den Produktionsprozeß veranlaßte die Menschen im Laufe der Zeit, ausbrechende Aktionen der Belegschaft zu sabotieren und Gegner der direkten Aktion zu werden. Bei Vorhaltungen der Organisation wurde einfach erklärt, nicht die Syndikalisten allein haben mich gewählt, sondern auch andere Belegschaftsmitglieder. Also habt ihr gar nichts zu sagen, ob wir syndikalistisch handeln oder nicht. Wir haben nach dem Betriebsrätegesetz zu arbeiten und nicht nach dem revolutionären Syndikalismus!

Was den Zuwachs der Mitgliedschaft anbelangt, so ist die Bewegung gewachsen, weil ein syndikalistischer Betriebsrat in Tätigkeit war. Der größere Teil bestand leider nur aus Konjunkturmitgliedern, von denen man keine Solidarität, keinen Versammlungsbesuch oder gar Beitragserhöhung verlangen durfte. Hatte sich das Verhältnis im Betriebsrat gewechselt, dann waren diese Mitglieder auch weg und in einer anderen Organisation. Würden keine gesetzlichen Betriebsräte, sondern revolutionäre Vertrauensleute (Räte) innerhalb der Belegschaft wirken, so bräuchte sich der Vertrauensmann (Rat) nie zu beugen vor der Direktion, weil er im dauernden Kontakt mit der Belegschaft bleibt und eine Stütze an ihr hätte. Darin hat unsere Bewegung gute Erfahrungen gesammelt. Dabei können solche großen Rückschläge nie für die Bewegung erwachsen, als durch die Beteiligung an gesetzlichen Betriebsräten, deren Tätigkeit durch Schlichtungsausschüsse u. a. begrenzt wird.

Die F.A.U.D. wird wieder eine Massenbewegung — wenn ihre Funktionäre und ein Teil ihrer Mitgliedschaft sich darüber klar sind, daß sie Angehörige einer revolutionären Organisation sind und die Aufgabe haben, im Betrieb, unter den Erwerbslosen, in den öffentlichen Versammlungen der Parteien und Gewerkschaften revolutionär

zu wirken und durch die revolutionäre Tatkraft das Vertrauen der Belegschaften zu gewinnen. Die Syndikalisten dürfen in den Belegschaftsversammlungen nicht verstecken spielen. Die Funktionäre dürfen keine politische Versammlung am Orte versäumen, in der sie sich nicht mit ihren Mitgliedern getummelt hätten. Bei ausbrechenden Aktionen: Hinein in die Aktionsausschüsse! Unsere Kampfesmittel empfehlen und so den Anarcho-Syndikalismus populär machen. Wir müssen die lebendige Kraft des Föderalismus unsern Gegnern zeigen, durch Aufopferung, Aktivität, revolutionäre Handlungen beweisen, daß wir wirklich Revolutionäre sind. Wenn wir das nicht tun, sind wir nur theoretische Hanswürste innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, und der deutsche Arbeiter nimmt uns nicht ernst. Erst das Beispiel weckt.

Um einheitlich im Betriebe wirken zu können, empfiehlt es sich, eine Betriebszelle zu bilden, die die gesamte Agitation im Betriebe führt. Durch Herausgabe von hektographierten Betriebszeitungen festigt man den Einfluß und gewinnt viel Sympathisierende, die später als Mitglieder gewonnen werden können. Wollen wir eine Massenbewegung und kein philosophischer Klub sein, müssen wir also aus uns heraus und heran an die Arbeiterschaft. Mit MICHAEL BAKUNIN müssen wir es halten, wenn er sagt, der Revolutionär muß den Teufel im Leibe haben. Er muß überall sein, wo es gilt, die Revolution vorwärts zu treiben, und wo die Möglichkeit vorhanden ist, der F.A.U.D. neue Kämpfer zuzuführen. Dazu ist aber notwendig, daß ein großer Teil unserer Funktionäre die spießerhafte Bequemlichkeit opfert und über das Markenkleben und Schwadronieren hinaus dorthin geht, wo es gilt, eine gute, nützliche Arbeit im Interesse der F.A.U.D., im Interesse der Revolution zu vollführen.

Zeigt durch starke Aktivität, daß ihr Träger einer syndikalistischen Weltanschauung seid! Zeigen wir, daß wir imstande sind, mit einer kleinen Gruppe Aktionen zu entfesseln. Dann werden wir in Deutschland eine Massenbewegung. (EKKE.)

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 6, 7. Februar 1925

Dokument 5

Kampforganisation oder Sekte

VON AUGUST BEIL (Düsseldorfer)

So hat Kamerad REUSS seinen Artikel überschrieben. Die Bezeichnung ‚Kampforganisation oder Massenorganisation‘ hätte für den Inhalt des Artikels besser gepaßt. Des langen Schreibens kurzer Sinn ist: Hätten wir uns an den Wahlen der gesetzlichen Betriebsräte beteiligt, dann wäre unsere Organisation noch zahlenmäßig stark und der Einfluß größer. Seine Schlußfolgerung ist: daß die bisherige Nichtbeteiligung an den Wahlen zum gesetzlichen Betriebsrat falsch war und daß man jetzt sich unbedingt an diesen beteiligen müsse. Wer so schlußfolgert aus den Erfahrungen der letzten Jahre, der hat nicht die Ursache des Verfalls und der Stagnation der Arbeiterbewegung erkannt. Nicht nur die FAUD sondern alle Organisationen haben an Zahl und Einfluß verloren. Daß das Proletariat seelisch und physisch geschlagen ist, haben außer den Zentralgewerkschaften die

gesetzlichen Betriebsräte und die Schaukelpolitik der ‚Kommunisten‘ zum größten Teil verschuldet. Wenn REUSS sagt, der gesetzliche Betriebsrat wäre keine gesetzgebende Körperschaft, so stimmt das. Er ist aber doch eine gesetzliche Institution und hat sich im Rahmen des Gesetzes zum Schaden der sozialen Revolution zu bewegen.

Es ist ein großer Irrtum, wenn REUSS sagt, er wäre nichts anderes als der alte vorrevolutionäre Arbeiterausschuß. Dieser Arbeiterausschuß, dem ich selbst im Jahre 1917 angehörte, stützte sich nur auf die Macht der Arbeiter und war somit imstande, im Sinne der vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft zu wirken. Nachdem man aber das Betriebsrätegesetz, das, wie REUSS zugibt, nur geschaffen worden ist, um die revolutionäre Räteidee unschädlich zu machen, angenommen hat, wurde die Arbeiterbewegung aufs tote Gleis gefahren. Mit Hilfe der gesetzlichen Betriebsräte wurden alle impulsiv aus der Masse hervorbrechenden Aktionen niedergehalten, zumindest aber unwirksam gemacht. Der gesetzliche Betriebsrat nützt einer revolutionären Organisation gar nichts. Es ist einfach unmöglich, im Rahmen des Gesetzes revolutionäre Arbeit zu leisten. Nur ein Beispiel, wie diese Arbeiterräte sich in den Augen der Belegschaft blamieren müssen, sei hier angeführt. Auf der Rheinmetall-Düsseldorf hatte man dem Betriebsrat seine angeblichen Rechte beschnitten. Im geheimen wurde nun eine Demonstration vor dem Direktionsgebäude arrangiert. An einem Morgen demonstrierte nun die Belegschaft dort und wurde von dem Obmann BRUNE mit folgenden Worten empfangen:

»Kollegen! Ihr demonstriert wohl, damit der Betriebsrat wieder seine alten Rechte bekommt. Ich aber habe den Auftrag, euch aufzufordern, wieder in die Betriebe zurückzukehren. Ich tue das hiermit.«

Welche Wirkungen eine solche inkonsequente Haltung eines Mannes, der an der Spitze einer Belegschaft steht, auslöst, kann sich jeder denken, wenn er die Massenpsyche einigermaßen kennt. Glaubst du, lieber REUSS, daß das zum Nutzen der Organisation dient? Das Gegenteil trifft zu. Laut Rätegesetz mußte der Obmann aber so, wie angeführt, handeln. Man könnte diese Beispiele beliebig vermehren.

Das Resümee ist folgendes: Die gesetzlichen Betriebsräte haben Hand in Hand mit den Zentralgewerkschaften und Parteien im Proletariat jeden Glauben an eine Lösung ihres sozialen Elends vernichtet. Sie haben ihm den Glauben an seine eigenen Kraft genommen. Das ist die Ursache des augenblicklichen Stillstands des Proletariats. So siehts in Wirklichkeit aus. Wir erleben heute die Auswirkung der marxistischen Theorie, die logischerweise sich so auswirken muß.

BAKUNIN schrieb, nachdem MARX versucht hatte, in der I. Arbeiterinternationale seine autoritäre und parlamentarische Idee einzuführen, folgendes: »Wenn diese Theorien von der Internationale angenommen werden, wird das Proletariat eine vollständige Entmündigung und Desorganisation erleben.« Wir haben heute die Ehre oder auch die Schande, dies zu erleben. Man müßte lachen, wenn es nicht so bitter ernst wäre, daß man versucht, den Gegnern der gesetzlichen Betriebsräte die Stagnation der Arbeiterbewegung in die Schuhe zu schieben.

Kamerad REUSS! Forste du nur ein bischen tiefer, dann wirst du die wahren Ursachen erkennen. Es wäre geradezu ein Verbrechen an uns selbst, wollten wir nachdem die gesetzlichen Betriebsräte ein vollständiges Fiasko erlitten haben, dem Vorschlag des Kameraden REUSS folgen. Glaubt man denn, wir hätten einen Erfolg? Die ‚Kommunisten‘ beteiligen sich unter demselben Vorwand an den gesetzlichen Betriebsratswahlen und am Parlament. Glaubst du, Kamerad REUSS daß sie damit Erfolg haben? Mitnichten! Wenn sie mehr Einfluß haben, als wir, so nur durch ihre Tagespresse und den Rubel. Die ‚kommunistischen‘ Betriebsräte aber haben sich genau so kompromittiert wie die reformistischen.

Wir haben einen rein ‚kommunistischen‘ Betriebsrat. Derselbe versuchte auch jede Belegschaftsversammlung mit seinen Parteireferenten zu beschicken. Zwei- oder dreimal ist es geglückt, und dann blieb die Belegschaft einfach den Versammlungen, die vom Betriebsrat einberufen waren, fern. Auch hier, Kamerad REUSS, siehst du, daß der von dir vorgeschlagene Weg nicht zum Ziel führt. Noch nicht einmal zur Massenorganisation um jeden Preis, von Kampforganisation gar nicht zu reden. Zur prinzipiellen Seite möchte ich die Frage aufwerfen, was ist Prinzip? Ich verstehe darunter den Niederschlag langjähriger praktischer Erfahrung. Dieses Prinzip sagt uns, daß, wenn man sich in den Schmutz setzt, man selbst schmutzig wird. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

Lieber Kamerad REUSS, nicht durch gesetzliche Betriebsräte können wir dem Proletariat das Bewußtsein seiner Kraft zurückgeben, sondern wenn jeder, der sich Anarcho-Syndikalist nennt, in klaren Worten dem Proletariat das Schädigende der Zentralgewerkschaften und Parteien und das Nützliche und Notwendige der anarcho-syndikalistischen Organisationen vor Augen führt und es bekannt macht mit der anarcho-syndikalistischen Kampfweise. Dazu gibt es Gelegenheit auf allen Arbeitsstellen und Betriebsversammlungen. Auch ist es unbedingt nötig, daß wir uns alle Mühe geben, eine Tageszeitung ins Leben zu rufen. Das Lebenselement aller Vereinigungen ist die Tagespresse. Ich bin tief davon überzeugt, haben wir eine Zeitung, wird unsere Bewegung wieder aufwärts steigen. Selbstverständlich ist unser Weg noch mühevoll und dornig. Alles um uns, teilweise auch noch in uns, ist zentralistisch-autoritär eingestellt und versteht uns schwer. Alle Parteien und Zentralgewerkschaften haben sich an das Bestehende angelehnt und mußten deshalb versagen. Dieses soll uns zur Lehre dienen. Erstreben wir deshalb nicht Massenorganisationen um jeden Preis, sondern sorgen wir dafür, daß der Anarcho-Syndikalismus, so wie er in die Breite, auch in die Tiefe geht. Die Geschichte zeigt uns, daß die zielklaren Gruppen fast immer ihr Ziel erreicht haben, wenn sie nicht vom Wege abrücken und Konzessionen machten.

Partei- und Gewerkschafts-Bonzen haben das Proletariat geschwächt. Durch anarcho-syndikalistische Erkenntnis wird die Schmach einst gerächt. Auf zur Tat!

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 7, 14. Februar 1925

Dok. 5:

Der Artikel wurde erstmals nachgedruckt in FAU Bremen (Hrg.), *Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven*.
Ergänzungsband, 2006

(1) gemeint ist die KPD
(2) in der Vorlage »Eingänger«

Dokument 6

Wiederaufbau

VON FRANZ GAMPE

Seit ungefähr einem Jahre kann man auf dem ungeheuren Trümmerfelde, »Deutsche Arbeiterbewegung« genannt, eine rege Betriebsamkeit im Sinne des organisatorischen Wiederaufbaues beobachten. Da bekanntlich die auf Grund ihrer millionenstarken Mitgliederzahl aufgeblähten zentralistischen Organisationstürme bei ihrem Einsturz auch manche syndikalistische Organisation mit zerschlugen, so befindet sich noch mancher Verschüttete unter den Trümmern, der auf seine Befreiung durch die geeignetste Organisationsform harrt. Die Agenten der Zentralverbände ziehen nun, ungeachtet ihrer parteipolitischen Gegnerschaft, wie die Hyänen des Schlachtfeldes mit ihren Versicherungspolizen [sic] — genannt Aufnahmescheine — von einem Proleten zum andern und versuchen, in ihm das Organisationsprinzip durch folgende Schalmei wieder zu erwecken: »Lieber Kollege, siehe, du bezahlst wöchentlich eine Mark oder etwas darüber und erhältst bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Umzug und sonstigen schönen Dingen eine ganz respektable Entschädigungssumme. Außerdem darfst du dann auch die Segnungen unserer glorreichen Lohn- und Tarifpolitik im vollsten Maße genießen. Ferner darfst du deinen ungezügelden Arbeitsdrang auf unsere Fürsprache beim Unternehmer täglich 10 — 12 Stunden lang ungestört austoben lassen.« Wo diese Lockungen nicht mehr ziehen, da kommt dann die Moskauer Zwangssinnung (1) mit der neuesten Parole: »Hinein in die Gewerkschaften!« und die »Sanierung« ist nach Meinung der Zentralbonzen im vollsten Gange.

Angesichts dieser Tatsachen müssen wir Syndikalist mit doppeltem Eifer versuchen, aus dieser Konkursmasse der deutschen Arbeiterbewegung die wertvolleren Bestände an Intelligenz und revolutionärer Triebkraft zu sammeln und sie in jener Organisationsform zusammenzufassen, welche uns auf Grund unserer Erfahrungen als die geeignetste erscheint, die Vorbedingungen zur sozialen Revolution zu schaffen. Daß in den Kreisen der Syndikalist das eifrigste Bestreben vorhanden ist, in streng sachlichen Untersuchungen die jeweilig beste Form des Zusammenschlusses zu finden, beweisen die zahlreichen Notizen im »Syndikalist« über »Einheitsorganisation«, »Interessenvertretung«, »Massenorganisation oder Sekte« usw. Alle diese Diskussionen waren von dem Geiste getragen, das Beste für die Bewegung zu tun. Das ist dabei ausschlaggebend.

Nun ist bei dieser Aufgabe vor allem unser Ziel — die Errichtung einer herrschaftslosen Gesellschaftsordnung — ins Auge zu fassen. Eine solche setzt voraus, daß die Menschen jener Gesellschaft nicht mehr befangen sind vom Geiste des Materialismus und Egoismus, daß jene Menschen das Bedürfnis des Herrschens und das Gefühl des Beherrschteins nicht mehr kennen. Auf solch sittlicher Höhe kann eine Gesellschaft jedoch nur stehen, wenn für alle Menschen die Befriedigung aller Lebensbedürfnisse garantiert ist. Wenn jeder Mensch genügend zu essen, den klimatischen Verhältnissen entsprechend sich kleiden kann und ein menschenwürdiges Obdach

hat, dann ist der Nährboden für Mißgunst, Neid und Habsucht entzogen. In solchen Verhältnissen wird es für jeden gesunden, arbeitsfähigen Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, an der Herstellung und Verteilung aller Bedarfsartikel tätig zu sein. Aus praktischen Gründen, je nach Talent und Interesse des einzelnen, werden sich die Menschen in bestimmten Gruppen zusammenfinden, welche einerseits die Produktion und andererseits die Konsumtion — die Verteilung —, vom Gemeinschaftsgeist getragen, regeln werden.

Nun huldigen wir dem Grundsatz — und ganz mit Recht — daß die syndikalistischen Organisationen die Keimzellen der zukünftigen Gesellschaftsordnung sein sollen. Demnach müßte unsere Gesamtbewegung ein Miniaturbild, eine Skizze der herrschaftslosen Gesellschaftsform sein. Inwieweit identifiziert sich nun heute schon unsere organisatorische Lage mit dem Bilde des Endziels? — Prüfen wir!

Den Geist der Herrschaftslosigkeit versuchen wir zu wecken und zu fördern durch die föderative Zusammenschlußform, durch die Selbstverwaltung, das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverantwortung der Ortsgruppen. Diese letzte Eigenschaft muß sich von der Organisation auf das einzelne Mitglied übertragen und von ihm getätigt werden in allen Handlungen. Solidarität und gegenseitige Hilfe sind die sichtbaren Kennzeichen dafür, inwieweit dieser Geist Fuß gefaßt hat. Nach dieser Richtung hin versuchen wir also unserem Endziele gerecht zu werden,

Und nun kommen wir zu den Maßnahmen zwecks Vorbereitung zur Erledigung der wirtschaftlichen Aufgaben. Die Bedarfswirtschaft im Auge behaltend, ergibt sich, daß diese nur denkbar ist durch ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller gesellschaftlichen Institutionen, aller Industriezweige und berufstätigen Menschen. Unsere Vorarbeit hierzu als Syndikalist besteht in erster Linie darin, daß wir beim organisatorischen Aufbau das Hauptgewicht auf die Schaffung von Industrieorganisationen legen. Die Zusammenfassung aller in einer Industriegruppe beschäftigten Personen ist eine notwendige Gegenwartsarbeit. Da bei der modernen Produktionsweise in jedem Industriezweig soundso viel Berufssparten zu verzeichnen sind, macht es sich notwendig, daß innerhalb dieser Industrieorganisationen sich Sektionen der einzelnen Berufe bilden zwecks Erledigung und Besprechung von rein beruflichen Fragen. Diese Sektionen sollen nach Möglichkeit selbständige Verwaltungsapparate vermeiden. Für eine zirka 100 Mann starke Sektion innerhalb einer Industrieorganisation genügt ein Sektionsleiter und ein Protokollführer. Die finanziellen Anforderungen trägt die Kasse der Industrieorganisation. Schwillt die Mitgliederzahl in dem Maße an, daß die Notwendigkeit einer selbständigen Sektionsverwaltung gegeben ist, so hat diese dann trotzdem die innigste Verbundenheit mit der Industrieorganisation zu wahren. Auf keinen Fall darf Berufsdünkel zum Ausdruck kommen. Ein Syndikalist, der sich der hohen Kulturaufgabe unserer Bewegung bewußt ist, kann keinem Berufsstolz verfallen. Jeder Facharbeiter ist ein Stück Kulturträger und wirkt als Einzelgänger (2) nur störend in

diesem Entwicklungsprozeß. Die Industrieorganisationen haben in allen Werkstätten und Betrieben Betriebsvertrauensmänner aufzustellen, welche in regelmäßigen Zusammenkünften ein übersichtliches Bild der Produktionslage geben.

Sind in einem Orte zufällig alle Interessenten für den Syndikalismus und Angehörige eines Berufes, so gelten auch diese Berufsorganisationen nur als Interimseinrichtung, als Vorposten für die Industrieorganisation.

Dasselbe gilt von den »Vereinigungen aller Berufe«. Diese Zusammenschlußform ist als vorläufige Maßnahme geeignet, an Orten, wo der Syndikalismus einzelne Interessenten aller Berufszweige aufweist. Sie gilt als Sammelbecken für die zerstreut auftauchenden revolutionären Gewerkschaftler. Die Gliederung in Sektionen ist auch in den Vereinigungen aller Berufe eine Selbstverständlichkeit. Sind die Sektionen einer bestimmten Industriegruppe an Mitgliederzahl genügend erstarkt und an Geist gefestigt, so gehen sie als selbständige Industrieorganisation aus der Vereinigung aller Berufe hervor. Durch diese berufliche Gliederung und fachgemäße Beachtung der Produktionsweise wird vermieden, daß die Vereinigungen auf das Niveau eines allgemeinen Arbeitervereins herabsinken. Besonders wichtig ist, daß in allen Organisationen Studienkommissionen gebildet werden, die ihre Erfahrungen und Beobachtungen in regelmäßigen Sitzungen austauschen und eine rege Korrespondenz mit den Studienkommissionen anderer Orte pflegen. Die Industrieorganisationen des ganzen Reiches schließen sich zusammen zu einer Industrieföderation, um als Interessengemeinschaft, als Syndikat, die gegenseitige Hilfe bei den Tageskämpfen zu bekunden und jene wirtschaftliche Durchbildung einzuleiten [hat], die zur Uebernahme der Produktion notwendig ist. Selbstverständlich wird die praktische Durchführung dieser Dinge auf manche Schwierigkeit stoßen, und sollte ab und zu eine kurzsichtige Paragraphenanalyse sich bemerkbar machen, so hoffen wir, daß mit etwas gesunder Vernunft und gutem Willen manche Klippe umsegelt werden kann.

Zwecks Regelung der Konsumtion und Umformung des gesellschaftlichen Lebens möchte ich nur jene Vorarbeiten betonen, welche heute tatsächlich möglich sind. Die Industrieorganisationen an einem Orte schließen sich zusammen zu der Arbeitsbörse. Dort treffen die Studienkommissionen sich, um über den Stand der Produktion zu berichten. Die notwendige statistische Uebersicht über die Bedürfnisse der Einwohnerschaft erhält die Arbeitsbörse durch ein gut funktionierendes Vertrauensmännersystem. Die Mieterräte und syndikalistischen Bewohner einer Straße bestimmen ihren Straßenvertrauensmann und unterrichten ihn von den Wünschen und Beschwerden der Einwohner. Die Straßenvertrauensleute eines Häuserblocks, oder eines Dorfdestrikts wählen ihren Bezirksvertrauensmann. Dies« wieder bestimmen aus den Unterbezirken eines Stadtviertels ihre Bezirksobmänner, welche sich in der Arbeitsbörse mit Delegierten der Industrie, Verkehrs- und Lebensmittelverbände treffen, um über die Gesamtwirtschaftslage zu beraten. Zur planmäßigen Propaganda des Syndikalismus

hat jede Arbeitsbörse eine Agitationskommission sowie eine Bildungskommission auf Förderung der freien Jugenderziehung und zur Erweckung und Befriedigung der künstlerischen und literarischen Bedürfnisse ins Leben zu rufen. Die Arbeitsbörsen der Orte vereinigen sich in der Föderation der Arbeitsbörsen des Reiches, wodurch eine allumfassende Verständigung zwischen den Industrieföderationen und der Föderation der Arbeitsbörsen über große Wirtschaftsgebiete erzielt wird.

Eine der wichtigsten Gegenwartsfragen ist wohl die Solidaritätsbezeugung bei Streiks und Aussperrungen. Hier muß unbedingt die Einsicht platzgreifen, daß, wenn eine Gruppe im Kampf steht, sofort die in nächster Umgebung in Arbeit stehenden Gruppen helfend einspringen müssen. Sind keine Gelder in dem benötigten Maße vorhanden, dann sind Extrabeiträge zu erheben in ausreichender Höhe. Deshalb ist es gut, wenn geographisch leicht zu verbindende Ortsgruppen sich in Provinzarbeitsbörsen, oder nenne man es auch Agitationskommissionen, zusammenschließen. Diese haben dann in Streikfällen von allen der Provinzbörse oder A.K. angeschlossenen Ortsgruppen in erster Linie die benötigten Summen prozentual einzufordern. Erst wenn diese Möglichkeiten alle erschöpft sind, wird an die Genossen im Reiche appelliert. In punkto Solidaritätsbezeugung müssen diese Provinzbörsen oder Agitationskommissionen zu selbständigen kleinen Geschäftskommissionen sich entwickeln. Erstens wird dadurch die Geschäftskommission in Berlin entlastet, und zweitens werden die Genossen in der Solidaritätsbezeugung besser geschult.

Das wäre nun einiges über organisatorischen Aufbau. Es ist nichts neues. Nein, schon dutzendmal wurde darüber geschrieben, aber der Anfang zur praktischen Durchführung muß endlich einmal gemacht werden. Darauf kommt es an. Dieser Fragenkomplex muß in Angriff genommen werden, dann wird die organisatorische Arbeit uns über den Kopf wachsen, und Dinge wie »Nur-Gewerkschaft«, »Einheitsorganisation«, »Massenorganisation oder Sekte« u. dergl. werden zu Nebensächlichkeiten herabsinken. Wenn sich die Delegierten des 15. Kongresses alle mit gutem Willen und mit Verbesserungsvorschlägen wappnen und ihre Erfahrungen im Organisationsleben zur Beratung stellen. So steht zu erwarten, daß der Aufschwung unserer Bewegung, geistig wie zahlenmäßig, nicht ausbleiben kann.

(FRANZ GAMPE.)

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 9, 28. Februar 1925 [Aufmacher]

Dokument 7

Wie stärken wir die Schlagkraft der F.A.U.D.?

Von A. METZ

Der Artikel des Genossen REUSS in der Nr. 3 unserer Zeitung, »Kampforganisation oder Sekte«, gibt auch mir Veranlassung, zu den dort aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Wenn man die Kurve unserer organisatorischer Entwicklung seit 1918 bis zum jetzigen Zeitpunkt aufmerksam verfolgt, so müssen wir zugeben, daß vieles nicht so gekommen ist, wie wir es wünschten.



Erwartungen, die wir hegten auf die Kampfkraft der Arbeiterschaft, wirtschaftliche und politische Verschlechterungen abzuwehren, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Arbeitsgemeinschaft mit ihrer zentralistischen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen besteht nach wie vor. Es ist uns nicht gelungen, sie zu durchbrechen. So bitter das für jeden sozialrevolutionär denkenden Arbeiter sein muß, es muß gesagt werden: die Gewerkschaftsbürokratie triumphiert nach wie vor! Wenn wir aber den Klassenkampfcharakter unserer Organisation wahren wollen, dann müssen wir Einfluß bekommen auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf direktem Wege, unter Ausschaltung der zentralen Gewerkschaftsböden.

Ihr solltet einmal die vor Zorn und Wut blau und rot werdenden Gesichter der Gewerkschaftsbürokraten erleben, wenn Klassengenossen aus dem Betrieb als Lohnkommission die Regeung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Ausschaltung der »verantwortlichen« Vertreter selbst in die Hand nehmen. In einzelnen Berufen ist es uns geglückt. (Siehe Fliesenleger-Düsseldorf.) Wenn wir die Phasen der letzten sozialen Kämpfe durchlaufen, sehen wir, daß unser Einfluß gering war. Der innige Zusammenhalt mit den Arbeitern in den Betrieben fehlte. Und bei jedem Kampf kamen die Massen immer wieder unter die Fuchtel der sie bevormundenden Betriebsräte und Vertrauensleute der Zentral-Gewerkschaften. Die sozialrevolutionären Kampforganisationen müssen unbedingt auch und vor allem Interessengemeinschaften und Interessenvertretungen der Arbeiterschaft sein. Interessengemeinschaft und Ideengemeinschaft müssen sich widerspiegeln im Gesamtorganismus der F.A.U.D.

Genosse, ich wage hier die vielleicht ketzerische Meinung auszusprechen, daß wir auf Kosten der Arbeiterinteressen zuviel Ideenorganisation waren. Einige Ortsgruppen sind überhaupt nichts anderes als eine Vereinigung sozial denkender Philantropen, die da glauben, durch ihre Diskussions-Abende den harten realen Tatsachen des proletarischen Klassenkampfes aus dem Weg gehen zu können.

Der revolutionäre Syndikalismus muß und soll seine Wurzeln im Betrieb haben, dort, wo die Arbeiterschaft angeschmiedet ist an die Slavenketten des Ausbeutertums. Hat er das nicht, dann ist er ein blutloses Schemen. Die Blutzirkulation fehlt. Was nutzt es uns, wenn wir eine Gruppe von Gesellschafts-Kritikern bleiben und keinen Resonanzboden bei der Arbeiterschaft finden. Die meisten Genossen, die aus der Vergangenheit lernten, haben auch eingesehen, was jetzt zu tun notwendig ist. Ich, für meine Person, der ich immer ein scharfer Gegner der Beteiligung an den Betriebsrätewahlen war, gehe jetzt mit REUSS dahin einig zusammen, wenn er von der Notwendigkeit der Beteiligung, besonders für die Schwerindustrie, spricht. Die Situation seit 1920/21 hat sich wesentlich geändert.

Hier in den Zentren der Schwerindustrie und des Bergbaues müssen wir wieder mehr Einfluß gewinnen. Die Zentral-Gewerkschaften entfalten eine lebhaftige Tätigkeit. Sie rüsten bereits zu den Neuwahlen der Betriebsräte. Wir begeben uns jeglichen Einflusses auf die Massen, wenn wir uns absondern. Staat und Kapital im Bunde mit der Gewerkschaftsbürokratie setzen alles daran, uns

aus den Betrieben fernzuhalten. Unsere Redner sollen systematisch aus den Belegschaftsversammlungen ausgeschaltet werden. Da, wo keine Betriebsräte unserer Organisation im Betrieb sind, ist es fast unmöglich, hineinzukommen in diese Versammlungen. Das Feld beherrschen natürlich die Gewerkschaftsbürokratie und die reformistischen Betriebsräte. Genossen, ihr wißt aber alle, daß die Arbeiterschaft nicht bloß über die Kultur- und Gesellschafts-Ideale des Syndikalismus unterrichtet sein möchte, sondern daß sie auch als Interessenten sich zusammenfinden. um in immerwährendem Klassenkampf dem Kapitalismus und dem Klassenstaat Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage abzutrotzen. Den Massen begreiflich zu machen, wie dieser zähe unermüdlige Kampf mit syndikalistischen Waffen zu führen ist, das muß Aufgabe unserer Betriebsräte sein. Wer kann es als Metallarbeiter leugnen, wenn wir genügend Betriebsräte und Vertrauensleute hätten, die — das sei ausdrücklich betont — im Sinne des revolutionären Klassenkampfes ihre Pflicht erfüllen, daß wir dann mit Hilfe der uns vertrauenden Massen andere, größere und siegreiche Kämpfe führen könnten als jetzt. Diejenigen Genossen, die als Berater der Arbeiter ihre Pflicht tun, haben auch das Vertrauen der Belegschaft. Das habe ich als früherer Obmann im Arbeiterausschuß der Friedrich-Alfred-Hütte mehr als einmal erfahren. Keineswegs stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir auf das Niveau einer gewöhnlichen Lohn-Regulierungsmaschine herabsinken sollen. Aber das eine steht fest: Bringen wir es nicht fertig, die Kapsel Zentral-Arbeitsgemeinschaft zu sprengen und Einfluß zu bekommen auf die Gestaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf direktem Wege, dann wird die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung stagnieren und ihre Aufgaben und Ideale nicht erfüllen.

Bei den kommenden Kämpfen ist es notwendig, diese Fragen in den Industrie-Föderationen durchzusprechen und zu beschließen. Haben wir uns in dem von mir angedeuteten Sinne entschieden, dann werden wir die Arbeiterschaft für uns gewinnen und zu uns herüberziehen. Die kommenden sozialen Kämpfe werden dann beeinflusst von unserem Geist. Wir kommen unserem Ziele näher. Wir arbeiten an der sozialen Revolution. (A. METZ.)

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 9, 28. Februar 1925

Dokument 8

Betriebsräte

Von JULIUS DAHMS (Alt-Landsberg)

Wenn man die beiden letzten Nummern des »Syndikalist« aufmerksam gelesen hat, so wird man finden, daß es noch Syndikalist gibt, die sich völlig für die gesetzlichen Betriebsräte einsetzen. Wir Syndikalisten wollen revolutionär sein, und weil wir den Staat mit seinen gesetzlichen Einrichtungen zerstören wollen, so dürfen wir ihn nicht wieder stützen und heben. Darum sagen wir uns als Anarcho-Syndikalisten: Wir wählen uns keine gesetzlichen Betriebsräte, sondern revolutionäre Räte. Jeder Syndikalist, der auf eine Baustelle oder in einen Betrieb kommt, der muß sofort Fühlung nehmen und sich erkundigen, ob noch mehrere Genossen da sind. Und dann

wählen sich die Genossen einen Baudelegierten oder Betriebsdelegierten. Der hat die Interessen unserer Genossen zu vertreten und zu gleicher Zeit Propaganda für den Syndikalismus zu entfalten. Ist ein Genosse allein auf dem Bau, so hat er sich als Delegierter zu betrachten. Kommen andere Genossen dazu, dann muß sofort ein Delegierten-Apparat gebildet werden. Dieser Delegierten-Apparat ist dann gleichzeitig der Aktionsausschuß. Dann haben wir das Rätssystem, das wir anstreben und erkämpfen.

Genossen im Reich, wenn wir so arbeiten, dann werden wir von unsern Gegnern als revolutionäre Klassenkämpfer angesprochen werden. Dann wird es auch möglich sein, für eine Massenbewegung zu agitieren! Darum: Frisch ans Werk! (...)

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 9, 28. Februar 1925 (Auszug)

Dokument 9

Zur Betriebsrätefrage (1925)

VON A.R. [ANTON ROSINKE?]

In der Betriebsrätefrage wird auf lange Zeit hinaus das letzte Wort nicht gesprochen worden sein. Die Meinungen für und wider sind in der Arbeiterschaft geteilt. Aber nur deswegen, weil Staatsorgane und Gewerkschaftsbürokratie die Trommel rege dafür schlagen. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft wurde geködert, indem die Rätefrage, die vor und nach dem Zusammenbruch 1918 auftauchte, gesetzlich geregelt wurde. Der Staat hatte Lebensinteresse daran, sein Schiff durch den Orkan zu steuern. Der Gewerkschaftsbürokratie war es darum zu tun, einen Prellbock zwischen Arbeiterschaft und sich zu schaffen, um – im Trüben fischen zu können. Daß dies Meisterstück gelungen ist, dafür bieten die verflossenen Jahre Beweise genug. Hinzu kommt noch die Beilegung von Differenzen durch Staatskommissare, Schiedsgerichte u. dergl. gesetzliche Instanzen. Die Schaffung dieser Stellen war notwendig, um den Gedanken der bindlich-schiedsgerichtlichen Strömung, in der alle Gewerkschaften segeln, zu fördern. Während des Krieges hat dieser Gedanke Oberwasser gewonnen, und die Gewerkschaften haben gehalten, was sie warn und sind. Mit der Idee der Tarifverträge haben sie sich bei der Unternehmerschaft angefreundet und mit der Betriebsrätefrage sind sie lieb Kind beim Staate geworden.

Wortführer, die im Betriebsrate sich Geltung im Sinne der Solidarität verschaffen wollen, werden zeitig genug kaltgestellt, die Betriebsräte fungieren als Sachwalter des Kapitals. Haben sie sich die Hörner abgelaufen, behält der Unternehmer sie als Arbeiter, die an eine bessere Stelle gestellt werden. Die Arbeiterschaft hat längst aufgehört, eine Stütze im Betriebsrat zu suchen. Wenn in den gedruckten Instruktionen für Angestellten-Betriebsräte gesagt wird, daß Staatsangestellte wegen ihres Verhaltens in den Beamtenvertretungen dienstlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können, so ist dies eitel Humbug. Wie sieht es mit den Betriebsräten in Staatsbetrieben aus?

Die Institutionen setzen sich zusammen aus Beamten- und Angestelltenvertretern. Bemerkt wie, daß durch den Abbau von Angestellten in vielen Büros nicht viel mehr nachgeblieben ist. Der Beamte

kann in Kleinigkeiten leicht eine Lippe riskieren. Auf dem Gebiete der Gehalts-Gruppeneinteilung, Prüfung der Anwärter für Beförderung gutachtliche Äußerungen in bürokratischen Fragen läßt sich manche Sitzung ausfüllen. Die Angestelltenräte führen meist nur ein Scheindasein. Nicht nur einmal ist das Wort gefallen, daß Angestelltenvertreter doch die Rechte der Angestellten nicht so wahrnehmen konnten, weil ihnen der Rückhalt – nämlich die lebenslängliche Anstellung – fehlte. So schätzen sich Beamten- und Angestelltenvertreter ein. Wir können überdies Angestelltenvertreter, die sich selbst in Gruppen VIII und IX befinden, die Rechte ihrer Kollegen – befinden sich diese Kollegen vorwiegend in den Gruppen III und IV – vertreten? Die Angestellten kommen, wenn es gut geht, nach diversen Dienstjahren in Gruppe V. Beschwerden in dienstlichen Sachen dürfen über sie aber nicht eingehen. Rückgruppierungen stehen genügend auf der Tagesordnung. Die Beobachtungen haben das Resultat ergeben, daß Betriebsräte Karriere machen. Auf dem Posten ist ihnen Gelegenheit gegeben, die ‚staatsmännischen Fähigkeiten‘ zu entfalten. Weg mit diesen Verräter-Institutionen!

• *Der Syndikalist*, 7. Jg. (1925), Nr. 12.

Dokument 10

Zur Betriebsrätefrage

VON WILHELM SCHROERS (Delmenhorst)

Die Betriebsrätefrage steht im Mittelpunkt der Debatten innerhalb unserer Bewegung. Als Gegner jeder gesetzlichen Institution waren wir seither Gegner der gesetzlichen Betriebsräte. Nunmehr, da unsere Bewegung im letzten Jahre einen Rückgang zu verzeichnen hatte, vermeint ein Teil unserer Genossen, dies durch Beteiligung an den Betriebsrätewahlen wettmachen und die Bewegung vorwärtstreiben zu können, so daß wir als Massenorganisation ein richtungsgebender Faktor werden. Es ist nun zu untersuchen, ob unsere Sache einen Fortschritt in dieser Richtung hin zu verzeichnen haben wird.

Da gilt es zunächst, die Ursache des Rückganges zu suchen. Das wichtigste Moment, das einer sozialen Umgestaltung vorangehen muß, ist die Gehirnrevolution. Die Erfassung unserer Idee erfordert eine solche. Das ist auch der Kernpunkt, weshalb die Vorbereitung der anarcho-syndikalistischen Idee bei den Massen auf Granit oder vielmehr auf einen Sumpf stößt. Alle Parteien und zentralen Gewerkschaften wollten den Massen etwas bringen. Wir wollen nun keinem etwas bringen, sondern lehren die harte Notwendigkeit des eigenen Erkennens und Mitwirkens bei der Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft in eine herrschaftslose Gesellschaft. Das ist es, was die im zentralistischen Sinne erzogenen Massen scheuen. Die eigene Tatkraft, die durch die Mechanisierung des ganzen Lebens unterdrückt wurde, läßt sie an sich selber zweifeln. Daß eigenes Handeln der einzig richtige Weg ist, begreifen sie alle instinktiv, doch will diese Instinktivität keine Erkenntnis werden. Und die Verbreitung dieser Erkenntnis ist gerade unsere Aufgabe.

In der Nachkriegszeit bekam unsere Bewegung großen Zuwachs. Das war erfreulich und hob die Arbeitsfreudigkeit der agitatorischen und organisatorischen Kräfte. Leider waren es ihrer

Dok. 10:

Der Artikel wurde erstmals nachgedruckt in FAU Bremen (Hrg.), *Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven*.
Ergänzungsband, 2006

zu wenige, die in aller Klarheit die anarcho-syndikalistischen Gedanken beherrschten, so daß sie überlastet wurden. Andere ließen genügende Klarheit vermissen. Kurz, es war das Stadium des Kristallisationsprozesses, in dem sich unsere Bewegung befand. Ein Teil der Genossen wurzelte in der Parteibewegung, ein Teil mündete in der Richtung des Individualismus. So kam es bei der Freiheitlichkeit unserer Organisation, daß sie zum Tummelplatz mancher Wortakrobaten wurde. Dort, wo Klarheit bestand, war solches nicht möglich, da wurden solche Geister abgestoßen, oder sie wurden anderen Sinnes.

Daß eine Bewegung, die erst im Werden ist, darunter leiden muß, wird verständlich. In den Wirtschaftskämpfen hielten viele der Feuertaufe nicht stand, da ein ideelles Verbundensein mit der Organisation nicht bestand. Es ist die Sünde der Zentralverbände, die den Massen den Materialismus derartig einprägten, daß sie den Zweck ihres Verbündens nur in augenblicklichen materiellen Vorteilen sehen. Bei uns ist dies Nebenzweck, Hauptzweck die soziale Revolution. Nun soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß die laue Betätigung vieler Genossen, vornehmlich im letzten Jahre, als eine der Ursachen mit zugerechnet werden muß.

Das werden wohl die Hauptursachen sein. Kommen wir jetzt zum eigentlichen Thema.

Nicht die Beteiligung an den Betriebsratswahlen ist ein Entwicklungsfaktor, sondern die Aktivität der einzelnen Genossen, das darf vor allen Dingen nicht verkannt werden. Wenn diese Aktivität fehlt, ist unserer Bewegung auch nicht durch die Beteiligung an den Wahlen geholfen. Oder meinen die befürwortenden Genossen, daß der Tatendrang erst dann entfesselt wird, wenn man im Betriebsrat ist? Dort wird man noch mehr gelähmt. Die Mitgliedschaft im Betriebsrat ist dasselbe Glatteis wie das Parlament, wo schon mancher mit guten Vorsätzen Eingekehrte – zu Fall gekommen ist. Die gemachten Erfahrungen lehren es uns ja.

Nun erklärt ein Teil der Genossen: Wollen wir das Vertrauen der Masse gewinnen, so müssen wir etwas tun, was dem Massencharakter entspricht. Wie soll dieses ‚tun‘ aussehen? Das, was uns durch die Gesetze so kärglich zusteht, heißt im Wortkampf zu erringen, kann unmöglich als eine ‚Tat‘ angesehen werden. Außerdem kann das Betriebsrätegesetz als eine Plattform für den revolutionären Klassenkampf nicht umgeformt werden. Wie es mit dem Revolutionieren von innen steht, lehrt uns das Beispiel der KPD. – Wir sehen, daß es auf gesetzlichem Wege allerdings etwas zu ‚machen‘ gibt in der Beziehung, daß der Arbeiter sich immer mehr in den Gesetzen verstrickt, die angeblich gemacht sind, ihm Rechte zu verschaffen. In Wirklichkeit aber, um ihn zu fesseln. Ist dieses ‚machen‘ nun revolutionär und nach unseren Erkenntnissen über den Staat und die Gesetze fortschrittlich zu nennen? Dann wäre unser Tätigkeitsfeld nicht die FAUD, sondern die alten zentralen Organisationen, die da in der sozialen Gesetzgebung ihre vornehmliche Arbeit erblicken. Was hat der Arbeiter davon gehabt? Ist seine soziale Lage gebessert? Die Statistik der Arbeitslosenziffer, des Hungertodes, der Selbstmorde und die Kämpfe des Proletariats um ihre Existenz reden von der Nutzlosigkeit der sozialen Gesetzgebung.

Wenn schon aber Aktivität besteht, dann brauchen wir kein Kompromiß mit dem Betriebsratsgesetz zu machen, dann kann dieselbe ganz und gar in den Dienst unserer Sache gestellt werden.

Gewiß wird bei einer Beteiligung an den Betriebsratswahlen sich zahlenmäßig erweisen, inwieweit die Sympathie der Arbeiter für syndikalistische Betriebsräte reicht und die Zahl wird sicherlich nicht gering sein. Warum? Weil sie sich größere Vorteile versprechen, da sie noch ‚radikaler‘ sind. Radikale Worte nutzen aber nichts, wenn die Tat nicht folgt, und Taten können nur allgemein von der Belegschaft ausgeführt werden. Da wird es sich zeigen, ob mit der Sympathie einige Erkenntnis verbunden ist. Hinzu kommt, daß wir Propagandisten für den Generalstreik sind. Daher heißt es, unermüdliche Propaganda für den Generalstreiksgedanken zu entfalten. Unsere Genossen, die als Betriebsrat fungieren, werden die unfähigsten nicht sein. Durch ihre Tätigkeit aber hören sie auf, als Propagandisten zu wirken, da sie gewissermaßen gebunden sind. Das wird sicherlich kein Gewinn für unsere Sache sein.

Nehmen wir jetzt die Tätigkeit eines syndikalistischen Betriebsrates unter die Lupe, wo unsere Genossen in der Mehrzahl sind. Da ist noch längst nicht der Zeitpunkt da, wo lediglich unsere Forderungen zur Durchführung gelangen können. – Jetzt ist eine Lohnbewegung im Fluß. Dieser Bewegung gilt es, einen bedeutungsvolleren Inhalt zu geben. Im Anschluß daran können unmöglich die alten Kampfmethoden beibehalten werden. Das langwierige Verhandeln war bisher nicht unsere Sache und dürfte es dann auch nicht sein, wenn man sich im Betriebsrat befindet. Aus dieser geistigen Einstellung ergibt sich dann eine andere Methode. Nun werden die Wünsche der Belegschaft dem Unternehmer unterbreitet. Aus Erfahrung kennen wir die Rücksichtslosigkeit des Unternehmers, die ja nicht mal den bescheidenen Forderungen der zahmen Gewerkschaften Rechnung tragen. Es ist anzunehmen, daß unsere Forderungen, die der revolutionären Einstellung gemäß weitreichend sein werden, den Unternehmerstandpunkt noch stärker hervorrufen werden. Da müssten bei der Weiterentwicklung dieser Situation, die sicherlich in einen Kampf ausmündet, unsere Genossen ihr Mandat als Betriebsrat niederlegen, andernfalls sie am Kampf nicht direkt teilnehmen können. Bisher war der Betriebsrat die Bremsvorrichtung. Durch unsere Teilnahme soll dies vermieden werden, da sonst unser Ruf: Es lebe die direkte Aktion! ein Schlagwort, eine Phrase würde, Hier wird es sich zeigen, ob der sympathisierende Teil beisteht, ob er sich der Kampfpraktik des Syndikalismus anschließt.

Schlimmer sieht es allerdings dort aus, wo die Zentralisten die Oberhand haben, und die Genossen Opfer gemeiner – Demagogie werden. Vermittels des Betriebsrätegesetzes mit seinen Klauseln ist es ein leichtes, mißliebigen Personen Fußangeln zu legen. Versammlungen können nicht immer gleich zu einer Richtigstellung der Dinge einberufen werden, während die Denunzianten zu einer Aussprache, sobald sie öffentlich stattfinden soll, nicht zu bewegen sind.

Lösung kann nur eine konsequente Haltung bringen, und da kann es nur heißen: Keine Teilnahme an einer gesetzlichen Institution getreu unserer Anschauung über Gesetz und Autorität.

Wenn wir gleich den »Kommunisten« jeden Augenblick die Parolen wechseln, leisten wir der Verwirrung Vorschub, die Massen haben gerade genug davon. Nur eine aufwärts steigende Linie können wir begrüßen, ein Zurück niemals.

Aufklärungsreden im revolutionären Sinne wird ein Betriebsrat schwerlich halten können, da laut Betriebsrätegesetz das Interesse des Betriebes nicht beeinträchtigt werden darf. Die Nichtbeachtung dieses Paragraphen bedeutet eine Schädigung des Betriebes, folglich ist sie strafbar. Also nur deshalb, weil der Betriebsrat das sagt, was er im Interesse der Arbeiter zu sagen hat, soll er bestraft werden. Bei einer syndikalistisch eingestellten Masse wäre dies ein Anlaß, ihren Wortführer zu schützen. Diese Konsequenz fehlt heute.

Kommen jetzt noch die Ursachen, die in ihrer Auswirkung so unheilvoll für die Arbeiterschaft geworden sind. Es ist dies das Vertretungssystem in der Form, wie es sich allüberall zeigt, wo zentralgewerkschaftliche Organisationen vorhanden. Diese Vertretungen haben sich zu Autoritäten (d.h. Machthabern) entwickelt, die über diejenigen, die durch das dauernde Vertretenlassen zu willenlosen Marionetten geworden, eine gebieterische Macht ausüben. Es liegt im Wesen der zentralistischen Organisation, daß sie sich mit der Zeit in einen künstlichen Überbau verwandelt, der starr seine diktatorische Macht über die ihm angehörenden Massen ausübt. Auch da, wo er mit dem wirklichen Leben im Widerspruch kommt. Wir sehen es in der Entwicklung des Staates, der seine Aufgaben längst erfüllt hat für eine Zeit, die der Vergangenheit angehört und nun den neueren Erkenntnissen über den gesellschaftlichen Aufbau Platz machen müßte. Statt vom Schauplatz abzutreten, betreibt der Staateigene Interessenspolitik aber läßt sich von gewissen Kreisen beeinflussen, die mit ihm Geschäfte gemeinsam betreiben. Wir wissen, daß solche Geschäfte auf Kosten der Arbeiter gemacht werden. Immerhin hat sich der Arbeiter als Staatsbürger zu betrachten (wenn auch ohne Rechte), denn bei etwaigen Konflikten, in die der Staat verwickelt ist, hat er sich als Kanonenfutter zu betätigen, ob er will oder nicht. Schule, Kirche, Presse usw. haben die Aufgabe, die Arbeiterschaft zur Staatsgläubigkeit zu erziehen, damit sie sich mit dem Staate verbunden fühlen, daß ihr Wohl und Wehe von seinem Bestand abhängt. Auf diese Art und Weise produziert man Vaterlandsliebe. Wenn für eine derartige Auffassung kein Verständnis besteht, werden einfach Zwangsmaßnahmen ergriffen.

So ähnlich ist es auch mit den zentralen Organisationen der Arbeiterbewegung. Hat sich doch das System als unfähig erwiesen, die Kampfparolen, die anfangs erstrebenswert waren, als Massenorganisation durchzuführen, weil die Lebendigkeit oder besser die Beweglichkeit fehlte und an der Spitze sich eine besondere Gruppe mit Eigeninteressen gebildet hat, die lediglich in der Reformarbeit die längste Dauer ihrer Existenzmöglichkeit erblickt. Die Interessen der Arbeiter kommen erst in zweiter Linie in Betracht, und wenn das Geschick und die Führung in den Händen einzelner konzentriert ist, überhaupt nicht.

Das wird so oft wiederkehren, als die Arbeiter an der zentralen Organisationsform festhalten. Darum heißt es, eine lebendige Organisation zu

schaffen, die wir in der Föderation erblicken, wo das Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird. Automatisch erfolgt nun aber nicht die Lebendigkeit, wenn der Kern tot bleibt. Der föderalistische Aufbau ist im Gegensatz zum Zentralismus nur eine Form, in der die rege Tätigkeit eines jedes einzelnen, der die Befreiung der Arbeiterschaft von Ausbeutung und Unterdrückung anstrebt, keine Hemmung erleidet, soweit sich derselbe auf Grund freiwilliger Bindung zu den gegebenen Prinzipien, in denen unsere Erfahrungen aus der Praxis zusammengefaßt sind, bekennt.

Wenn wir nun zu solch einer Anschauung, die uns die Erfahrung gelehrt hat, gekommen sind und betrachten dann die Betriebsrätefrage, so müssen wir die Beteiligung an einer derartigen gesetzlichen Institution unbedingt ablehnen.

Jetzt werden die Genossen fragen, was denn zu tun sei, da es mit einer bloßen Kritik nicht getan ist. Recht so! Es heißt zunächst festzustellen, wieweit unser Einfluß in den Betrieben reicht, damit die Frage in unserem Sinne gelöst wird. Als erstes: Bildung eines Vertrauenskörpers, der die Aufgabe hat, als Verbindung der einzelnen Abteilungen eines Betriebes zu fungieren. Eine Angelegenheit einer Abteilung zur Kenntnis der gesamten Belegschaft zu bringen: darüber hinaus bei wichtigen Anlässen mit den Vertrauenskörpern der anderen Betriebe und der Arbeiterbörse die Situation zu beraten. Bei Forderungen, die an den Unternehmer gestellt werden, werden spontane Vertretungen aus der Belegschaft heraus gewählt, die dann nicht zu verhandeln haben, sondern nur die Vermittlung übernehmen und Handlungen der Belegschaft überlassen. Dann kann von Bestechung keine Rede sein. Kontrolle übt die Belegschaft selber. Bei allen Bewegungen hat die Arbeiterbörse für Weiterverbreitung des Kampfes und Regelung der Solidarität sich einzusetzen, eventuell die Lebensmittelfrage zu lösen. Die Arbeiterbörsen (Räte) werden die wichtigsten Funktionen in den Kämpfen zu übernehmen haben. Daß der Kampf auf revolutionärer Grundlage gestellt und unsere Taktik in Anwendung gebracht wird, ist Aufgabe eines jeden Genossen.

Das vornehmste Ziel wird der soziale Generalstreik, die Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische, eine Bedarfswirtschaft sein, damit der Kulturgedanken des Anarchismus, die Herrschaftslosigkeit, Tatsache wird.

Darum durch den föderalistischen Zusammenschluß der anarcho-syndikalistischen Organisation zur direkten Aktion, zur Befreiung.

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 12, 21. März 1925

Dokument 11

Noch einmal: Kampforganisation oder Sekte?

von H. REUSS

Wenn hier nochmals zur Frage »Kampforganisation oder Sekte« Stellung genommen wird, so soll es heute genau in dem ersten Artikel in der Voraussetzung geschehen, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, hier eine Klärung der Geister herbeizuführen. Der Meinungsaustausch auf der Konferenz in Berlin sowohl als die verschiedenen Aufsätze im »Syndikalist« haben dies bisher leider



Archiv

Karl Roche



Das **Archiv Karl Roche** versteht sich als *Regionales Archiv zur Dokumentation des Anarchosyndikalismus, Anarchismus und Rätekommunismus*, das die Geschichte dieser Bewegung in Hamburg - Altona und Umgebung, damals Groß-Hamburg, dokumentieren möchte.

Ziel der Forschung ist die Aufarbeitung des geschichtlichen Anteils derjenigen Genossinnen und Genossen, die für den freiheitlichen Sozialismus und Anarchismus gekämpft haben.

Der Verdrängung dieses Teil der radikalen Arbeiterbewegung soll entgegen gewirkt werden.

Namensgeber ist der 1862 in Königsberg geborene Genosse Karl Roche - eine führende Persönlichkeit beim Aufbau der FAUD/S, er verstarb am 1. Januar 1931 im Alter von 69 Jahren in Hamburg.

Diese bisher nicht erzählte Geschichte bzw. die bewußt von sozial-demokratischer und parteikommunistisch-bolschewistischer Seite totgeschwiegene Seite der revolutionären Ereignisse in Hamburg soll aus dem Dunkel der Geschichte der interessierten Öffentlichkeit näher gebracht werden.

Um die Erinnerung an den ungewöhnlichen Aktivist Karl Roche aufrecht zu erhalten, publizieren wir eigene Untersuchungen und dokumentieren seine wichtigsten Texte.

Denn, obwohl Karl Roche in den Nachkriegsjahren und 1919 v.a. auf der *Vulcan-Werft* ein begnadeter Auführer und Revolutionär war, schrieb er bereits im April 1914:

„Ich kann mit der Feder ruhiger reden als mit der Zunge ...“

Dem tragen wir mit der Publizierung seiner politischen Texte aus der Revolutionszeit Rechnung.

Möge die Erde Dir leicht sein, Genosse!

AKR - RADAS Hamburg

noch nicht vermocht. Viele Kameraden haben aus meinem ersten Aufsatz als alleinige Ursache des Rückganges der Organisation die Nichtbeteiligung an den Betriebsratswahlen herausgelesen. Daß dies durchaus nicht der Fall war, dürfte bei nochmaligem Durchlesen des Artikels leicht festzustellen sein. Unser Freund K. R., der schon etwas aufmerksamer gelesen hat, entrüstet sich denn auch noch über die in dem Aufsatz zutage getretene Gehässigkeit. Hierzu folgendes: Wenn in dem betr. Artikel harte Worte enthalten sind, so waren diese notwendig durch die Berührung wenig schöner, aber leider geschehener Dinge. Ohne Kahlkopf zu sein, ohne Mähnenträger zu sein, sondern einzig und allein an Hand gesammelter Erfahrungen als Arbeiter und als Propagandist (meinethalben auch als FAUD. AS-Bonze) wurde zu diesen Dingen Stellung genommen. Leider hat bisher keiner der Kameraden es versucht, den Nachweis dafür zu führen, daß die Beteiligung an den Betriebsratswahlen eine Verletzung der Prinzipien des revolutionären Syndikalismus sei. Dies ist nach meiner Auffassung für eine Klärung der Streitfrage das wichtigste. Dadurch, daß der oder jener behauptet: so ist es. und so bleibt es, ist noch keine Wahrheit geboren worden. Soviel ich von den Ideen und Prinzipien unserer Bewegung verstehe, lehnen wir jede Teilnahme an den gesetzgebenden Körperschaften ab. Wollten wir alle Dinge ablehnen, in die »Vater Staat« seine Finger gesteckt hat — na, das mag sich jeder selbst beantworten.

Unser Freund A. BEIL-Düsseldorf (*Dok. 5*) hat so fleißig forschend gelesen, daß er gar eine andere Uebertreibung herausdestilliert hat. Allerdings irrigerweise. Absichtlich heißtes Kampforganisation oder Sekte. Wenn schon etwas geändert werden soll, dann möchte ich noch davorsetzen, gewerkschaftliche Kampforganisation oder Sekte. Bei einiger logischen Denkweise dürfte es jedem klar sein, daß wir, um als Kampforganisation von praktischer Bedeutung in Erscheinung treten in können, Massenorganisation werden müssen. Heute sind wir es leider nicht und — was mir besonders nahegeht — wir werden es bei Beibehaltung der im ersten Aufsatz angeführten taktischen Praktiken nie werden. Nochmals sei hier wiederholt: Der revolutionäre Syndikalismus bedarf nicht der philosophierenden Gralswächter zur Reinhaltung der Idee, er muß und soll hineingetragen werden in die Herzen und Hirne des schaffenden Volkes. Die Zeit der Experimente ist vorüber. Beide Richtungen mögen an Hand ihrer eigenen Erfolge die Richtigkeit ihrer Taktik abschätzen und werten. Auch dieses hat noch keiner der schreibenden Kameraden getan.

Vor allem klammert man sich an den »gesetzlichen« Betriebsrat. Dies könnte man bei einem auf den »Höhen« wohnenden Theoretiker allenfalls verstehen, bei einem praktisch im Betrieb arbeitenden revolutionären Gewerkschaftler ist diese Betrachtungsweise — gelinde ausgedrückt — mehr wie oberflächlich. Wenn man von den Sünden der »gesetzlichen« Betriebsräte spricht, vergißt man zu sagen, daß es Vertreter der auf dem Boden der Staatsautorität stehenden Gewerkschaften sind, die, nach ihrer eigenen Auffassung von Staat und Autorität geleitet, handeln. Daß deren Handlungsweise nie oder höchst selten unseren Anschauungen und Erwägungen entspricht, ist logischerweise vorauszusehen. So viel man mit

Recht schreibt und redet von dem Verrat der Gewerkschaften an der Revolution, so vergißt man in der Hauptsache darauf hinzuweisen, daß sie trotz des Verrats an der Revolution sich selbst, d. h. ihren Prinzipien treu geblieben sind. Denn noch nie waren die deutschen Zentralverbände revolutionär. Gerade weil ihre Grundtendenz konterrevolutionär ist, konnte ihre Handlungsweise nie revolutionär sein.

Damit ist keineswegs gesagt, daß die Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften Konterrevolutionäre seien. Es gibt innerhalb der Gewerkschaften Hunderttausende von Kameraden, die ohne mit der Wimper zu zucken mit hineinrasen in den Kampf gegen die Bourgeoisie. Aber hier fehlt trotzdem der moralische Halt. Trotz ihres revolutionären Elans, der von den verschiedenartigsten Umständen hervorgerufen sein mag, werden sie bei anhaltender Kampfperiode den Befehlen und Einwirkungen der selbstgeschaffenen Autorität ihrer Führer erliegen.

Dies zu beobachten hatte ich in allen revolutionären Phasen der letzten Jahre reichlich Gelegenheit. Auf Grund dieser Erfahrungen haben wir die Pflicht, mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, eine revolutionäre Massenbewegung zu schaffen. Wenn weiter betont wurde, wir hätten Verhandlungen mit den »Arbeitgebern« nicht zu tätigen, so muß auch dem widersprochen werden. Auf Grund der gegebenen Verhältnisse wird die Arbeiterschaft noch auf lange Sicht gezwungen sein, im Wege der gegenseitigen Vereinbarung das Lohn- und Arbeitsverhältnis zu regeln. Daß hierbei Verhandlungen, Aussprachen nicht zu umgehen sind, dürfte unbestreitbar sein. Aber wo hier das Prinzip des revolutionären Syndikalismus in den Betrachtungsbereich tritt, ist der Moment, wenn die Frage aktuell wird, wer soll mir dem Unternehmer verhandeln, auf welcher Plattform sollen Verträge getätigt werden?

Hier lehrt um die Entwicklung der Zentralverbände, wie es nicht geschehen darf. Auf Grund der zentralen Verhandlungen hat sich ein berufsmäßiges Vertretertum herangebildet, eine neu« Arbeiteraristokratie ist entstanden mit besonderen Rechten und Privilegien. Hier ist der Arbeiterschaft eine Autorität beschert worden nach demselben Werdegang, wie alle übrigen Autoritäten ebenfalls entstanden sind. Erst waren sie erwählte Freunde, Helfer, Beschützer, doch im Laufe der Zeit, gestützt auf die Sympathie der Wähler, umwoben mit dem Glorienschein des Helfers und Beschützers, wurden sie Führer und Tyrannen. Dieser neuen Aristokratie gilt unser Kampf. Dieser kann nicht geführt werden mit prinzipienfesten Diskutierklubs, sondern dieser Kampf muß Massenaustritt aus den Zentralverbänden heißen. Um Massenaustritte erreichen zu können, muß der Syndikalismus in Gestalt seiner Propagandisten sich die Sympathien der Massen erobern.

Wenn PETER KROPOTKIN sagt: Natur und Menschheitsgeschichte müßten neu geschrieben werden, so hat er dabei ganz sicherlich auch der Gewerkschaftsbewegung gedacht. Und wenn wir die Frage diskutieren, ob gewerkschaftliche Kampforganisation oder Sekte, so dreht sich diese Frage nicht einzig und allein um Beteiligung oder Nichtbeteiligung an diesen oder jenen Wahlen, nicht um gesetzliche oder revolutionäre Ausschüsse (übrigens ein KPD.-Ladenhüter), sondern die Frage ist zu diskutieren unter Würdigung

aller gegebenen Tatsachen. Der Aufgabenkreis einer sozialrevolutionären Gewerkschaft ist wesentlich größer als der der alten Verbände, und er beansprucht von seinen Anhängern neben Charakterfestigkeit eine gehörige Dosis geistiger Elastizität. Ob gerade diese in der Jetztzeit nicht allzusehr vernachlässigt wurde?

Haben nicht durchweg alle Kameraden ihren Aufsatz abgeschlossen mit der Aufforderung zur Tat? Ja. Taten müssen geschehen, wirkliche sichtbare Arbeiten müssen geleistet werden, darüber bin ich mir längst klar. Aber Kameraden, wo bleiben die Taten? Leider sieht man wenig, ganz wenig davon. Wenn in der letzten Nummer des »Syndikalist« mitgeteilt wird, daß wieder soundso viel Ortsgruppen ausgeschieden sind, dann heißt es herangehen: die Ursachen feststellen und das Uebel beseitigt. Wenn von der einst stolzen Föderation der Bergarbeiter heute wenig Gutes mehr berichtet werden kann, dann, Kameraden, kommt auch dieses nicht von ungefähr. Und auf die Gefahr hin, wieder einmal der Gehässigkeit beschuldigt zu werden, erkläre ich, daß es die Folge einer falschen Einstellung guter, aber herzlich wenig befähigter Kameraden ist. Wenn nicht auf der ganzen Linie ein neuer gesunder Gewerkschaftsgeist Einzug in unsere Bewegung hält, dann ist alle Arbeit vergebens geleistet. Dann hat so mancher gute Kamerad umsonst gestritten und gelitten. Dem ziel- und planmäßigen Vorgehen der Schwerindustrie und der gesamten Unternehmerverbände müssen wir mehr als gutgemeinte enthusiastische Redensarten entgegensetzen. Nicht nur eine große syndikalistische Gewerkschaft fehlt uns, sondern darüber hinaus müssen wir zur Arbeits- oder Interessengemeinschaft aller Schaffenden gelangen. Im Kampf ums tägliche Brot, um eine menschenwürdige Existenz müssen wir Schulter an Schulter kämpfen, ganz gleich, welcher religiösen Anschauung wir sind, ganz gleich, welcher Weltanschauung wir huldigen. Hier ist der Treffpunkt der Interessen aller. Und von hier aus wird auch die so lang erstrebte und so bitter, bitter notwendige Klassensolidarität entstehen. Hätten wir die letzten Wochen ausgenutzt, um in den Belegschaftsversammlungen gemeinsame Listen zusammenzustellen für die Betriebsrätewahlen, so hätten wir die glänzenste Gelegenheit gehabt, den Gedanken der proletarischen Einheitsfront zu propagieren. Hier wäre Gelegenheit geboten gewesen, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Hände der Arbeiter selbst zu legen. Hier hätte ..., hätte ... ja, was konnte man nicht alles tun, wenn man nicht nach gut deutscher Art diskutierte und kritisierte mit der allen Deutschen angebotenen Gewissenhaftigkeit gradlinigen Denkens.

(H. REUSS.)

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 15, 11. April 1925

Dokument 12

Kampfgewerkschaft oder Sekte?

Von F. R.

Bei der Behandlung dieser Frage ist vor allen Dingen die größte Sachlichkeit geboten. Denn bei der Beurteilung des Für und Wider soll der Grundsatz vorherrschend sein: Wie stärken und festigen wir die Organisation? Manches von dem,

was von den Kameraden als Gegner der Beteiligung an den Wahlen der Betriebsräte geschrieben wurde, ist zu unterstreichen, vieles aber ist bis in seine letzten Konsequenzen nicht durchgedacht. Ach! auf so manchen unserer Genossen wirkt das Wörtchen »gesetzlich« wie der Granateneinschlag auf Wilhelm den Letzten, nicht ahnend, daß ihr ganzes Leben an Händen und Füßen gefesselt, gesetzlich geregelt ist.

Wir sind für die Beteiligung an den Betriebsratswahlen, um festzustellen, ob sich in unserer Bewegung auch Kämpfer finden, die trotz der Gesetzlichkeit sich nicht zu Kapitalknechten herabdegradieren lassen, sondern unter Anknüpfung an die Alltagsnöte und Sorgen in den Betrieben für unsere Ideen, für die F.A.U.D. wirken, Unser oberster Grundsatz ist doch Eroberung der wirtschaftlichen Macht. Sind aber die Grundfundamente damit schon geschaffen, daß man davon immer nur redet, oder muß man sich durch Betätigung und durch Studieren mit den Eigentümlichkeiten der technischen Betriebsvervollkommnung vertraut machen? Wer immer nur an der Drehbank arbeitet, der hat bitter wenig Ahnung von den anderen Arbeiten des Betriebes und der Verwaltung. Wer als Bergmann immer nur als Anschläger oder Querschläger sich betätigt, hat wenig Ahnung von Strebenbau, Schüttelrutschen oder dem Uebertagebetrieb. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen, mit den übrigen Kameraden, ganz gleich, wo sie stehen, in Gedankenaustausch zu treten und Erfahrungen zu sammeln. Ist man denn wirklich naiv zu glauben, daß sich so etwas im Handumdrehen erledigen läßt?

Diese Experimente sind nicht zu lösen mit einigen revolutionären Reden. Gesten oder Gebärden, Experimente, an deren Lösung Generationen bis weit in die hinter uns liegende Zeit sich den Kopf zerbrochen haben. Gesetzt den Fall, durch irgendein Glück oder Unglück fiele uns die wirtschaftliche Macht in die Hände. Was wollten wir dann machen? Kleinigkeit, nicht wahr?! Man stellt sich vor der Belegschaft hin und sagt: So, nun habt ihr die wirtschaftliche Macht – benutzt sie! Und wenn ihr es nicht könnt, dann kann ich euch auch nicht helfen, ich habe euch schon lange genug gesagt, ich wasche meine Hände in Unschuld. Kameraden! Das wäre der Bankrott unserer Idee. Das wäre der Bankrott unserer Idee. Hat man sich noch nie die Frage vorgelegt, warum man nicht wie bei den Stadtverordneten-, Landtags- oder Reichstagswahlen auch den Betriebsräten eine vierjährige Tätigkeitsmöglichkeit gab, sondern nur eine einjährige? Weiß man nicht, daß auch die Arbeiter-Vertreter als Abgeordnete sich dafür einsetzen? Ja, ich glaube bestimmt, daß sich diese Herren bei der Verabschiedung des Betriebsratsgesetzes klar waren, daß dann über kurz oder lang ihr Drohnenwesen ein Ende genommen hätte, denn es wäre für sie an »sozialen Fragen« zu lösen nichts mehr übrig geblieben. Die Fliesenleger Düsseldorfs sowie Genosse METZ geben uns einen Fingerzeig, wie man die lohnarbeitende Menschheit aus den alles erdrosselnden Armen der Tarifgemeinschaft, die jede lebendige Initiative, jede Aktion, jegliches Aufbäumen der Arbeiterschaft gegen brutalste

Fortsetzung/Ende - Seite 38



»Frieden, Freiheit, Brot!« Die Revolution 1918/19 in Hamburg

Der lange Schatten des F.C. Holtz

Der Weg zum Nationalsozialisten: »Schwarz-Weiß-Rot bis in den Tod!«

»Es ist in der Tat ein Muster der Publizistik, wie sie wohl von jener Seite her nicht eben selten begegnet: das Günstige wird verschwiegen, das Ungünstige auf das schärfste beleuchtet.«

• Tönnies, »Fridericus« (1932)

Friedrich Carl Holtz

* 1881 (Wismar) – 1939 (Berlin)

- Freiwilliger im deutschen Expeditionskorps in China 1899-1904 Tsientsien, China, Leiter der deutsch-chinesischen Schule, Mitarbeiter der Soldatenzeitung *Ostasiatischer Lloyd*
- Lehrer für kaufmännische Korrespondenz und vaterländische Geschichte an einer Beamten-Fachschule und einer Handelsschule in Lübeck bis zum Kriegsausbruch
- 54. Infanterie-Division unter General Freiherr von Watter in I. Weltkrieg 1915-1918
- Hamburg, Dezember 1918 – München, Juni 1922 – Juni 1924
- Berlin, 1924 bis zu seinem Tode 1939

In der *Barrikade zwei* haben wir über den »Fall Dr. Paschen« ausführlich geschrieben. Nun, kurz vor der Veröffentlichung der Ausgabe am 19. Oktober erreichte uns das letzte veröffentlichte Buch des F.C. Holtz, welches der Historiker und Ex-Geschichtslehrer/innen-Prüfer Studiendirektor Dr. Joachim Paschen in seinem Verriß der Hamburger Revolution 1918/19 (*Frieden, Freiheit, Brot* - Hamburg 2008) nicht erwähnt.

Dazu bedarf es auch keiner weiteren Erklärung, wenn wir die Fakten aus dem Holtz-Buch von 1939 hier vorlegen – das Buch heißt *Nacht der Nation* [und nicht *Nacht der Nationen*, wie es in den einschlägigen Universitätsbibliotheken geführt wird; wir haben es schlicht und einfach über das Internet innerhalb von einer Woche kaufen können].

Hamburger Warte:

Gegen die Diktatur des Deserteurs Laufenberg und des Juden Wolfheim

»... als schon voller Schmeid die jung gegründete „Hamburger Warte“ gegen den allmächtigen Diktator Laufenberg zu Felde zog. Es war ein gewaltiges Ringen – es war ein Kampf mit der Geld- und Anarchiemacht der kommunistisch verseuchten Masse – und doch gelang die Tat.« (F.C. Holtz, DhR, S. 70)

F.C. Holtz, äußerlich der bürgerliche Biedermann und kriegsverletzte Vollinvalide (er war als 18-jähriger Freiwilliger 1899 an der Niederschlagung des chinesischen Boxeraufstand beteiligt), war als nationalsozialistischer Brandstifter in Norddeutschland tätig. Er war ab Dezember 1918 der »öffentliche[r] Bekämpfer der Novemberverbrecher« (Knoll, [NdN, S. 297])

Ein »armer Mann« kann Holtz nicht gewesen sein, denn am 3. Oktober 1919 gründet er zusammen mit dem Kaufmann Gustav Schilling die *Hamburger Warte G.m.b.H.* mit einem Kapital von 140.000 Mark (Schilling übernahm 77.000 Mark Stammeinlage, Holtz 63.000 Mark) – siehe Handelsregister C 2529 [Sembritzki, S. 53].

Sein Haß auf die Hamburger und die deutsche

Revolution war glühend heiß – sein Antisemitismus kommt bereits in seiner Wochenzeitung *Hamburger Warte* ab dem 14. Dezember 1918 zu Tage. Er hetzte gegen die organisierte Arbeiterbewegung, gegen den roten Pöbel, das Lumpenproletariat und die politischen Parteien der Linken – egal ob MSPD, Unabhängige oder Linksradikale. Alle mußten vernichtet werden, um Deutschland zu erneuter Größe zu verhelfen.

»Man hat uns gesagt, es sei ein Wagnis in heutiger Zeit eine bürgerliche Zeitung herauszugeben. Wir haben's gewagt! Denn wir meinen, dass Arbeiter und Bürger, die mehr als 4 Jahre zusammen im Schützengraben gelegen haben, nun auch weiter miteinander gehen sollen ... Wir können uns nicht damit befreunden, dass das Band, das Arbeiter und Bürger im grauen Rock umschlang, nun auf einmal zerrissen sein soll. Von dem wenigen Guten, das uns der Krieg gebracht hat, ist das verständnisvolle, kameradschaftliche Verhältnis zwischen Bürger und Arbeiter das Beste. Das wollen wir hegen und pflegen zum Wohle unseres Volkes und Vaterlandes.«

• *Hamburger Warte*, Nr. 1 – 14.12.1918 (Sembritzki, S. 46)

Der Pöbel (abgeleitet vom französischen *le peuple* – das Volk) durfte nicht putschen oder gegen die Obrigkeit meutern. Dieses Vorrecht haben nach F.C. Holtz nur herrschende Kreise, seine Aufgabe sah er deshalb in der »unbarmherzige[n] Aufdeckung aller durch den Umsturz verursachten Fehler und Gebrästen, dass die Erkenntnis des Übels der erste Schritt zur Neuerstarkung unseres Vaterlandes sein muss.« [zitiert nach Sembritzki, S. 49].

»Wieder kleben die blutroten Anschläge an Häusern und Mauern und wieder verhetzen sie die blinde, urteilslose Masse bis zur Perversität der Gefühle.« (DhR, S. 47) »Peitschenhieben gleich fahren die Worte, scharf herausgeholt, durch den bis zur Siedehitze erregten Mob.« (DhR, S. 49) »Vom Rathausurm aber weht frech und dreist der rote Lappen.« (DhR, S. 53) »Am 15. Januar 1919 fanden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und in Berlin den Tod, den sie hundert- und tausendfach verdient hatten.« (DhR, S. 67)

Vergessen zu erwähnen hat Holtz natürlich auch, daß Laufenberg und Wolfheim bereits gleich nach der KAPD-Gründung im April 1920 ihren Ausschluß aus dieser kommunistischen Arbeiterpartei einleiteten, als sie ein Bündnis der Arbeiterklasse mit der nationalen Bourgeoisie zum Kampf gegen den westlichen Imperialismus forderten. Diese als *Hamburger Nationalbolschewismus* in die Geschichte eingegangene Ideologie dauerte nur bis 1921 und fand ebenso wenige klassenbewußte Arbeiter/innen wie Querfrontler der völkisch-nationalrevolutionären Rechten (»linke Leute von rechts«). Der »Jude« Fritz Wolfheim ging diesen Weg konsequent über erfolglose Wiedereintrittsversuche in die bolschewistische KPD hin zum Beitritt 1930

Putschversuch?

20. Juli 1920

„Aktionsausschuss der Linksradikalen – Aufstand: Führer außer Laufenberg/Wolfheim, Roche (Syndikalisten), Langer und Rüdigkeit (Fr. Sozialisten) zusammen mit AAU und Thälmann (USP) – Folgende Stadtteile wurden zugewiesen Hammerbrook, Horn: AAU; Eimsbüttel: Syndikalisten; Grenze Altona und Berzirk St. Pauli: Freie Sozialisten.“

Syndikalisten und AAU (beide angeführt von Roche!) sowie die Freien Sozialisten um Langer planen also den bewaffneten Aufstand nach einer gemeinsamen Demonstration mit dem Angriff und der Besetzung von Polizeiwachen und Behörden zusammen mit Thälmanns USP, nicht aber mit der KPD! Altona-Ottensen war nicht mit einbezogen, kommt in den Lageberichten nicht vor, obwohl die AAU hier eigene Bezirk Altona-Ottensen hat ...

Politische Polizei, Bericht

zur Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten (GSRN) um Karl Otto Paetel zuende, er wurde im KZ Ravensbrück 1942 ermordet. Heinrich Laufenberg verstarb völlig verarmt und isoliert am 3. Februar 1932 als Gegner des Nationalsozialismus.

Interessant ist auch folgende kleine Randnotiz: der designierte Hamburger Bürgermeister nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 – der rechte Sozialdemokrat Gustav Dahrendorf, wurde von seinem Lehrherren während der Revolution 1918 auf einer Apfelsinenkiste stehend und revolutionäre Reden schwingend auf dem Rathausmarkt angetroffen und sofort entlassen. Das waren also die »roten Halbstarcken« der angeblichen *Roten Garde*. (Gustav Dahrendorf, Hamburg 2004 [S. 34])

»Hunger ist die Mutter der Anarchie«

(Paschen, S. 118)

Versorgungsengpässe werden von F.C. Holtz als Ergebnis der Inkompetenz der Arbeiter- und Soldaten-Rates unter Laufenberg bezeichnet. Der monarchistische Sozialdemokrat Baumann dagegen wirft eben diesem AuS-Rat vor, die öffentliche Versorgung nur selektiv und nicht für die gesamte Bevölkerung bereitgestellt zu haben. Stichwort: Plünderungen von Lebensmittel-Lagern durch den Pöbel. Der war bis dato am Verhungern, während das Bürgertum aus vollen Kellern sich versorgte ...

Hinweis: Paschen beschreibt, daß die Fahrpreise für die Straßen- und Hochbahn (U-Bahn) zum 1. Januar 1919 von 15 auf 20 Pfennige erhöht werden. Delikatessensläden wurden angewiesen »aus Rücksicht auf die Arbeitslosen aus dem Schaufenster zu nehmen, um niemanden zu erbittern, der sich für 80 Pfennige das Pfund Wurzelmus als Marmeladenersatz auf das Kommissbrot schmieren darf.« [S. 69] Einige Seiten früher, erwer »wir« (Paschen, fiktiv) eine 20seitige Broschüre mit der Rede Laufenbergs vor dem Arbeiter- und Soldatenrat vom 30. November 1918 für 30 Pfennig, »die wir uns vom Munde absparen, verzichten auf die Wochenration von 60 Gramm Margarine« ... die *Hamburger Warte* kostete damals 15 Pfennig für vier Zeitungsseiten ... im Gewerkschaftshaus ein Glas Bier 80 Pfennig [Paschen, S. 97], die »Arbeitersülze kostet das Pfund 3 Mark« [Paschen, S. 178]

Mehr als interessant ist die Tatsache, daß Paschen nach dem 30. Juni 1919 keine Meldungen mehr des *Echo* verwendet, die über die Unruhen berichten. Erstens ist festzustellen, daß sich die Zahl der Todesopfer von 42 über 54 auf 64 Personen erhöht hatte (HE, 2.7.19). Auch wird erwähnt, daß erhöhte Brotrationen und Margarine ohne Bezugscheine herausgegeben wurde ...

Und der antisemitische *Deutsche Schutz- und Trutzbund* und der *Hammerbund* gaben ein gemeinsames Hetzflugblatt heraus, das behauptete, der Sülze-Fabrikant Heil sei »Jude« ... er war er aber nicht, wie der *Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens* aber geflissentlich feststellte (HE, 28. Juni 1919), er war also ein übler deutscher Kapitalist und Ausbeuter.

Ein weiterer Aspekt, der nicht verschwiegen werden darf: Nach dem Einmarsch der Reichswehrtruppen unter Lettow-Vorbeck wurden Befehle zur Rückgabe der »widerrechtlich angeeigneten Waffen« erlassen. Dabei wurde für jedes Gewehr ganze 4 Mark, für 1.000 Schuß Infanterie- oder

MG-Munition 4 M. und für ein Maschinengewehr 30 M. gezahlt. In den Betrieben übernahmen »Vertrauensleute der Arbeiterschaft« die Entwaffnung und Durchsuchung der Betriebe und die einzelnen Stadtteile wurden abgeriegelt und Haus für Haus durchsucht. Bei wem noch eine Waffe gefunden wurde, der wurde festgenommen und auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand abgeurteilt (*Verordnung Nr. 4* vom 1. Juli 1919, gültig ab 3. Juli, 12 Uhr mittags an; HE 3. Juli 1919).

Antibolschewistische Liga

Die Übertreibungen des F.C. Holtz, daß er einer der ersten bürgerlichen Kräfte gewesen sei, die den Kampf gegen den Bolschewismus aufgenommen haben – ist natürlich übertrieben. Bereits am 10. Januar 1919 trafen sich in Berlin während des dortigen „Spartakus-Aufstandes“ im Zeitungsviertel – auf Einladung eines Herrn Stadler die Creme der Industriellen. Sie verabredeten eine »Ruhrlade« genannte Versicherungsteuer gegen die Revolution freiwillig zu zahlen – insgesamt wurde ein Fonds von 500 Millionen Mark aufgestellt. Davon wurden dann rechtsradikale Kreise, Freikorps, Zeitungen und auch die SPD geschmiert ... Hier hat wohl Herr Holtz seine Gelder her. Interessant –ganz nebenbei–, daß einer der ersten Spender für den Kampffond gegen den Bolschewismus bzw. die *Antibolschewistische Liga* des Herrn Stadler, der Namensgeber der ‚liberalen‘ Friedrich-Naumann-Stiftung war ...

Aus der Hamburger Warte wird der Berliner Fridericus

»Kalter Bürgerkrieg ersetzt den offenen.«

- Emil J. Gumbel – Vom Fememord zur Reichkanzlei

Nachdem Holtz und seine *Warte* bereits mehrfach verboten und der Verleger selbst zweimal Haftstrafen antreten mußte, das damalige Pressegesetz ihn des öfteren mit Beleidigungsklagen und empfindlichen Geldstrafen belegte (Sembritzki, S. 55), so hinderte das die Auflagensteigerungen der *Warte* nicht – Ende 1921 soll sie bei 80.000 Exemplaren gelegen haben (*Hamburger Warte*, 3.8.1921).

Zu Beginn 1922 erschien in Berlin die *Deutsche Fackel* im Hamburger Warte-Verlag und beide Zeitungen tauschten Textbeiträge aus, »der hamburgische Lokalcharakter« (Sembritzki, S. 57) ging in der *Warte* deutlich zurück.

Die letzte Ausgabe der *Hamburger Warte* erschien am 24. Juni 1922 mit einem Kommentar zum Rathenau-Attentat. Daraufhin wurde sie am 1. Juli 1922 beschlagnahmt und am 3. Juli durch den Hamburgischen Senat für 6 Monate verboten – zusammen mit 19 anderen faschistischen und rechtsextremen Organisationen, u.a. dem Holtzschen *Jungbismarck-Bund*, dem paramilitärischen Saalschutz der DNVP, der *Organisation Consul*, der NSDAP sowie der Zeitung *Hamburger Tageblatt*. Holtz rettet die Fahne des *Jungbismarck-Bundes* bei der Hausdurchsuchung, indem er sie sich um den Leib band. Da nicht nur in Hamburg das Vermögen der Wochenzeitung beschlagnahmte, sondern die *Warte* auch in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hannover verboten wurde (1) [NdN, S. 65/66] – emigrierte Holtz in die *Hauptstadt der Bewegung*.



F.C. Holtz - 1924

Weitergeben oder ankleben!

Bürger, Arbeiter, Mitmenschen!

Ekel und Abscheu muß uns hochsteigen. Die Schamröte überzieht alles, was Menschenantlitz trägt. Gewissenlose Gauner haben uns mit Unrat, mit Abfällen von stinkigen Kadavern, von Hunden, Käsen usw. an unserer Gesundheit, an unserem Leben geschädigt. Der Hunger hat auch das bessere Bürgertum zu Opfern dieser gemeinen Gallunken gemacht. —

Trotz vielfacher Beschwerden haben die Behörden es nicht verstanden, Ordnung in diese zum Himmel stinkende Schweinerei zu bringen.

Die Arbeitslosen haben durch die Aufbedeckung der Sawirtschaft in der Konservenbranche Lob und Anerkennung der ganzen Bevölkerung verdient. Es ist wohl der einzige Weg gewesen, um Remedur zu schaffen — der Weg der Selbsthilfe. —

Nun ist es zum blutigen Kampf gekommen.

Die Arbeiter wollen die Vergiftung der ganzen Bevölkerung nicht länger dulden und wollen auch nicht ruhig zusehen, wie diejenigen, denen wir für die Aufdeckung Danks schulden, von den Schützern der Korruption niedergestraft werden.

Deshalb Bürger, Arbeiter, erhebt Protest gegen die Lotterwirtschaft, schützt und stützt diejenigen, die für eure Sache kämpfen. Bekämpft zugleich die Hyänen des Kampfes, die Blünderer, diese haben keine Gemeinschaft mit ehrlichen Kämpfern.

Freie Sozialisten.

Arbeiter,
Proletarier!

Haltet fest, was Ihr habt!

Die Stunde der Entscheidung naht — sie ist da! Sieg des Proletariats oder Untergang! Laßt Eure Interessen nicht verhandeln; handelt selbst. Ihr habt jetzt Euer Geschick in der Hand!

Es folgen Forderungen:

1. Einziehung aller geld- und sonstigen Werte von der Kommune;
2. Annullierung aller materiellen Verpflichtungen;
3. Ausgabe von Lebensmitteln nur auf Lebensmittelkarten und Verpflegung der Bevölkerung durch die Kommune;
4. Organisierung der Produktion durch die Betriebsräte auf der Grundlage des Bedarfs und der verfügbaren Arbeitskräfte.

Haltet Eure Waffen so lange in der Hand, bis diese Forderungen durchgeführt sind. Laßt Euch nicht wieder durch die parteipolitischen „Führer“ entzweien.

Wir drucken hier den Flugblatt-Text so vollständig ab, wie er aus dem HE vom 27.6.19, hervorgeht.

In seinem Büchlein, *Aus meiner gelben Mappe* — Zweite Folge, 1923 in München erschienen, klingt das so: Die *Hamburger Warte* wurde im August 1922 »mit einem nassen und einem trockenen Auge nach München« beurlaubt und mit dem »Fridericus«, der ‚Deutschen Fackel‘ und der ‚sächsischen Landeszeitung‘ « verbunden. [GM II, S. 1]

Denn sein Entschluß ist bereits gefaßt: er will von München aus eine neue Zeitung herausgeben [NdN, S. 68]. Bereits am Sonntag, den 9. Juli 1922 ist er in München und nimmt als Redner an der Fahnenweihe des dortigen *Junghismarck-Bundes* teil. [NdN, S. 68] Holtz nennt seine Zeitung *Fridericus* — nach dem Alten Fritz, um auch so gegen den bayerischen Separatismus energisch zu protestieren. Schnell lernt er auch Adolf Hitler kennen und wird einer seiner glühendsten Verehrer und Protagonisten (möglicherweise auch erst im Nachhinein?).

Daß Herr Holtz ein sympathischer Kerl ist, wird auch durch die Meldung der *Vossischen Zeitung* vom Juli 1924 erhellt, die in einem Artikel über die rechtsextreme Mörder-Organisation C (»Consul«) des steckbrieflich gesuchten Ex-Marinebrigade-Führers Kapitänleutnant Ehrhardt folgendes schreibt: »Das Presseorgan der O.C. für den Süden ist der „Fridericus“, der in München herausgegeben wird.« [zitiert nach Munzinger-Archiv, N. 720, 15.7.24, 11771 a] Leider wird F.C. Holtz im Zusammenhang mit der Aburteilung der O.C. durch den Staatsgerichtshof in Leipzig 1924 nicht erwähnt. Dafür gab es aber gute Gründe — wie E.J.

Nochmal Alarm und Freie Sozialisten um Karl Langer und die Hetze des Hamburger Echo

Bei den *Freien Sozialisten* wurden ja angeblich 187 Maschinengewehre vermutet (siehe *Barrikade* zwei) — leider ergaben die ab dem 3. Juli bezirks- und stadtteilweise durchgeführten Durchsuchungen nach Waffen jedoch insgesamt nur 185 Maschinengewehre, 8.000 Gewehre, 2.000 Karabiner, 1 Kanone und 2 Granatwerfer ... [Danner, S. 22]

Hier zitiert Paschen dann ein *Freie Sozialisten*-Flugblatt, das Karl Langer auf seiner *Alarm*-Druckmaschine hergestellt haben soll: »Sieg oder Untergang! Haltet eure Waffen bereit, bis alle eure Forderungen erfüllt sind!« (ohne Quellenangabe! — siehe Flugblatt-Text in der Nebenspalte).

Auch diese Infamie des Herrn Paschen gilt es aufzudecken — das von ihm angeführte *Freie Sozialisten*-Flugblatt: »Behaltet Eure Waffen in der Hand!« wird vom *Hamburgischen Correspondent* in seiner Abendausgabe (HC v. 26.6.1919) erwähnt, das *Hamburger Echo* schreibt in seiner Morgen-Ausgabe vom 27.6., daß dieses Flugblatt »auch nur in wenigen Exemplaren verbreitet« wurde. Andererseits macht es die *Freien Sozialisten* zu den Verantwortlichen »für die wilde Bewaffnung unkontrollierbarer Volkshaufen« und wettet gegen die Kommunisten, die nur an den Entwaffnungskommissionen teilgenommen hätten, um die eigenen Anhänger zu bewaffnen.

Tja, so traurig ist die MSPD, gegen die Linksradiakalen als Verräter an der Arbeitereinheit hetzen und die putschistischen Reaktionäre verharmlosen. Das konnten sie mit Inbrunst.

Die MSPD unterstellt der USP und der KPD/Linksradiakalen/Spartakisten, auch gegen den gemeinsamen Beschluß der Entwaffnung anzugehen.

Sie dokumentieren damit nicht zum ersten und letzten Mal ihren Alleinvertretungsanspruch über die Arbeiterklasse, nur sie allein bzw. notfalls die übrigen beiden Arbeiterparteien eingeschlossen, haben das Recht, die Arbeitermassen zu führen und zu befehlen.

Als »moralische Pest, Pestilenz« bezeichnete die MSPD (HE vom 25. Juni 1919 — Abendausgabe, »Volksgerecht!«) die Aburteilung von Verbrechern durch »Volksgerichte« und die Unterzeichner und Flugblattverteiler, die morgens — ohne Einbindung der Sozialdemokraten — ein Flugblatt an die Bevölkerung Hamburgs verteilten: »Revolutionäre Obleute«, Zwölferkommission, USP und Spartakisten forderten die Arbeiter auf, »kaltes Blut zu bewahren und nichts« zu unternehmen, was eine Aktion der ganzen hamburgischen Arbeiterschaft zuersplittern könnte«.

Im tolldreisten Umkehrschluß ist das für die MSP der Aufruf zur Zersplitterung der Arbeiterschaft! Und dann stellen sie die *Kommunistische Arbeiterzeitung* in einem Satz gleich neben die *Hamburger Warte* des Herrn F.C. Holtz ... allerdings gibt sie beiden Zeitungen und der übrigen Presse recht, »daß die milden Urteile unserer Gerichte gegen Lebsmittelfälscher, Wucherer und Schieber geradezu Ermunterungen zur Ausübung dieser

Gumbel schreibt-, die Lage hatte sich »beruhigt« und das öffentliche Interesse an einer Aufarbeitung der rechtsradikalen, völkischen und vaterländischen Putsche war erloschen ... Entsprechend wurden die verurteilten Mörder später amnestiert, während die Ermordeten Arbeiter und Femeopfer »Pech« hatten, sie waren ja schon liquidiert.

Holtz wird Nationalsozialist – 1922 in München

»Arbeiter. Ist nicht die Seele des deutschen Volkes, die Seele des deutschen Arbeiters gleich der Seele eines Kindes, in die man alles Gute, Schöne und Edle hineinpflanzen könnte, wenn man sich nur die Mühe geben wollte?«

• F.C. Holtz – Aus meiner gelben Mappe, II. Folge 1923, München – »Arbeiter.« (S. 24)

Holtz macht umgehend die Bekanntschaft mit der NSDAP und ihrem Führer Adolf Hitler, dem er so manchen norddeutschen Gesinnungsfreund vorstellt. [NdN, S. 75] Über den 1. Parteitag der Nazi-Partei schreibt Holtz im *Fridericus*: »... das wird man zugeben müssen, daß es den Führern der Bewegung, vor allem dem wackeren Adolf Hitler, gelungen ist, Hunderttausende von deutschen Arbeitern der vaterländischen Sache zurückzugewinnen. (...) Die nationalsozialistische Bewegung ... wie ihr Führer Adolf Hitler ... [haben] die Erkenntnis gewonnen (...), daß die starken Wurzeln der Kraft des deutschen Volkes, insbesondere des deutschen Arbeiters, nicht in der

Verbrechen gewesen sind.« (HE, 25. Juni 19 – AA). Die »Herrschaft des Verbrechens« (Rätediktatur) könne nur durch die »Ausrottung aller Verbrechen« verhindert werden.

Und dann folgt noch dieser nette Satz: »Das ist die Aufforderung zum Verrat an den gestern beschlossenen Vereinbarungen aller drei Richtungen der Arbeiterbewegung Hamburgs, und darum können wir bis zum Beweis des gegenteils nicht annehmen, daß die Parteileitungen der U.S.P. und der K.P.D. irgendeinen Zusammenhang mit diesen „Freien Sozialisten“, die zur Verweigerung der Waffenabgabe aufreizen, haben. Unsere Partei lehnt selbstverständlich jede Gemeinschaft mit solchen dunklen Elementen ab, die den Sozialismus mißbräuchlich im Munde führen, wenn sie ihn mit der Flinte in der Hand von heute auf morgen durchsetzen wollen. Die unter dem Schutze der wilden Bewaffnung ausgeführten Diebstähle, Plünderungen und sonstigen Gewalttaten zeigen ja



Internationale, sondern im deutschen Vaterlande stecken.« [NdN, S. 77/78]

Den Hitlerputsch am 8./9. November 1923 erlebt er hautnah mit. Nachdem die angeblich friedliche Aufmarsch der Nationalsozialisten durch die Regierung des Generalstaatskommissars v. Kahrs zusammengeschossen wurde (»feiger Verrat und Mord« [NdN, S. 82]), veröffentlicht Holtz die Ansichten und Erklärungen des Generals Ludendorff in seiner Zeitung am 18. November 1923 (Nr. 46/1923). Daraufhin wird auch der *Fridericus* für 3 Wochen verboten.

Die am Putsch beteiligten Verbände *Oberland*, *Reichskriegsflagge*, und die NSDAP wurden noch in der Nacht zum 9. November für aufgelöst erklärt.

Bereits im Oktober 1922 lautet der Titel der Zeitung *Fridericus* – vereinigt mit *Hamburger Warte*.

Es gab noch eine kurze Zwischenepisode in Hamburg, als das Verbot der *Warte* wieder aufgehoben war. Geschäftlich übernahm Holtz dann die Verlags-GmbH vollständig, löste sie auf und siedelte nach Berlin über, wo dann auch die *Deutsche Fackel* im *Fridericus* aufging.

Ab dem 1. Juni 1924 residierte Holtz dann in der »jüdisch-marxistischen Hochburg« in des Reiches Hauptstadt Berlin [NdN, S. 90]. Er trug also die Fackel »der am 9. November 1923 meuchlerisch hingemordeten Blutzeugen« nach Berlin, um deren »Flamme, die höher und höher aufloderte und endlich – 10 Jahre später – alles vernichtete, was an Einzelwesen und an Organisationen zu

auch deutlich genug, was man unter dieser Sorte von „freiem Sozialismus“ zu verstehen hat.« Der Aufruf der FS sei ein »Versuch, die Bevölkerung Hamburgs – und zwar die Arbeiterschaft genau wie das Bürgertum – in ähnlicher Weise zu vergewaltigen, wie es in Berlin, Bremen, München geschehen ist.«

Ein anderes Flugblatt der *Freien Sozialisten* datiert vom 26. Juni – also vor dem Einmarsch Lettow-Vorbecks (!) – und wird hier nachgedruckt [Dopff]. Anhand dieses Plakates wird endgültig deutlich, was die FS um *Karl Langer* sind, wenn er davon schreibt, daß der Hunger »auch das bessere Bürgertum zu Opfern« gemacht habe. Außerdem wendet sich der Aufruf ganz energisch gegen die »Hyänen der Kampfes« (*Paschen* und *Holtz* bezeichnen Plünderer ebenso), »die Plünderer, diese haben keine Gemeinschaft mit ehrlichen Kämpfern.«

Nach dem Einmarsch der Reichswehr erscheint ein weiteres Flugblatt, nun allerdings mit der (M)SPD, der USPD, der KPD und auch dem Arbeiterrat. Auch die »revolutionären Obleute« unterzeichnen jetzt einen Inhalt, der besagt, daß es sich bei den Sülze-Unruhen »der letzten Tage um keine politische Aktion handelte« und der neue Aufruf nur erfolge, um »unnützes Blutvergießen unter allen Umständen zu verhüten.« Wenige Tage vorher erklärten die gleichen Unterzeichner, allerdings eben ohne SPD und Arbeiterrat, daß aus »der spontanen Entrüstung über die schändliche Verfälschung von Lebensmitteln ... eine stürmische Protestbewegung entstanden (sei), die die Hamburger Regierung glaubte, im Blut ersticken zu müssen.«

• fm

»Kennzeichen für demokratische Gesinnung war das Bekenntnis zur Volkssouveränität.

Die demokratischen Intellektuellen beriefen sich auf den „allgemeinen Willen“ des „ungeteilten einigen Volkes“. Das „Wohl des Ganzen“, die allgemein menschlichen Interessen sollten über demokratisch gebildete Institutionen durchgesetzt werden. Dabei orientierten sich die Demokraten am parlamentarischen Modell der politischen Beteiligung, das demokratisch verbreitert wurde. Im Unterschied zu den liberalen Verfechtern einer konstitutionellen Monarchie verlangten die Demokratendas gleiche und direkte Wahlrecht, eine aus einer einzigen Kammer bestehende Volksvertretung, eine von der Mehrheit der Volksvertretung abhängige Regierung, jährliche Wahlen, imperatives Mandat, Volksentscheid über grundlegende Gesetze. So sollte ein permanenter und unmittelbarer Einfluß des „Volkes“ auf die Politik verankert werden.“

• Joachim Paschen – (S. 160) [-] Dissertation zur Erlangung der Doktor-Würde der Philosophier der Universität Hamburg:
Demokratische Vereine und preußischer Staat – Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution von 1848/49, München 1977



Joachim Paschen

Deutschlands Schaden lebte und schmarotze.« [NdN, S. 90]

Holtz siedelt also noch vor dem neuen NSDAP-Gauleiter Dr. Josef Goebbels nach Berlin um. Der kam erst am 9. November 1926 und publizierte als Gegenzeitung zum offiziellen NSDAP-Organ *Berliner Arbeiter-Zeitung* der Strasser-Brüder ab 4. Juli 1927 die Montags-Wochenzeitung *Der Angriff*. Für die Unterdrückten - Gegen die Ausbeuter! Sie hatte anfangs nur eine Auflage von 2.000 Exemplaren (1927), der *Fridericus* bereits zehntausende ...

Holtz gründet für die Fememörder die Vaterländische Gefangen-Hilfe

»Der Kapitalismus hat sich konsolidiert, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Und die Arbeiterschaft möge wissen: Wenn der jetzige Siegeszug des Kapitalismus zum Stocken kommt und wenn die Demokratie nicht mehr zum Schutz der herrschenden Klasse genügt, werden Schwarze Reichswehr und Fememorde wieder auferstehen. Wenn diese Zeit sich an unsere Arbeit erinnert, so ist sie nicht vergebens gewesen.«

• E. J. Gumbel¹

Holtz war auch derjenige, der 1927 die *Vaterländische Gefangenen-Hilfe* gründete und damit die Feme-Mörder (»Auf Vaterlandsverrat steht der Tod«, »Säuberung der Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr von Verrätern« wurde durch die SPD-Regierung gedeckt, in Sachsen gab's dafür sogar eine Spezialpolizeitruppe!) über eine ‚Amnestie für alle politischen Gefangenen‘ rausholte. Es bestand eine Arbeitsgemeinschaft mit der *Nationalen Nothilfe*, die als Gegenstück zur KPD-Roten Hilfe die Verteidigungskosten und »für jeden Kameraden ein Entlassungsgeld bereitzustellen« [NdN, S. 242] Grundlage dieser Kampagne war die seit Jahren praktizierte Straffreiheit und –straflosigkeit für die politischen Morde der Nationalisten: »Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig!« Nach dieser Devise wurden weder die rechtsradikalen Morde bis 1923 (Gumbel) nie gesühnt, einzige Ausnahme war der Mord an dem Reichsaußenminister Rathenau. Die Mörder von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und all den anderen niedergemetzelten Arbeiter und Arbeiterinnen oder auch von Erzberger brauchten nichts zu befürchten.

Aber bereits 1933 wird F.C. Holtz von Wilhelm Freiherrn von Müffling als ‚Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland‘, als einer der ‚Schöpfer des neuen Reiches‘, erwähnt:

»Friedrich Carl Holtz schuf sich im ‚Fridericus‘ eine scharfe Waffe gegen die November-Gewinnler und die republikanische Mißwirtschaft. Weil er für Ludendorff eintrat, wurde seine Wochenschrift in Bayern verboten. Unvergessen soll ihm sein, wie er die gesamte nationale Front für die Rettung der ‚Femerichter‘ aufrief.« (2) [Müffling, S. 36]

Seit Berlin ist der Hauptmann a.D. Ernst Knoll einer seiner wichtigsten Mitkämpfer, ein Freikorpsfreiwilliger und Nationalsozialist.

Friedrich Schwag kommentiert die ‚Denkschrift des Reichsjustizministers zu 2 Jahre Mord‘ in der *Weltbühne* vom 24. Juli 1924: »Man braucht psychologisch nicht besonders geschult zu sein, um zwischen den Zeilen die hohe Befriedigung, das

Lob und die Freude zu spüren, daß die bürgerliche Gesellschaft so schneidige Verteidiger besitzt. Sie schlugen über die Strenge, mehr noch: sie mußten das Opfer der Uebertretung des formalen Rechts auf sich nehmen, um mit dem revolutionären „Pack“, das die gottgewollte, kapitalistische Gesellschaftsordnung bedroht, fertig zu werden.«

»Dann haben sie auch wohl von der Zukunft geträumt. Die „verfluchten Proleten“ sollten gehängt werden, ja, neue Foltersysteme wurden mit sadistischer Wollust ausgebaut. Die sie am meisten haßten, die wurden oft, ja fast täglich im Geiste zu Tode gemartert. Aber es waren keine Franzosen; sondern ihre „Erbfeinde“ waren: reiche Juden, dicke Bauern, sozialistische Arbeiter - und welcher Arbeiter ist für sie nicht Sozialist? - Gewerkschaftssekretäre und Männer der Regierung, (...)«

* * *: »Die Vaterländischen Verbände«, in: *Die Weltbühne*, 18. August 1925, S. 239–258, hier S. 244

Holtz' Gewerkschaft Deutsche Hilfe

1929 gründet er die nationale *Gewerkschaft Deutsche Hilfe* [S. 267]. Diese ‚Gewerkschaft‘ zahlte beim »von Kommunisten inszenierten, ungerechten Hafenarbeiterstreik« in Hamburg Gemaßregelungenunterstützung statt Streikgeld, weil »sie es ablehnte, ihre Mitglieder während des Streiks zur Arbeit zu schicken und sie dem Terror der Streikenden auszusetzen« [NdN, S. 268].

Holtz initiiert 1930 den freiwilligen Reichsarbeitsdienst – die Rada

Ab Januar 1930 organisiert der ebenfalls von Holtz gegründete *Bund Deutsche Hilfe* (Bundesführer: Hermann Holtz und Rudolf Stanke) die *Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht* (Rada). Diese, die »feste Grundlagen ausgearbeitet (hat) für die Einführung eines Arbeitsdienstes, seine Aufgaben und seine Finanzierung« (Nachwort Ernst Knoll [NdN, S. 305]). Die Idee zu diesem Arbeitsdienst war, die entlassenen Kameraden und rechtsextremen Gesinnungsfreunde in Lohn und Brot zu bringen. Hier kritisierte Holtz ganz energisch diejenigen Arbeitgeber, die sich zwar national gebärdeten, aber keine Arbeitsplätze für rechte Kämpfer, Frontsoldaten und Freikorpskämpfer aus Furcht vor den »roten Betriebsräten und den Belegschaften« zur Verfügung stellten. Die hauptsächlichen Träger der *Rada*-Arbeitsgemeinschaft waren »die Artamanen, der Stahlhelm, Jungdo und nicht zuletzt die NSDAP« [NdN, S. 283] Geholfen hat den Rechtsextremen bei der Arbeitsvermittlung von Kameraden neben Siemens und Knorr-Bremse weitere von Holtz aufgezählte Firmen, die ohne Rücksicht auf Kritik aus der eigenen Belegschaft Rechtsradikale einstellten.

Holtz arbeitete »in diesem großen Werk der Kameradschaftstreue« mit allen vaterländisch gesinnten Organisationen zusammen und brachte 61 Parteien und Gruppierungen dazu, ein Konzept für einen Allgemeinen Arbeitsdienst zu entwickeln, der dann nach der Machtergreifung durch die NSDAP sehr schnell aus dem *Freiwilligen Arbeitsdienst* (FAD) den faschistischen *Reichsarbeitsdienst* (RAD) machte. Interessant ist hierbei, daß auf wikipedia weder Holtz noch die besagten 61 Organisationen

als Wegbereiter, sondern Bulgarien erwähnt wird, das bereits 1920 einen Pflichtdienst eingeführt hatte.

Das »arbeitscheue Arbeitsministerium« des Ministers Stegerwald verweigerte der *Rada* die Anhörung bei einer für den 12. Januar 1931 im Reichsarbeitsministerium [NdN, S. 277/278] anberaumten Sitzung und ein hoher Beamter erklärte: »Diese Kreise wünschen wir nicht mit heranzuziehen.« [NdN, S. 278]. Dennoch setzte die Regierung Brünning 1931 einen *Freiwilligen Arbeitsdienst* ein, der zum Abbau der hohen, durch die Weltwirtschaftskrise verursachte Arbeitslosigkeit dienen sollte. Die Maßnahme hatten mehr propagandistischen Effekt, und die entstandenen Lager wurden teilweise als paramilitärische Ausbildungslager genutzt.

Oberst a.D. Konstantin Hierl (von 1929-31 Reichsorganisationleiter II der NSDAP) wurde *Beauftragter des Führers für den Arbeitsdienst* und nach Hitlers Machtantritt zum Reichskommissar für den FAD ernannt. Reichsarbeitsminister wurde der Stahlhelm-Führer Seldte.

Über das Engagement von Holtz findet sich übrigens kein einziger Hinweis in Wolfgang Benz Arbeit über den über den FAD. (4)

Holtz agitiert gegen Warenhäuser

Genau das, was F.C. Holtz während der Hamburger Sülze-Unruhen 1919 dem »roten Pöbel« vorgeworfen hatte – nämlich bewußte politische Agitation gegen die Heilsche Katzen-Sülze zum Zwecke des Umsturzes – genau das betreibt Holtz in seinem *Fridericus* (2. Dezember-Ausgabe, Nr. 50 von 1929): »Kauft nicht in Warenhäusern!« lautet seine Parole zur Rettung des Kleinhandels und fordert staatliche Lebensmittelkontrolle. Er mutmaßt, daß Kaufhäuser wie Karstadt (Rudolf Karstadt war übrigens einer der ersten Großinsatrkunden in der *Hamburger Warte*, der dort seine Kaufhaus halbseitig anpries! Nr. 28 vom 15. Juli 1919) ihr schlechtes Fleisch dritter Qualität falsch auszeichneten, um es teuer als „erstklassige oder feinste Qualität“ zu verkaufen und so von der Dummheit der preisbewußten Konsumentinnen zu profitieren. Dann schreibt der Verfasser Daun: »Derartige Gesetzeswidrigkeiten sind sehr leicht festzustellen, und sofort muß beim breiten Publikum das Gefühl des Ekels vor den Lebensmitteln der Warenhäuser durch entsprechende Flugschriften angeregt werden, und zwar ebenso rücksichtslos wie von seiten der Warenhaus-Konzerne das Publikum und die Kleingeschäftsleute getäuscht werden.« Das wird dann Schlachter-Selbsthilfe genannt ... Interessant ist natürlich der ebenfalls erkannte und angemerkte Zusammenhang zwischen der »erdemokratischen und ‚Sozialkultur‘«, den Warenhausangestellten nur einen kärglichen Lohn von täglich 4 Mark zu zahlen, nach dem Grundsatz: „Wenn Sie nicht wollen, gibt es andere, die damit zufrieden sind!“

Holtz propagiert den Kronprinzen Wilhelm

1932 schlägt Holtz im Reichspräsidentenwahlkampf den Kronprinzen Wilhelm als Einheitskandidaten der extremen Rechten vor ... sein Freund Hitler stimmte zu, doch der abgehalfterte Ex-Kaiser erlaubt seinem Sohn aus dem niederländischen Asyl die Kandidatur

nicht. Hitler unterliegt dann am 13. März 1932 Hindenburg mit 19 zu 13 Millionen Stimmen.

Schlußbetrachtung

Die Holtz'sche Geschichtsschreibung ist faszinierend, weil dieser Nazi sehr geschickt mit der Geschichte umgeht. Allerdings läuft alles auf eine einfache Formel hinaus – der marxistische Pöbel und die Juden haben sich vereint, um Deutschland zu vernichten. Dagegen mußten sich schwarz-weiß-roten Helden in Notwehr mit Gewalt verteidigen, morden und vernichten, um das *Dritte Reich* als das »neue Deutschland« aufzubauen. Dafür war ihnen jedes Mittel recht. Und F.C. Holtz war einer der wichtigsten Wegbereiter, wie ihm nicht nur Ernst Knoll (sein Adlatus beim *Fridericus* im Nachwort bescheinigt), sondern wohl auch mehrfach Adolf Hitler selbst. Holtz war »dem Führer ... ein treuer Wegbereiter in einer Zeit, die wir heute mit Recht als die Nacht der Nation bezeichnen.« (Knoll, [NdN, S. 307])

Holtz erklärt sich zum allumfassenden Aktivisten, der zeitlebens immer neue Ideen und Organisationen schuf – von denen wir bisher nichts gehört haben oder die auch in der wissenschaftlichen Literatur bisher mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt wurden (siehe u.a. die Entwicklung der Idee des Allgemeinen Arbeitsdienstes, der auf dem *Vaterländischen Hilfsdienstgesetz* 1916/17 basierte, aber Holtz hat's natürlich erfunden ...). Ein rechtsextremer bürgerlicher Gernegroß, der seine Unabhängigkeit von der NSDAP angeblich nur deswegen beibehielt, um besser zwischen den rechtsextremen Gruppierungen und Parteien mittels seiner Hetzpostille *Fridericus* vermitteln zu können. Eine derartige Funktion hatte Adolf Hitler auch anderen seiner Gönner zugewiesen (z.B. den Kaffee-HAG Besitzer Roselius in Bremen).

Was F.C. Holtz unter Sozialpolitik versteht, ist ziemlich einfach zu umschreiben – nationalsozialistische Volksgemeinschaft als christliche Nächstenliebe verpackt. Almosen für die Arbeiterklasse statt dem Recht auf Klassenkampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, Kampf um den Sozialismus. Sein Engagement für Kriegerwitwen und -waisen verkauft er als Vorläufer für das NS-*Winterhilfswerk*.

Das Buch *Nacht der Nation* beleuchtet noch einmal schlaglichtartig den extremen Antisemitismus der frühen Jahre des F.C. Holtz, der nicht dem *Dritten Reich* rückwirkend geschuldet ist. Holtz wurde von seinen Kameraden nicht umsonst der Titel »Wegbereiter des Nationalsozialismus im Norden« verliehen.

Zu klären wäre sicherlich noch, weshalb diese schillernde Persönlichkeit fast keinerlei Niederschlag in der wissenschaftlichen Historiker-Literatur findet. Außer der Erwähnung durch Joachim Paschen findet sich nur der Verweis des Nestors der Soziologie, Tönnies, von 1932 und ein Hinweis in einem englischsprachigen Beitrag über *Humour in Nazi Germany* von Paztrick Merziger.

So gesehen müssen wir Joachim Paschen das ‚Verdienst‘ zukommen lassen, diesen aggressiven Antisemiten und Nazi aus dem Dunkel des Vergessen gerissen zu haben.

• Folkert Mohrhof

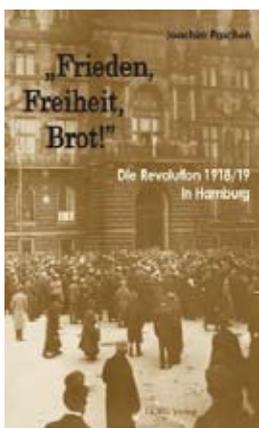


F. C. Holtz.

- (1) F.C. Holtz – *Nacht der Nation*, Berlin 1939 [NdN]
- (2) F.C. Holtz – *Aus meiner gelben Mappe*, Zweite Folge, München 1923 [GM II]
- (3) F.C. Holtz und Hanns Prehm-Dewitz – *Die hamburgische Revolution*, Hamburg 1919 [DhR]
- (4) Wolfgang Benz – *Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht*, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, 16. Jahrgang, Oktober 1968
- (5) Wilhelm v. Müffling – *Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland*, München 1933
- (6) E.J. Gumbel – *Verräter verfallen der Feme. Opfer/Mörder/Richter/1919-1920*, Berlin 1929
- (7) Emil J. Gumbel – *Vom Fememord zur Reichskanzlei*, Heidelberg 1962
- (8) Werner Sembritzki – *Das politische Zeitungswesen in Hamburg von der Novemberrevolution bis zur ationalsozialistischen Machtübernahme. Untersuchungen zur Geschichte des liberalen Pressesystems*, Leipzig 1944 (unver. Dissertation)
- (9) Lothar Danner – *Ordnungspolizei Hamburg: Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918-1933*, Hamburg 1958, Verlag Deutsche Polizei, 1958, S. 22
- (10) Tagebuchaufzeichnungen Karl Dopf – Artikel von Gerhard Botz: *Der Nachlass des Anarchisten Carl Dopf (1883-1968)*; IWK, Berlin, Nr. 13/1971
- (11) Joachim Paschen - *Die soziale Bewegung. Aus Leben und Politik der Arbeiter in Deutschland 1830-1917 - Frankfurt am Main / Berlin / München, 1976*

Abkürzungen:

Jungdo – Jungdeutscher Orden, Arthur Mahraun – Ziel „Volksstaat“
Artamanen – 1924 gegründet, Blut und Boden-Ideologie



Joachim Paschen,
»Frieden, Freiheit, Brot!«
 Die Revolution 1918/19 in
 Hamburg, Hamburg 2008.
 DOBU-Verlag; 240 Seiten,
 mit zahlreichen
 zeitgenössischen
 Fotos und Illustrationen:
 € 25,-

Paperpack,
 ISBN 3-934632-33-5,
 Ladenpreis 24,90 €
 DoBu-Verlag, Hamburg

Joachim Paschen:

„Frieden, Freiheit, Brot!“ Die Revolution 1918/19 in Hamburg.

DOBU Verlag Hamburg 2008, 240 Seiten, 81 Abbildungen.

„Auf 1000 Kriege kommt nur eine Revolution!“ (Bloch). Mit einer solchen, die gesamtgesellschaftlichen, d.h. die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse betreffenden Umwälzung befaßt sich Joachim Paschen in seiner Darstellung der Revolution 1918/19 in Hamburg. Allerdings ist der Verf. bei der Wahl des Untertitels zu bescheiden, behandelt er doch nicht nur die Revolution, sondern auch die Konterrevolution in der Hansestadt an der Elbe. Bereits in seiner 1977 erschienenen Dissertation hat sich der Verf. mit Aspekten des Phänomens „Revolution“ am Beispiel der „Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution von 1848/49“ — so deren Untertitel — befaßt. (1)

Zu Recht betont Paschen einleitend, daß wir „alle Nutznießer und Opfer der Revolution 1918/19 in Deutschland“ seien, „die uns Republik und die Demokratie gebracht hat und die zur Vorgeschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkriegs gehört.“ (S. 9) Naiv - weil die Befindlichkeit unserer heutigen Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung und des seit dem Untergang des real existierenden Sozialismus grassierenden Raubtierkapitalismus ausblendend — ist seine Verwunderung darüber, „daß die Geschichtsschreibung inzwischen einen weiten Bogen um die Ereignisse vor 90 Jahren macht.“ Das sei in den 1960er und 70er Jahren ganz anders gewesen. Denn: „Damals wurde mit Begeisterung viel „Revolutionäres“ erforscht und jubelt, als ob es gelte, etwas Versäumtes rhetorisch nachzuholen.“ (S. 9) Allerdings seien in jenen Jahren die revolutionären Ereignisse in Hamburg nicht untersucht worden, abgesehen von der Dissertation von R. Bünemann (2) und den aus der Perspektive der Geschichte der Arbeiterbewegung verfaßten Untersuchungen von Volker Ullrich. (3) Dabei sei — so kritisiert Paschen nicht ganz zu Unrecht — „die andere Seite der Geschichte, die Haltung des Bürgertums, [...] jedoch nicht in den Blick“ geraten. (S. 9) Das holt nun der Verf. gründlichst nach! Er beansprucht, die Revolution „nicht als Zeitalter von Heroen, sondern in ihrer Alltäglichkeit zu schildern“ und verlangt „einen Gesamtblick auf alle Beteiligten, Helden, Mitläufer, Zuschauer und Opfer, Spieler und Gegenspieler; alle müssen sie zu Wort kommen, ohne daß sie gleich an später aufgestellten ideologischen Ansprüchen gemessen werden,“ (S. 9), eine Bedingung allerdings, an die sich der Autor selbst nicht hält.

Mit dem Anspruch, „die Quellen zum ersten Mal in aller Breite und systematisch untersucht und ausgewertet“ zu haben, (S. 9) führt Paschen die steno-graphischen Protokolle des Arbeiter- und Soldatenrates bis zu seiner letzten 76. Sitzung auf. Weiter gibt er Hamburger und überregionale Tageszeitungen, wie z.B. das mehrheitssozialistische „Hamburger Echo“, als weitere Quellen an. Dazu kommt eine reichhaltige Memoirenliteratur. Außerdem ergänzen viele Fotografien die schriftlichen Quellen.

In, methodischer Hinsicht weist Paschens Arbeit die Besonderheit auf, daß der Autor die handelnden Personen mit „du“ anredet, was er als Anerkennung ihrer Individualität gewertet wissen will.

Er wendet sich dagegen, daß Historiker häufig „Menschenmassen“ als Subjekte der Geschichte auftreten“ ließen; wogegen er den Leser mehr als 180 einzelnen Menschen begegnen läßt. (S. 11) Dabei kommen die handelnden Personen mit wörtlichen Zitaten ausführlich zu Wort, korrekt durch Anführungszeichen gekennzeichnet. Allerdings vereinfacht und strafft Paschen auch manche Zitate, was er durch Kursivdruck kenntlich macht. Wenn der Autor einräumt, daß diese Vorgehensweise ungewöhnlich sei, so hofft er doch, daß sie überzeuge, eine Auffassung, die der Rezensent nicht zu teilen vermag. Zudem versucht er, den Leser in die Perspektive des Autors durch das altertümliche „wir“ einzubeziehen, eine Vorgehensweise in der m.E. ein suggestives Element vorliegt, das den Leser manipulieren kann oder gar will.

Die Darstellung ist in vier Abschnitte, die wiederum in einzelne Kapitel unterteilt sind, klar strukturiert. Der Autor behandelt den „Umsturz“, den „Bruderkampf“, die „Demokratie“ und schließlich „Unruhe und Ordnung“. Er beginnt also seine Untersuchung erst mit dem Beginn des „Aufbruchs“ in Hamburg am 5. November 1918. Die historischen Voraussetzungen, die bisherigen überkommenen Machtverhältnisse mit einem beschränkten, d.h. einen großen Teil der Bevölkerung ausschließenden Bürgerschaftswahlrecht, der Wahl der Senatoren auf Lebenszeit und dgl. sowie die materielle Lage der Bevölkerung und ihre Friedenssehnsucht werden in keiner besonderen historischen Einleitung dargestellt, geschweige denn hinterfragt, sondern nur ganz kurz im ersten Kapitel angesprochen, und vom Autor als gegeben vorausgesetzt und offenbar auch akzeptiert.

Bereits im ersten Satz — in der Drucktype vom Durchlaufertext abgesetzt — entlarvt der Autor seine eigene politische Position, indem er konstatiert, daß „ein durch und durch rotes Seil dem Hamburger Schiff allein keine Halt geben kann“, (S. 14) womit er den „Roten“, d.h. den Revolutionären, das Recht zur Alleingestaltung der politischen Verhältnisse abspricht und auf das Mitspracherecht des Bürgertums bei der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen pocht. So ist es denn nicht verwunderlich, wenn Paschen das Verhalten von Revolutionären (die er auch gerne als „Aufrührer“ bezeichnet) und den Vertretern der Konterrevolution mit unterschiedlichen Maßstäben mißt. Wenn die Revolutionäre proklamieren „Gegen die Sabotage der Revolution werden wir mit den schärfsten Zwangsmaßnahmen vorgehen und vor keinem Mittel zurückschrecken“ (S. 30 f.), so bezeichnet Paschen diesen verbalen Kraftakt als „Drohung des Terrors“. (S. 30) Wenn aber General v. Lettow-Vorbeck und andere Protagonisten der Konterrevolution den „weißen Terror“ tatsächlich praktizieren (vgl. S. 202 ff.), so ist das in Paschens Augen legitim!

Es kann im Rahmen einer Rezension der von Paschen dargestellte historische Verlauf von Revolution und Konterrevolution in Hamburg nicht nachgezogen werden. Hier seien nur kurz die wichtigsten Stationen der revolutionären und konterrevolutionären Entwicklung aufgelistet: Massendemonstra-



tion auf dem Heiligengeistfeld, Vertreibung der militärischen Machthaber, Entmachtung von Senat und Bürgerschaft am 6. November 1918; Wahl eines Arbeiterrates am 8. November 1918. Wahl H. Laufenbergs zum Vorsitzenden des Arbeiterrates (11. November). Wiedereinsetzung des Senats für die Verwaltung (18. Nov.). Rücktritt Laufenbergs (20. Januar 1919). Der Arbeiterrat beschließt Neuwahl der Bürgerschaft (11. Februar 1919), dabei erringt die SPD die absolute Mehrheit (16. März 1919). Am 24. März 1919 findet die letzte Sitzung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates und die erste der neuen Bürgerschaft statt; am 28. März erfolgt die Neuwahl des Senats. Am 19. April beginnt der dreitägige „Oster-Aufstand“ in St. Pauli, der am 23. April mit der Verhängung des Belagerungszustandes beantwortet wird. Aus einem vorgeblichen Lebensmittelskandal in einer Sülze-Fabrik entwickelt sich am 23. Juni eine zweite Revolution, worauf einen Tag später der Ausnahmezustand verhängt wird; die Aufständischen erobern am 25. Juni das Rathaus und Noske gibt den Befehl zur militärischen Intervention in der Hansestadt. Am 1. Juli 1919 marschieren Reichswehrtruppen unter General Lettow-Vorbeck in Hamburg ein; darauf folgt die Suche nach Waffen, die Einrichtung eines außerordentlichen Kriegsgerichts und die Verhaftung von „Rädelsführern“. Der Belagerungszustand wird bis Ende 1919 aufrechterhalten.

Die vom Verf. angeführten Fakten und der historische Verlauf der Entwicklung werden korrekt dargestellt. Doch erweist sich der politische Standort des Autors, der auf dem linken Auge blind ist, als Bumerang, denn dem Autor fehlt jede Sensibilität für die Motivationen und das Handeln der Revolutionäre. Oskar Maria Graf drückt diese aus seinen eigenen Erfahrungen und im Hinblick auf die Münchner Räterepublik und ihre blutige Niederschlagung folgendermaßen aus: „Sie sind alle Hunde gewesen wie ich, haben ihr Leben lang kuscheln und sich ducken müssen, und jetzt, weil sie beißen wollten, schlägt man sie tot.“ (4) Paschen aber sieht sich nur in seinen eigenen Vorurteilen bestätigt. Er schreibt nicht nur die Geschichte der Sieger, sondern auch aus der Optik der Sieger. Die gesellschaftliche und politische Basis der revolutionären Bewegung gerät ihm kaum ins Blickfeld, so kommen z.B. die Verhältnisse in den Betrieben und die Betriebsräte so gut wie gar nicht vor. Der Blick des Verf. bleibt auf den „Pöbel“ und die Protagonisten der revolutionären und konterrevolutionären Bewegung fixiert.

Paschens Aussagen über die Revolutionäre sind oft diffamierend, wie die folgende: „Nur [!] in St. Pauli wird nach dem Tag 1 der Revolution bis tief in die Nacht die große Freiheit in vollen Zügen genossen. [...] Man zecht, spielt und erfreut sich der Mädchen und Frauen, die sich willig der neuen Freiheit in die starken Arme werfen. Das Gröhlen des Pöbels dröhnt bis in die gutbürgerlichen Viertel.“ (S. 26)

Spricht Paschen einerseits von den „alten, erfahrenen Hamburger Sozialdemokraten und Gewerkschaftler[n]“, (S. 15) so stellt er ihnen z.B. den „Auführer“ Friedrich Zeller, „ein junger Matrosenmaat in langem Mantel [...], mit einer Zigarette in der Hand und einem aufsässigen Gesicht“ gegenüber. Dieser, „gerade 25 Jahre alt [...] führt [...] das große Wort und macht den Anführer.“ (S. 17) Weiter heißt

es über ihn: „Friedrich Zeller hat es geschafft — er steht in der ersten Reihe der Revolution.“ (S. 19) Und über den Unabhängigen Sozialdemokraten Wilhelm Dittmann schreibt er: „Die beiden altgedienten Sozialdemokraten (d.h. O. Stollen und H. Stubbe — P.K.) sehen sich an und in Wilhelm Dittmanns leuchtenden Augen mehr ein Wollen als ein Können.“ (S. 22) Manchen Radikalen wirft der Verf. ihr relativ junges Lebensalter vor: Über Ferdinand Kalweit, „dem jungen, gerade 31 Jahre alt gewordenen Vorsitzenden der USP in Hamburg“ (S. 22) oder „der gerade 30 gewordene [Linksradikale] Fritz Wolffheim“, der sich „auf dem heimlichen Treffen der Spartakus-Leute [!] in Berlin mit Vokabeln zur Militäragitation versorgt“ hat. (S. 24) Über den linksradikalen Redakteur Paul Frölich schreibt Paschen: „Schon in Friedrichsberg, dem Hamburger Hospiz für Geisteskranke, hast du, Paul, deine Feder gewetzt, wo du von der französischen Revolution phantasieren konntest. [...] Jetzt wurden dir die Türen geöffnet, damit du wie Karl Liebknecht in Berlin die Weltrevolution herbeischreist.“ (S. 27)

Am stärksten aber diffamiert Paschen den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates, Heinrich Laufenberg, den er erst zum Popanz aufbläst und als „Diktator“ bezeichnet, um ihn dann niederzumachen. Nach der Wahl des „kleinen“ Arbeiterrates „betritt Hamburgs nächster Revolutionsheld in der Pose des Siegers die Bühne: Heinrich Laufenberg.“ (S. 32) Über ihn finden sich im Text solche Angaben wie: „Der Schreib- und Redegewandte wird sogar [!] zu Parteitag und Kongressen delegiert.“ (S. 35) Er „wirft sich in die Arme des Radikalismus“ (S. 35) und „fühlt sich [nach seiner Einberufung zum Militär — P.K.] als unbequemer Mann verfolgt und bestraft. Diesen Parteiführern der übelsten Sorte will er es heimzahlen.“ (S. 36) Im Folgenden bezeichnet Paschen ihn häufig als „großen Vorsitzenden“ (z.B. S. 39, 53), damit eine Assoziation mit Mao-tse-tung herstellend. An anderer Stelle heißt es: „Laufenberg hält die Trumpfkarte „Diktator“ — was fängt er mit ihr an?“ (S. 63) „Nicht einmal den zum Tode verurteilten, wieder eingefangenen Raubmörder Martin Ebert schickt er auf das Schafott, sondern begnadigt ihn zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.“ (S. 69)

Paschen arbeitet infam, indem er den Revolutionären, insbesondere aber ihrem wichtigsten Protagonisten, Laufenberg, unlautere, rein egoistische Motive und eine Profilneurose unterstellt und ihre eigentlichen Beweggründe zu revolutionären Taten — den Wunsch, die inhumane kapitalistische und verkrustete wilhelminische Gesellschaft, durch eine humanere Gesellschaftsordnung zu ersetzen — unterschlägt. Wenn Paschen die idealistische Komponente in der Motivationsstruktur der Revolutionäre ausblendet, dann stützt er diese auf ein ungerechtfertigtes mieses menschliches Maß zusammen. Seine negative Einschätzung dieser Personen ist ehrabschneiderisch, indem er ihnen nicht ihre Würde, ihr Recht auf menschliche Authentizität zugesteht.

Demokratie ist für Paschen offensichtlich ausschließlich bürgerliche Demokratie. Um diese seine Einschätzung zu problematisieren, möchte ich dem vom Verfasser goutierten eingeschränkten bzw. beschränkten Demokratiebegriff einige problematisierende Formulierungen des spanischen Schriftstellers Jaume Cabré gegenüberstellen. Dieser konstatiert: „... und dann kommt die Demokratie, und du stellst fest, daß sie dich überhaupt



Friedrich Zeller, Matrosenmaat

(1) Joachim Paschen: *Demokratische Vereine und preußischer Staat. Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution 1848/49.* München / Wien 1977.

(2) Richard Bünemann: *Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/1919.* Diss. (masch.) Hamburg 1951.

(3) Paschen führt irrtümlich Jörg Berlin als Verfasser, nicht als Hrsg. an: *Das andere Hamburg.* Köln 1981. Vielmehr handelt es sich dabei um einen Beitrag von Volker Ullrich: *Weltkrieg und Novemberrevolution. Die Hamburger Arbeiterbewegung 1914-1918,* in: ebd., S. 181-208, insbes. S. 200-208. Dieser Aufsatz basiert auf der von Paschen angeführten Dissertation von Volker Ullrich: *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19.* Hamburg 1976. (insbes. S. 612-728) Der Aufsatz von V. Ullrich „In Hamburg is Revolutschon!“ *Die Umwälzung im Herbst 1918,* in: Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Bremen 1999, S. 158-171, ist Paschen offenbar unbekannt.

(4) Oskar Maria Graf: *Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis aus diesem Jahrzehnt.* 3. Aufl. Berlin / Weimar 1979, S. 443. (Die erste Auflage erschien 1927).

(5) Jaume Cabré: *Die Stimmen des Flusses.* Frankfurt / M. 2007, S. 229.

(6) Ebd., S. 230.

(7) Ebd., S. 231.





Heinrich Laufenberg und Wilhelm Heise

nicht braucht, weil die Demokratie die perfekte Form ist, die Politik auszuschalten.“ (5) Und Cabré ist m.E. zuzustimmen, wenn er feststellt: „Es (d.h. das Proletariat – P.K.) hat Blut vergossen, wo immer die Bourgeoisie sie hingeschickt hat, und mußte dort sowohl die Rolle des Schlächters wie die des Ochsen spielen, der, an den Pfosten gebunden, daraufwartet, daß der Metzger ihm den Bolzenschuß gibt.“ (6) Cabré führt diesen Gedankengang weiter: „Wenn die Proletarier aber für ihre eigenen Interessen Blut vergießen wollen, dann verweigert man ihnen dieses Recht.“ (7) Und genau ebendiese inakzeptable Position nimmt der Verfasser der Publikation über die Revolution in Hamburg ein! Kurzum: Die Darstellung der Revolution 1918/19 in Hamburg entspricht nicht meinen Vorstellungen von Political Correctness, der Verf. vertritt einen reaktionären politischen Standpunkt.

Um mich als Rezensent nicht der Einseitigkeit bezichtigen zu lassen, sei betont, daß sich der Verf. bemüht, Vertreter des Bürgertums ins rechte Licht zu rücken. Reizvoll ist die Kontrastierung der bürgerlichen Familienfeier einer Senatorenfamilie (S. 19) mit den gleichzeitig stattfindenden Aktionen der meuternden Matrosen und Soldaten. Auch den Freitod von Albert Ballin erwähnt der Verf.: „Alles wurde ihm genommen, vom Krieg die Weltgeltung seiner Reederei, von der Revolution die Aussicht auf einen erträglichen Frieden. Er ist das erste prominente Opfer der Revolution in Hamburg.“ (S. 32) Klingt hier nicht eine Neuauflage der Dolchstoßlegende an?

Als ausgesprochen positiv ist die optische Ausstattung des Buches mit historischen Fotos zu bewerten. Zudem stellt der Autor einen sinnvollen

Bezug von Bildauswahl und Durchlaufstext her. Leider enthält die Publikation keinen zeitgenössischen Stadtplan Hamburgs. In einem „Epilog für die Personen des Dramas“ (S. 219-225) skizziert Paschen die Biographien von insgesamt 23 Personen, die als Akteure im revolutionären Geschehen des behandelten Zeitraumes eine bedeutende Rolle gespielt haben. Zudem gibt eine chronologische Übersicht einen kurzen Überblick über das historische Geschehen. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister schließen den Band ab. Die Darstellung von Paschen muß gegen den Strich gelesen werden. Eine faire Darstellung der Revolution in Hamburg steht noch aus!

• Peter Kuckuk

Der Historiker Dr. Peter Kuckuk ist emeritierter Professor der Hochschule Bremen. 1969 erschien von ihm *Revolution und Räterepublik in Bremen*.

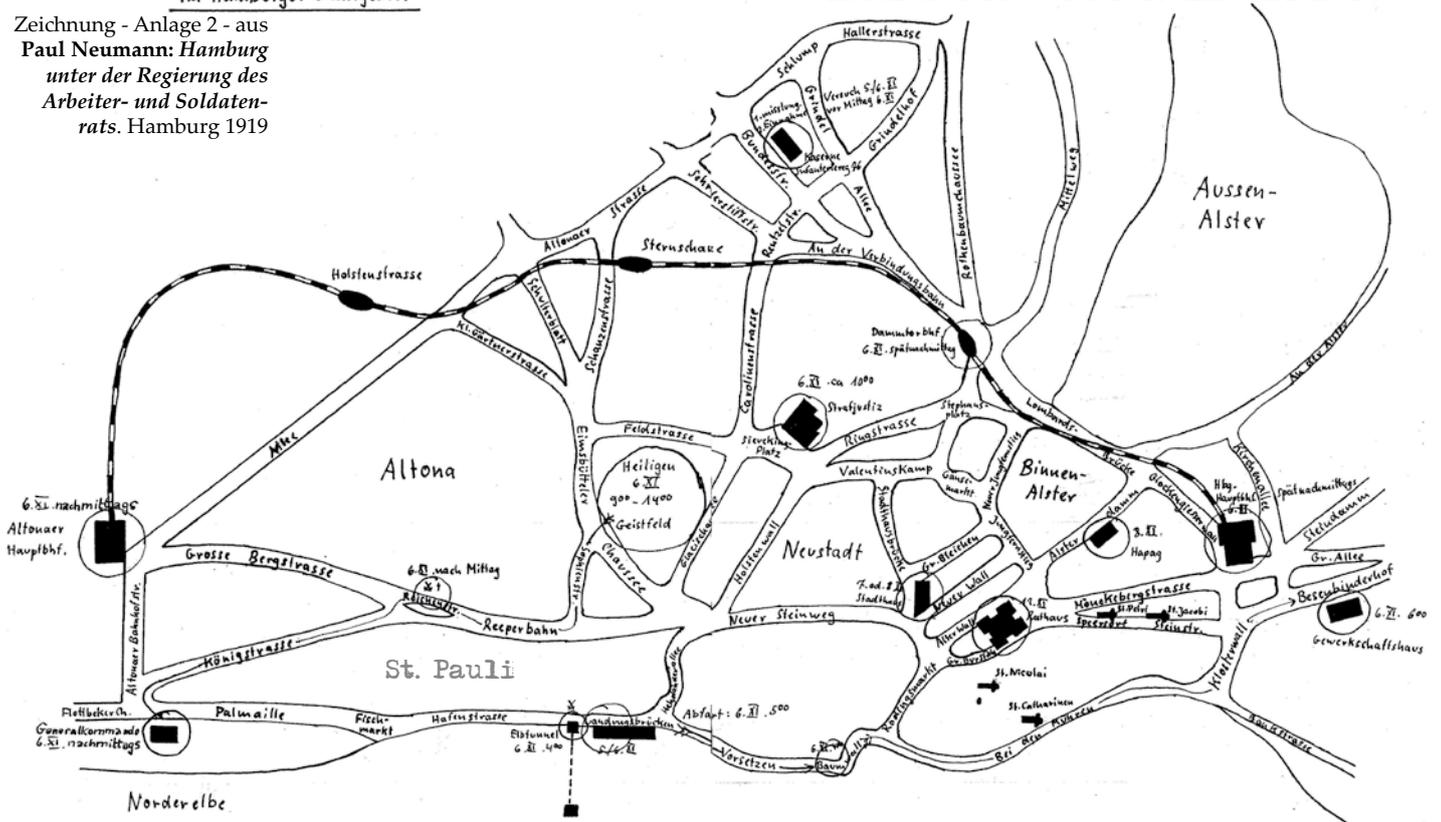
Diese Rezension hat uns Peter Kuckuk freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Danke!

Die Ausbreitung der Revolution im Hamburger Stadtgebiet

„In Hamburg is Revolutschon!“

– Verlauf der Revolution am 6.11.1918 –

Zeichnung - Anlage 2 - aus Paul Neumann: *Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats*. Hamburg 1919



**NICHOLAS GOODRICK-CLARKE,
Im Schatten der Schwarzen Sonne. Arische Kulte, esoterischer Nationalsozialismus
und die Politik der Abgrenzung**

Wiesbaden 2009 [matrixverlag], 576 Seiten, geb. mit Illustrationen; € 19,90; ISBN 978-3-86539-185-8

I.

NICHOLAS GOODRICK-CLARKE ist einer der Spezialisten, wenn nicht der Spezialist für die esoterischen Untergründe des Nationalsozialismus und der mit ihm verwandten Strömungen in der modernen Geschichte. Seine 1985 erschienene Arbeit über die »Okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus«⁽¹⁾ ist das Standardwerk über den esoterischen Sumpf der Zeit vor der Novemberrevolution 1918, aus dem die Nazis ihre Rechtfertigung für ihr massenmörderisches Regime zogen.

GOODRICK-CLARKEs neues Buch ist eine tour de force durch die braune Esoterik, die sich nach dem Ende des 2. Weltkrieges erst untergründig, dann aber auch immer wieder offen sich zeigte. Die »Schwarze Sonne« ist das Symbol dieses Sumpfes, alternativ zum in weiten Teilen der Welt mittlerweile diskreditierten Hakenkreuz.

II.

Die ersten beiden Kapitel des Buches sind dem Neonazismus in den USA und Großbritannien gewidmet, ein weiteres dem italienischen »Edelfaschisten« JULIUS EVOLA (1898-1974), der in den 1920er und 1930er Jahren eine mit hinduistischen Versatzstücken angereicherte elitäre »Religion« zusammenfantasierte, die seit den 1980er Jahren in der internationalen Neonazi-Szene heiß und begeistert diskutiert wurde und wird – und der Ideengeber vor allem für die italienischen neofaschistischen Terroristen seit 1969 ist. Es fehlt auch nicht die Wahlhinduistin und Esoterikerin SAVITRI DEVI (1905-1982) (2), für die ADOLF HITLER eine Wiedergeburt, ein »Avatar« des Hindu-Gottes VISHNU, war (auch ein in esoterisch-braunen Zirkeln gern geglaubter Unsinn). Ebenso wenig werden die mit »Vril-Energie« betriebenen »Reichsflugscheiben« und deren angebliche Herkunft vergessen (die UFOs, die in der Arktis und/oder Antarktis – je nach Glaubensrichtung – von einer unterirdischen Dependence des 3. Reiches betrieben werden, an allen Sichtungen von »Fliegenden Untertassen« schuld sind, mit dem Sternensystem Antares Kontakt aufgenommen haben und darauf warten, die Erde zu retten vor der jüdischen Weltverschwörung – vorzugsweise mit Unterstützung einer Raumschiff-Flotte von Antares, die spätestens 2005 hier eintreffen wird, äh, eingetroffen sein sollte, äh ... upps! Wie peinlich!) (3), ganz zu schweigen von den braunen »Science-Fiction«/»Fantasy«-Romanen eines WILHELM LANDIG oder den Verschwörungstheorien eines JAN UDO HOLEY alias »JAN VAN HELSING«. (4)

Weiterhin werden behandelt: die (natürlich versteckten) Übermenschen in der Mongolei und Tibet (inklusive tatsächlicher wie imaginierter SS-Expeditionen); selbstverständlich Atlantis und Thule; die Katharer und der Heilige Gral; Nazi-Satanismus; Hohl- und Eiswelt-Theorie – und was sonst noch so auf dem Markt im Angebot ist. Gerade die Esoterikwelle der 1970er und 1980er Jahre hat dem braunen Mystizismus neue

Potentiale aufgeschlossen. GOODRICK-CLARKE belegt in seinem Buch auch die Zusammenhänge von den Vertretern der fundamentalistischen »Christian Identity« mit der nationalsozialistischen Ideologie. Außerdem: Neben und durch diese Esoterik hat sich der Neonazismus in Bereichen der jugendlichen Populärkultur Einfluß verschafft, vor allem über die Musik (diverse Varianten von Metal, Industrial), ganz zu schweigen von der Nazi-Skinhead-Musik, für die das »Blood and Honor«-Netzwerk eine Avantgarde-Funktion einnahm.

Dieser – wie auch anderer »untergründig-esoterisch« oder oberirdisch-religiös verbrämter – Blödsinn ist leider keine Lachnummer für Menschen, die halbwegs ihre fünf Sinne beieinander haben. Es handelt sich um eine veritable »aktuelle Politreligion«. Zum einen gibt es genug, die daran glauben, und vor allem gibt es zu viele, die darin eine religiös untermauerte Handlungsanweisung sehen. Religiöser Fanatismus ist kein Privileg der »etablierten« Religionen. Und hierin liegt die Gefahr, vor der GOODRICK-CLARKE warnen will: »Die alte völkische Bewegung war der ideologische Vorgänger des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches. Das Aufkommen einer neuen völkischen Bewegung sollte uns also nachdenklich stimmen.«

III.

Das Buch hat einige formale Schwächen: Die wenigen – und für meinen Geschmack auch nicht immer sehr aussagekräftigen – Illustrationen hätten durchaus vermehrt werden können. Das Buch macht zudem den Eindruck, daß es eher eine Aufsatzsammlung als ein durchgehend geschriebenes Werk ist. Immer wieder werden Personen neu eingeführt und erklärt, die in früheren Kapiteln schon auftauchten, zum Teil mit fast identischen Formulierungen. Diese formalen Schwächen mögen durchgehen, da der Inhalt sie allemal aufwiegt – und wenn man das Buch als eine Art Enzyklopädie benutzt, so kann es durchaus von Vorteil sein, nicht immer hin- und herblättern zu müssen.

Was wirklich außerordentlich ärgerlich bei diesem voluminösen Opus ist: Es fehlt ein Personen- und Organisationsregister (das gibt mittlerweile jede halbwegs brauchbare moderne Textverarbeitung her). Und auch eine detaillierte Literaturliste hätte den Gebrauchswert des Werkes um einiges gesteigert. Zudem hätten die Anmerkungen nicht an den Schluß des jeweiligen Kapitels gestellt werden müssen, sondern problemlos auch als Fußnoten verarbeitet werden können. Der Verlag müßte nur ein wenig Zeit und Arbeit investieren.

Doch das sind Nebensachen, die sich in einer zweiten Auflage verbessern lassen.

IV.

Bedenklicher sind einige Ansichten, die der Autor in seinem Schlußwort vertritt. So schreibt er, daß »das Aufkommen der rassistischen Skinhead-Banden, der »White-Power«-Musik und der Umwandlung des neonazistischen Rassismus in völkische Religionen



Nicholas Goodrick-Clarke,
Im Schatten der Schwarzen Sonne.
Arische Kulte, esoterischer Nationalsozialismus und die Politik der Abgrenzung, Wiesbaden 2009 [matrixverlag], 576 Seiten, geb. mit Illustrationen; € 19,90; ISBN 978-3-86539-185-8

[Nicholas Goodrick-Clarke, Black Sun. Aryan Cults, Esoteric Nazism and the Politics of Identity, New York 2002 [New York University Press]; 371 Pages, US \$ 24.97; ISBN 0-8147-3124-4]

(1) NICHOLAS GOODRICK-CLARKE, The Occult Roots of Nazism. Secret Aryan Cults and Their Influence on Nazi Ideology, The Ariosophists of Austria and Germany, 1890-1935, London 1992 (1st published 1985; republished as paperback by I.B. Tauris & Co., Ltd.) – Deutsche Ausgabe: Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus. Mit einem Nachwort von H. T. HAKL: Nationalsozialismus und Okkultismus Graz - Stuttgart 1997 (Leopold Stocker) – eine Neuauflage soll im matrixverlag, Wiesbaden erscheinen.

(2) eigentlich MAXIMIANI PORTAS; GOODRICK-CLARKE hat über SAVITRI DEVI eine Monographie publiziert: NICHOLAS GOODRICK-CLARKE, Hitler's Priestess. SAVITRI DEVI, the Hindu-Aryan Myth, and Neo-Nazism, New York 1998 (New York University Press)

(3) das macht das Abschmelzen der Polkappen recht interessant – werden die Stützpunkte des »III. Reiches« enthüllt – oder versinken sie auf den Grund des Ozeans? Oder gibt es sie garnicht?



(4) s. ANDREAS WAIBEL, Die Verschwörungstheorien des »Jan van Helsing« alias Jan Udo Holey; http://pdf.pd.ohost.de/van_helsing_fa_q.pdf

(5) THEODORE W. ALLEN, Die Erfindung der weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle. Mit einem Vorwort von JOST MÜLLER. Bd. 1, Berlin 1998 (ID-Verlag) – Im antiken Rom war ein Sklave ein Sklave, und wenn er – was möglich war – die Freiheit erlangte und römischer Bürger wurde, dann war er Römer. Es gab für ihn selbstverständlich Klassenschranken, aber keine Rassenschranken. (Für Frauen galt das auch, aber sie hatten es – wer hätte das gedacht! – schwerer.

zur Stärkung der weißen Identität ... in deutlicher Beziehung zum Anstieg der Einwanderung in die westlichen Länder und dem sich daraus ergebenden Zwang zum Multikulturalismus« stehen (S. 575). Und weiter: »Wir wissen nicht, was die Zukunft für die multikulturellen Gesellschaften bereithält, doch diesen Experimenten ist es in Österreich-Ungarn, der Sowjetunion und Jugoslawien nicht gut ergangen. Die ethnischen Herausforderungen in den liberalen westlichen Staaten sind noch viel größer, und es wird deutlich, dass Affirmative Action und Multikulturalismus zu einer breiten Feindseligkeit gegen den Liberalismus führen. Vielleicht wird man einmal, wenn im Jahre 2020 oder 2030 wieder autoritäre Systeme herrschen, diese arischen Kulte und den esoterischen Nationalsozialismus rückblickend als frühe Symptome größerer polarisierender Veränderungen der einst so im Konsens gefestigt erscheinenden westlichen Demokratien werten.« (S. 576)

Es fällt einiges an diesen Bemerkungen auf: zum einen, daß die von GOODRICK-CLARKE angeführten Beispiele, nämlich die UdSSR (wobei er das Zarenreich vergißt!), Jugoslawien und die KuK-Monarchie, sämtlich autoritäre Staaten waren. In der UdSSR herrschte spätestens seit dem Aufstieg STALINs der »Großrussische Chauvinismus« (LENIN), die Russifizierung der übrigen im Reich ansässigen Nationalitäten – was wiederum eine Verlängerung der Politik des russischen Zarentums war, die auch das heutige Rußland fortzuführen sucht. Ähnliches gilt für Österreich-Ungarn, allerdings gemildert durch die für die KuK-Monarchie typische Inkompetenz und Schlampigkeit des Staatsapparates und die teilweise Parlamentarisierung in den letzten Jahrzehnten vor dem Zerfall 1918. Jugoslawien schließlich, das ja aus Überresten der Donau-Monarchie entstanden ist, war bis zur Niederlage gegen den NS-Staat 1941 eine großserbische Militärmonarchie, die auch die Dominanz des ‚Staatsvolkes‘ gegen die übrigen Nationalitäten durchsetzte; der titoistische Staat, der aus der Niederlage des Nationalsozialismus entstand, versuchte mit eiserner Hand die Nationalitätenkonflikte, die de facto bestanden, zu unterdrücken und eine jugoslawische Nation zu schaffen – was man vielleicht als ehrenwerte Absicht bezeichnen kann, aber das Gegenteil von ‚gut‘ ist bekanntlich ‚gut gemeint‘. Zudem blendet GOODRICK-CLARKE völlig die sozial-ökonomischen Bedingungen aus, unter denen der Zerfall der von ihm angeführten Vielvölker-Staaten stattfand. Und er übersieht auch, daß es sich bei allen drei Staaten nicht um Einwanderungsländer handelt, sondern um Imperien, die ihre territoriale Ausbreitung in der Regel mit Feuer und Schwert erlangt haben und die in den eroberten Gebieten lebende Bevölkerung sich einverleibten. Es sind also historisch andere Voraussetzungen als die, die für die ‚westlichen‘ Industrienationen gelten, die in der Tat Einwanderungsländer sind.

GOODRICK-CLARKE ist ein Liberaler, im guten wie schlechten Sinne. Es kommt ihm nicht in den Sinn, die Funktion und die Entstehung von Rassismus zu hinterfragen. Wie THEODORE W. ALLEN nachgewiesen hat, ist die ‚weiße Rasse‘ eine Erfindung der Neuzeit (5). Die ersten ‚Neger‘ im britischen Empire waren Schotten, Iren und Engländer, weiße Sklaven, die im 16. – 18.

Jahrhundert in die Kolonien deportiert wurden, und die eines gemeinsam hatte – arm zu sein (hinzu kam eventuell noch die falsche Religion). Erst als weiße und farbige Sklaven anfangen, sich zu solidarisieren und Widerstand zu leisten, wurde die ‚Rasse‘ als Möglichkeit der Spaltung entdeckt, um die herrschenden Verhältnisse zu schützen. Und wer etwa den Film »Gangs of New York« kennt, der weiß, daß auch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA ‚Weisse‘ nicht gleich ‚Weisse‘ waren.

Indem GOODRICK-CLARKE die sozialen und ökonomischen Gründe sowohl der Immigration als auch des Rassismus ignoriert, kann er nicht erkennen, daß der weitaus größte Teil dieser Probleme der parlamentarisch-demokratisch verfaßten kapitalistischen Staaten einerseits die historische Erbschaft ihrer kolonialen Vergangenheit, andererseits das Produkt des ‚Teile und Herrsche‘ der kapitalistischen Klassengesellschaft sind. Somit kann er die richtigen Fragen nicht stellen und gerät in die Nähe derer, die er bekämpft – er sitzt den Ideologen des Rassismus auf. Denn letztlich müßten die Immigranten, die Nachfahren der afrikanischen Sklaven in den USA, nicht zu vergessen die arbeitenden Klassen insgesamt, zurück an ihren ‚angestammten‘ Platz – nämlich ganz weit unten, wo sie sich ruhig zu verhalten haben.

V.

Trotz allem - das Buch ist wichtig. Lest es. Ihr könnt nur davon profitieren.

• *Jonnie Schlichting*

P.S.: Kein vernünftiger Mensch wird behaupten, daß das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Nationalitäten immer und überall konflikt- und spannungsfrei verläuft. Das muß ausgetragen werden. Man sollte dabei nicht in den Fehler eines unkritischen ‚Multi-Kulti‘ verfallen – nicht jede ‚kulturelle Eigenart‘ ist ‚gut‘ und ‚schützenswert‘. Das gilt natürlich auch für den ‚freien Westen‘. Aber darüber muß man ausführlicher (und ohne Schaum vorm Mund) diskutieren. Das Ziel sollte allerdings klar sein, nämlich »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« und zu einer Gesellschaft zu kommen, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Wo er recht hat, hat er recht, MARXens KARL.



GENERALSTREIK!

Ausgehend von der Generalstreik-Debatte um 1900 – die ja bereits zur Gründung der Vorläufer-Organisation der FAUD, der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften*, der lokalorganisierten radikalen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung 1897, führte, werden in diesem kleinen Buch die Gründe für das letztendliche Entstehen des deutschen Anarchosyndikalismus herausgearbeitet. Die SPD distanzierte sich von ihren aktivsten Genossen an der Arbeiterbasis, den Lokalisten.

Die Diskussion um den Generalstreik offenbarte auch ganz klar den undemokratischen Charakter dieser Arbeiterpartei mit Alleinvertretungsanspruch und Führer-Pathos. Selbst der Verrat von Parteitagbeschlüssen (für den politischen Generalstreik) durch das ‚Mannheimer Abkommen‘ von 1905 zwischen Parteivorstand und der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung trieb viele der bis dato lokalorganisierten Arbeiter zurück in die zentralisierten Gewerkschafts-Kirchen, aus Furcht vor der Exkommunizierung durch den Parteivorstand. Sie trennte damit allerdings auch die Spreu vom Weizen und ermöglichte das langsame Einwirken arbeiter-anarchistischer Ideen in den Kreis dieser aufrechten Klassenkämpfer

für einen wirklichen Sozialismus. Schon früh bezeichneten SPD-Führer die FVdG als „anarchosozialistisch“ und noch treffender bereits als „anarcho-syndikalistisch“.

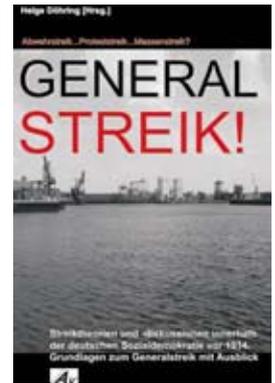
Die Nachdrucke der beiden Texte von Arnold Roller *Der soziale Generalstreik* und Raphael Friedeberg *Parlamentarismus und Generalstreik* werden so dem Vergessen entrissen und runden die Stimmung und Atmosphäre der Zeit ab. Beide Texte machen aufklärend deutlich, wo der Unterschied zwischen einem „politischen“ Massenstreik und einem „sozialen“ Generalstreik liegen.

Es kann nicht schaden, sich damit wieder auseinander zu setzen, auch wenn die Antwort eigentlich heute klar sein sollte: *„Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer Kampf. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer Natur sein“* (Friedeberg).

Ein wirklich gelungener Wurf des Genossen Helge Döhning und der *Edition AV*, das durch die vielen Illustrationen (Fotos und Dokumente) auch das Auge anspricht.

Lest und verbreitet dieses exzellente Buch, wir empfehlen es wärmstens.

• fm



Arbeits-Un-Recht

„Die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde auch durch die finanzielle, moralische, politische und rechtliche Degradierung der Arbeit und der Lohnabhängigen verursacht.“

So jedenfalls sehen das die sozialdemokratischen Autoren und Referenten in ihrem **ArbeitsUnrecht-Buch**, Anklagen und Alternativen. Über Anklagen lesen wir viel, über Alternativen recht wenig.

Warum? Weil die Rechtsanwälte und Professoren die Welt so sehen, wie sie nicht ist, haben sie auch keine Alternativen. Jede/r mit etwas Klassenbewußtsein in den Knochen weiß, das Rechte erkämpft werden müssen und mußten. Gibt es keinen Widerstand gegen die *Reform* erkämpfter Rechte, dann bleibt eben diese leere Floskel von der „rechtlichen Degradierung der Arbeit und der Lohnabhängigen“. Ohnmacht dokumentiert dies und den Glauben an ein gerechtes Arbeitsrecht.

Aber weiter – theoretisch-praktische Kritik

Wer hat denn „die Arbeit degradiert“, wer sind die Schuldigen auf Seiten der Lohnabhängigen, die dazu beigetragen haben, daß die Klasse ohne Widerstand entrechtet wurde? Nun, ganz einfach, die neuen „gelben“ Gewerkschaften, die mit ihrem „unchristlichen“ Lohndumping und ihren „Billig- und Hungerlöhnen“. Ups, da kennen wir aber auch noch einige andere Arbeitnehmer-Organisationen, die das Aushandeln von Zeitarbeits-Tarifverträgen auch ohne eine Basis in dieser Branche hinbekommen haben. Und sind nicht alle DGB-Gewerkschaften immer wieder bereit, Lohnkürzungen und untertarifliche Bezahlungen als Rettungsanker zu akzeptieren, wenn das Unternehmen auch nur mit Entlassungen droht? Es geht ja auch nicht um *die Klasse*, es geht ja um „den Standort Deutschland“. Eigentum verpflichtet, so steht es im Grundgesetz, aber wozu? Zu nichts – muß die Antwort lauten.

Auch die Forderung nach einem »Community Payback« für straffällig gewordene Manager und Finanzakrobaten des Haifischbeckens anstatt Klassenkampf zu empfehlen, macht deren Gesinnung deutlich. Außer der uralten Forderung nach dem Recht auf politischen Streik gibt es hier keine neuen Ideen. Immer nur Gejammer und Lamentieren um die fieseren Veränderungen, die der Kapitalismus der Arbeiterklasse abfordert und deren totale Unterwerfung einklagt und bisher auch durchsetzt.

Der angeblich so kritische Oberguru des Arbeitsrechtes, Prof. Dr. Wolfgang Däubler, kommt in seinem Beitrag zu dem überraschenden Schluß, daß *„für den Aufbau eines arbeitsrechtlichen Schutzschirmes auf nationaler wie auf internationaler Ebene (sich) die Bedingungen verbessert“* hätten. Interessant, wo gibt's denn den ersten globalen Tarifvertrag oder Mindeststandards im Arbeitsrecht die weltweit eingehalten werden, und wer legt sie fest? Und weiter: *„Auch andere Ziele als die kurzfristige Steigerung von Produktivität und Markterfolg werden wieder entdeckt. Die Krise ist deshalb auch eine Chance – sie zu nutzen, sollte unser aller Ziel sein.“*

Also – wieder nur kleine Brötchen backen und der neoliberalen Ideologie hinterherrennen, daß Krisen eine Chance sind. Das erzählen uns jeden Tag der Herr Un-Sinn (vom Ifo-Institut) und die Bundesregierungen aller Couleur. Es wird Zeit, daß diese Schlafmützen von Arbeitsrechtler/innen mal aufwachen und der Realität in's Auge schauen.

• fm

Enthält Beiträge von Wolfgang Däubler, Thomas Münch, Irina Vellay, Rolf Geffken, Michael Schubert, Joern Boewe, Elmar Wigand, Stephan Hessler, Verena Herzberger, Hermann Abmayr, Daniel Behruzi, Hans-Gerd Öfinger, Rolf Gössner, Barbara Ellwanger, Thomas Barth, Werner Rügemer, Detlef Hensche, Wolfgang Neskovic, Cornelia Heydenreich, Norbert Cyrus, Rainer Roth, Guido Strack, Johannes Ludwig, Hans-Joachim Boerner, Franz Kerjes



»ArbeitsUnrecht. Anklage und Alternativen.« Oktober 2009, 240 Seiten – 24,80 Euro, Herausgeber: Rügemer, Werner, Westfälisches Dampfboot, ISBN-10: 3896917803



Fortsetzung
von Seite 25



Kampforganisation oder Sekte?

Unternehmerwillkür im Keime erstickt, befreien kann. Ich will in meinen angeblich reformistischen Ansichten noch weiter gehen: Die beste Gelegenheit wäre gegeben, den Zentralgewerkschaften das Grab zu schaufeln dadurch, daß beispielsweise die Betriebsräte der Nordwestlichen Gruppe aus ihren Reihen der verschiedensten Berufsgruppen eine Kommission benennen, die an Stelle der Gewerkschaftsvertreter die Lohnfrage regelten in dem Bestreben, die Schlichtungsstellen außer Kraft zu setzen. Hier liegt auch der Weg offen, die Räte-Idee von der Theorie in die Praxis überzuleiten. Nehmen wir an, für die Metallindustrie würde sich aus den Betriebsräten eine Fachkommission bilden, die mit den Betriebsräten der Erzbergwerke in Verbindung tritt und bei dem Werdegang des Metalls von der Ausbeute bis zur vollständigen Fertigfabrikation in engster Zusammenarbeit sich ergänzt. Für den Bergbau wäre diese Frage zu lösen in der gleichen Art mit der Farben-, Gas- und Chemischen Industrie. Das gleiche trifft zu für Bauarbeiter, Lederarbeiter, Landarbeiter usw. Diesen großen Fragenkomplex kann man nicht lösen, wenn man sich bänglich meilenweit wegstellt und mit »revolutionärer« Geste ausruft: Das ist gesetzlich, das machen wir nicht mit.

Würden wir so praktisch handeln, so entstünde innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft schon der Keim einer sozialistischen Gesellschaft, an der der alte Staat sterben müßte. Die Gemeinwirtschaft würde beginnen, der Sozialismus könnte seine Wurzeln schlagen! Wir stehen im Zeichen der europäischen Industriekartelle, ein Wettrüsten hat eingesetzt, wie es beispiellos in der Geschichte der Vergangenheit dasteht. Die kühnste Phantasie kann nicht ahnen, was der Menschheit in den kommenden fünf oder zehn Jahren bevorsteht.

In solchen Zeiten fällt unseren Betriebsräten eine gewaltige Aufgabe zu. Sie könnten sich nicht nur als Ideemenschcn fühlen, sie müßten revolutionäre Tatmenschen sein trotz der Gesetze, trotz Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Nur durch die Beteiligung an den Betriebsratswahlen könnten wir uns einen verstärkten Einfluß auf die Belegschaften verschaffen und den Zentralgewerkschaften den Boden entziehen, die heute nur als Lohnregulierungsmaschinen wirken. Wir müßten uns im Sinne der Fliesenleger von Rheinland und Westfalen betätigen, dann wird das Sterbeglöcklein der Staatstrabanten läuten. Dann käme die Zeit, in der die Vertreter der gesetzlichen Betriebsräte im Parlament einen Antrag einbrachten, dieses Gesetz im Orkus verschwinden zu lassen. Dann würde man vielleicht auch wieder die Arbeiterausschüsse, das Produkt des Hindenburgischen Hilfsdienstgesetzes, auftischen. Auch dann könnten sich Arbeitervertreter im Dienste der Unternehmer korrumpieren. Nicht aus Furcht, daß sich Arbeiter und Betriebsräte korrumpieren könnten, dürfen wir diese also ablehnen, wir müssen schon mehr Vertrauen in unsere Kameraden setzen, wie wir überhaupt in der Gesamtorganisation ein stärkeres Vertrauensverhältnis schaffen müssen. (F. R.)

• *Der Syndikalist*, Jg. VII, Nr. 15, 11. April 1925



Inhalt (u.a.):

Cornelius Castoriadis/ Anton Pannekoek, Korrespondenz 1953 - 1954

Jan Wacław Machajski, Sozialismus und Intelligenz

Alfred Seidel, Produktivkräfte und Klassenkampf

Paolo Sensini, Bruno Rizzi

Julien Coffinet, Proletariat und kapitalistische Technologie

Valeriu Marcu, Abschied von einer Revolution

Emil Szitty, Briefe an Franz Jung

Rezensionen und Hinweise

ISBN 978-3-88663-418-7 ISSN 0936-1014

787 Seiten, 24,00 €

Anton Pannekoek

Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution

(Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Beiheft 1)

Inhalt:

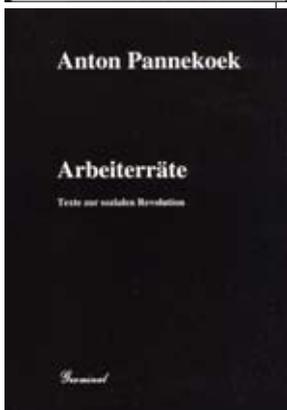
Arbeiterräte

Lenin als Philosoph

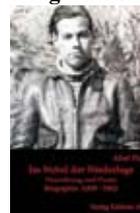
Texte 1927 - 1955 (u.a.: Die Arbeiter, das Parlament und der Kommunismus/ Die Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus/ Partei und Arbeiterklasse/ Kommunismus und Religion/ Staatskapitalismus und Diktatur/ Gesellschaft und Geist in der Marxschen Philosophie/ Materialismus und historischer Materialismus)

Geminal Verlag, Siemensstraße 16, 35463 Fernwald (Annerod), 2008 - ISBN: 978-388663-490-3 - 696 S., 24,00 €

beide Bücher portofrei erhältlich über die ARCHIV-Redaktion: wobarchiv@gmx.de



Verlag Edition AV



Abel Paz

Im Nebel der Niederlage
Vertreibung und Flucht

ISBN:978-3-86841-016-7

249 Seiten

Preis: 16,00 €

Und mehr Bücher unter
www.edition-av.de



1. Libertäre Medienmesse
3-5. September 2010 | @brakl/fvs | Göttershausen

Programm ab Anfang April
im Internet unter
www.libertaere-medienmesse.de



Armeen Rußlands und Deutschlands im I. Weltkrieg und in den Revolutionen von 1917 und 1918. Ein Vergleich.

(Diss., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), S. 455 – 456



Bevor man Groeners Maßnahmen zur Eindämmung der Revolution nach seine Rückkehr in Spa am 7. November untersucht, muß erwähnt werden, daß das preußische Offizierskorps im Gegensatz zu den russischen Berufsmilitärs vor und während des Krieges systematisch für den Kampf gegen die Revolution geschult wurde.

Diese Schulung umfaßte nicht nur theoretische Informationen, die im Zusammenhang mit dem sog. „Vaterländischem Unterricht“ von der OHL zu Verfügung gestellt wurden, sondern auch praktische Methoden zur Niederschlagung von Unruheherden. Das preußische Kriegsministerium und der Generalstab hatten vor und während des Weltkrieges eine Reihe von Richtlinien ausgearbeitet, die beim Ausbruch der Massenunruhen auf dem Reichsgebiet angewandt werden mußten. Schon im Jahre 1907 wurde vom Generalstab auf Initiative des damaligen preußischen Innenministers General von Einem eine Studie mit dem Titel „Der Kampf in insurgierten Städten“ entworfen und unmittelbar darauf an die kommandierende Militärs verteilt. Dieses Dokument bildete die Grundlage im Kampf gegen Massenunruhen und seine Bestimmungen hatten alle Angehörige der preußischen Armee als Richtlinie zu befolgen. Bei der Bekämpfung der Massenunruhen setzten die preußischen Militärs auf Gründlichkeit und Entschlossenheit. „Der Kampf in insurgierten Städten“ umfaßt auf mehreren dutzend Seiten die Erfahrungen aus allen wichtigen europäischen Revolutionen – von der 1848er Revolution in Berlin bis zum Aufstand von 1905 in Moskau (Die Einzelstudien beschäftigten sich mit folgenden Themen: die Juli-revolution von 1830, die Februarrevolution von 1848, die Julischlacht 1848 -alle in Paris-, die Revolution in Berlin 1848, die Straßenkämpfe in Brescia 1848, die Straßenkämpfe in Dresden Mai 1849, der Aufstand in Mailand 6. bis 9. Mai 1898, der Aufstand in Moskau 1905) – und zog in umfangreichen „Schlußbetrachtungen“ Konsequenzen für die Gegenwart.

Nach ausführlichem Überblick über die

Mittel und Methoden der Aufständischen im In- und Ausland legten die Richtlinien klar, daß die einzige sichere Methode, den Massenunruhen Herr zu werden, schnelle und entschlossene Unterdrückungsmaßnahmen waren. Das psychologische Kernstück war dabei auf einer der ersten Seiten mit dem hervorgehobenen Satz umschrieben und lautete: *„Jedenfalls ist es besser, frühzeitig den aufrührerischen Elementen den festen Willen zu zeigen, alle Revolutionsgelüste im Keime zu ersticken, als zu spät“*.

Das Ziel der Militärbehörden war laut den Richtlinien vor allem die „schnelle und gründliche Unterdrückung“ des Auf- ruhrs. Die Richtlinien forderten von den Militärbehörden deshalb die sofortige Verhaftung der „Führer des Aufstandes“, der „Redakteure der Hetzblätter“, die Schließung aller „staatsfeindlichen Klubs“ sowie die Durchsetzung eines wirksamen Verbots aller Versammlungen. Der Einsatz der Truppe hatte unbedingt offensiv zu erfolgen, wobei der Artillerie eine besondere Bedeutung im Kampf gegen die Barrikaden zufiel. Jede Verhandlung mit Aufständischen, geschweige denn die Annahme ihrer Forderungen, war verboten. Die Militärbehörden waren angewiesen, mit den Meuterern einen „Kampf auf Leben und Tod oder bedingungslose Unterwerfung auf Gnade und Ungnade“ zu führen. Diese bemerkenswerte Studie schloß mit dem Satz: *„Es ist nötig, die volle Strenge des Gesetzes gegen die Aufständischen unbarmherzig anzuwenden“*.

Militärhistoriker Wilhelm Deist, der sich mit diesem Themenkreis ausführlich beschäftigt hat, faßt alle Richtlinien, die das preußische Militär zur Unterdrückung der Massenunruhen ausgearbeitet hatte, in folgende drei Grundsätze: 1. Keine Verhandlungen auf eigene Faust. 2. Der Kampf auf Leben und Tod, wobei die Aufständischen keine Bedingungen zu stellen hatten, sondern sie empfangen mußten. 3. Die Militärbehörden sollten denkbar entschlossen vorgehen, wobei es ihnen ausdrücklich erlaubt wurde, gegen Aufständischen alle zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der Artillerie, zu verwenden. •

Quelle zur Rückseite:

Aus dem geheimen Erlaß des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps Moritz Ferdinand Freiherr von Bissing über das Verhalten der Truppen „bei inneren Unruhen“ (30. April 1907), in Dieter Fricke, „Zur Rolle des Militarismus nach innen in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg“, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6/1958, S. 1302ff.

Abgedruckt in Willibald Gutsche, *Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917*. Berlin-Ost, 1977, S. 115-16.

zitierte Literatur:

Deist, Wilhelm: *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch – deutschen Militärgeschichte*, München 1991

Band 5. Das Wilhelminische Kaiserreich und der Erste Weltkrieg, 1890-1918. Die preußische Armee und die inneren Unruhen (30. April 1907) S. 120f.

• Für libertären Kommunismus & Räte­demokratie !

Obwohl die Sozialdemokratische Partei (SPD) im Jahre 1890 legalisiert und zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts bereits gut im Reichstag vertreten war, verhielt sich der Wilhelminische Staat sehr wachsam und beobachtete kritisch jeden Angriff auf die sozio-ökonomische und politische Ordnung. Gesellschaftliche Organisationen der Arbeiterklasse, von Gesangsgruppen bis zu Turnvereinen, wurden von der Polizei genauestens auf politische Tendenzen überwacht.

In dem folgenden Dokument weist ein General seine untergebenen Kommandeure und Stabsoffiziere dazu an, alle Streikversuche und Anzeichen der Rebellion am Arbeitsplatz mit brutaler Gewalt zu bekämpfen. Der Geheimerlass umfasst auch die Zensur der Medien und die sofortige Hinrichtung verdächtiger Anführer und jeglicher Bewaffneter.

Aus dem geheimen Erlaß des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps Moritz Ferdinand Freiherr von Bissing über das Verhalten der Truppen „bei inneren Unruhen“



Vom großen Generalstab sind auf Grund geschichtlicher Studien die Lehren und Erfahrungen zusammengefaßt worden, welche für das Verhalten des Militärs bei Aufständen und im Straßenkampf von Wichtigkeit sein können.

Ich bringe sie hiermit zur Kenntnis der Kommandeure, einschl. Stabsoffiziere.

Gegenüber Demonstrationen wird im allgemeinen die Polizei ausreichen, um die Ordnung aufrechtzuhalten. Lediglich zur Verstärkung der Polizei darf Militär nicht verwendet werden. Über das Verhältnis des Militärs zur Polizei, falls ersteres zum Beistand einer Zivilbehörde herangezogen wird, läßt die Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs (11, 2) keinen Zweifel.

Wird bei solchen Gelegenheiten das Einschreiten mit der Waffe nötig, so muß die durch das Gesetz verlangte dreimalige Aufforderung so deutlich erfolgen, daß auch weiter entfernt stehende Personen sie verstehen können, und es muß dabei darüber kein Zweifel gelassen werden, daß auch schon beim Beharren im passiven Widerstand die unbedingte Folge das Eingreifen mit der Waffe ist.

Tritt dann die Notwendigkeit des Gebrauchs der Schußwaffe ein, so ist es auch einer anscheinend unbewaffneten Menge gegenüber unangebracht, erst den Hochschlag anzuwenden. Es ist vielmehr besser, frühzeitig den aufrührerischen Elementen den festen Willen zu zeigen, alle revolutionären Gelüste im Keim zu ersticken.

Bei einem wirklichen Aufstand wird damit gerechnet werden müssen, daß die Aufständischen gut organisiert sind; die überall bestehenden sozialdemokratischen Genossenschaften, Gewerkschaften pp. sind dazu gewissermaßen schon eine Vorbereitung. [. . .]

Sobald die Polizei der Bewegung der Massen nicht mehr Herr werden kann und diese den Organen der Sicherheit und Ordnung gegenüber eine drohende Haltung annehmen, ist der Augenblick gekommen, über den rebellierenden Bezirk den Belagerungszustand zu verhängen (Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851).

Mit dieser Maßregel geht gleichzeitig die ausübende Gewalt mit unbeschränkter Vollmacht in allen Verwaltungsangelegenheiten, in polizeilicher und gerichtlicher Beziehung auf den mit dem Oberbefehl und der Herstellung der Ordnung betrauten militärischen Führer über. Die Polizei wird ihm damit unterstellt und kann durch ihre Kenntnis der Örtlichkeiten und Bevölkerung besonders wichtige Dienste leisten. [. . .]

Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure, sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen, ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. [. . .]

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widersetzlichkeit im Keim erstickt werden. [. . .]

Unter keinen Umständen dürfen höhere oder niedere Befehlshaber auf Unterhandlungen mit Aufständischen eingehen, es gibt nur eine Bedingung „Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade“. Eroberte Stadtteile sind genau abzusuchen, Gefangene sofort nach auswärts abzuschicken, falls sie nicht sofort an Ort und Stelle vor die Kriegsgerichte gestellt werden.

Alle Rädelsführer oder wer mit der Waffe in der Hand gefangen wird, ist dem Tode verfallen. Die volle Strenge des Gesetzes ist unbarmherzig anzuwenden.

Empfohlener Verkaufspreis: 3.50 €